

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Verord-

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508,
Telegraphisch: Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Mittwoch, den 21. Juni 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Das Zuchthausgesetz vor den Schranken
des Reichstags.

II.

Die Entwicklung des Kapitalismus führt zu den greifsten
Widersprüchen: kolossale Vermehrung des Nationalreichtums
und Proletarisierung der Massen — reißende Steigerung der
Produktion und Verminderung der Konsumfähigkeit — staunens-

Wir mühten dies voraussagen, um die Reden des
deutschen Reichskanzlers und des deutschen Vize-Reichskanzlers
zu erklären. Der Widerspruch innerhalb der modernen kapital-

hausgesetzes besiegelt, auch wenn nicht die ganze national-
liberale Partei mit Bismarck stimmt. Mit den Freisinnigen,
Volksparteilern und Socialdemokraten bilden diese zwei
Fraktionen oder Fraktionssteile zweifellos die Zweidrittel-

Das gilt bis zu einem gewissen Grade auch von den
nationalliberalen Gegnern des Zuchthausgesetzes. Auch sie
können sich bis zum November noch besinnen. Freilich, sie
haben beim Aushandel nicht viel zu bieten.

Außer Lieber und Bismarck sprach gestern noch der
Fortschrittler Lenzmann gegen die Zuchthausvorlage, die
er politisch wie juristisch einer vernichtenden Kritik unterwarf.

Eine kurze Erklärung des Herrn v. Liebermann,
der, um den Loheschen Wahlkreis (Wirma) zu retten, sich
gegen das Zuchthausgesetz wandte, schloß die gestrige Sitzung.

Reichstagsbild.

Aus dem Reichstag wird uns noch geschrieben:
Ein bemitleidenswertes Opfer des Koalitionszwanges und des
Terrorismus sind die verdrängten Regierungen: des Koalitionszwanges,

Niemand ist wohl so arg von der vor sommerlichen Ankündigung
der Zuchthausvorlage überrascht worden, wie die Regierung. Niemand
hatte auch Lust, sich den Vaterfreunden solcher Schöpfung auszusprechen,

juristisches Gewissen sich mit der Zuchthausvorlage zu be-
freunden vermag, wie der socialpolitische Ungreif jeden abstoßen muß,
den auch nur jemals ein Hauch socialpolitischer Furchung gestreift
hat.

Die Sitzung am Dienstag war vom Publikum wieder zahlreich
besucht, das Haus zeigte eine halbwegs anständige Besetzung, nur
die Bundesratsmitglieder waren minder gut besetzt.

Die Sitzung begann stimmungsvoll mit einem nachträglichen
Ordnungsruß für Lieber wegen des Schlußsatzes seiner Montags-Rede.

Als erster Redner betrat Herr v. Levechow, der Vortragsführer
der Konfessionsparteien, die Tribüne. Seit er müden Vornehmheit zwang
er nicht allzu viel Eifer für die Vorlage ab. Er feierte das allen

Danach sprach der Mann, dessen Bedeutung in der Quantität
seiner Partei liegt: Herr Lieber. Er sprach wieder mit der scharfe
Wendungen liebenden Zweideutigkeit, in der er den höchsten Triumph
demokratischer Diplomatenkunst sieht.

Vielleicht erquicklicher war die Rede des nationalliberalen Wasser-
mann, der der socialpolitisch verurteilten Gruppe der Partei angehört.
Es war Jugend und Fröhlichkeit in seinem Vortrag. Man kann ihn
einen festen Parlamentarier nennen, dessen Verehrbarkeit in einer

man hörte seinen munteren Darlegungen mit gespannter Aufmerksamkeit zu. Er trägt nicht nur äußerlich, sondern auch socialpolitisch weisse Wäsche. Seine Darlegungen wurden von dem Gedanken getragen und geschärft, man dürfe in der Arbeitererschaft nicht das Gefühl auslösen lassen, daß die bürgerlichen Parteien nicht unbedingt für die Koalitionsfreiheit eintreten. Darum ist er gegen die Vorlage, auch gegen eine Verweisung an die Kommission. Die Unternehmer in der nationalliberalen Fraktion seien nicht der Meinung, daß die heutigen Rechtsmittel des Staates nicht ausreichend seien, zumal die Arbeitgeber-Koalitionen mächtiger seien als die der Arbeiter. Im Augenblick, da die Socialdemokratie durch dogmatische Streitigkeiten gespalten werde, einige man sie wieder durch solche Vorlage. Schließlich komme bei diesen regelmäßig wiederkehrenden Vorlagen nichts heraus, wie denn Herr v. Köller die große Aktion der Umsturzvorlage mit der resignierten Wendung beschloß: hat? Wenn Sie sich wollen, denn nicht! Die Schwarzmaier tadelten ein für die deutsche Entwicklung höchst unglückliches Handwerk. Auch Wassermann unterwirft die heutige Rechtsprechung einer vernichtenden Kritik und die arme Denkschrift zur Justizhausvorlage wird in sehr gelungener Weise von ihm zerlegt. Was für fürchterliche Denkschriften konnte man herstellen, wenn man nach der hier beliebten Methode die Fälle von Körperverletzungen auf dem Lande bei Kirchweihen, von studentischen Roheiten, von Duellvergehen und Verstößen der Arbeitgeber gegen die Gewerbe-Ordnung aneinander reichte. Die Denkschrift ging von dem Gedanken aus, daß Streiks überhaupt vorkommen. Auch die Einzelbestimmungen der Vorlage werden unbarbarisch zerrieben. Die Rede Wassermanns übt einen um so stärkeren Eindruck, als man erst ganz am Schlusse erfährt, daß nicht alle Mitglieder der Partei für die sofortige bedingungslose Abweisung der Vorlage eintreten, sondern ein Teil die beiden ersten Paragraphen für entwicklungs-fähig hält.

Kun wurde der Staatssekretär des Reichs-Justizamts, Herr Rieberding, vorgeschickt, dem diese Aufgabe sehr unbehaglich war. Herr Rieberding hielt unter dem Vorwande der Verteidigung eine gelungene Anklagerede gegen das Gesetz. Er fühlte sich als Staatsanwalt. So gab er die Denkschrift preis und erklärte unumwunden, daß die Vorlage nur formell auch gegen die Unternehmer gerichtet sei, in Wirklichkeit aber die Arbeiter treffe. Das Recht auf Drohung erkannte er insofern an, als er selbst mit einem neuen Socialistengesetz andeutungsweise drohte, wenn die Justizhausvorlage nicht Gesetz werden sollte. Das war aber nicht ernstlich gemeint, und nachdem er die Wölfe der Vorlage enthielt, wurde er in ihrer Verteidigung geflüchtlich so langweilig, daß niemand zuhörte, zumal er fortwährend erklärte, er wolle „herauf“ nicht eingehen. Er ging auch wirklich auf nichts ein. Am Bundesratstisch vertrieb man sich währenddessen die Zeit, indem man die neueste Nummer des „Vorwärts“ von Hand zu Hand gab und eifrig las.

Die schlüssige Stimmung des Hauses wurde dann durch die Posten eines Schwarzmaiers aufgeschüttelt. Ein tüchtiger Zufall will es, daß der Genius der Justizhausvorlage, ihr Kureger und schwärmender Liebhaber, Herr v. Stumm, durch die Folgen des Umsturzes — dem sein Wagen zum Opfer gefallen — an der Vertretung seiner Schöpfung verhindert ist. Er hat sich nicht nach berühmtem Muster in der Säule zum Parlament tragen lassen. Auch er scheint die wahre Liebe zu seinem Kinde nicht zu besitzen. Sonst hätten ihn selbst Todesqualen nicht zurückhalten dürfen, sein Bestes persönlich zu verteidigen. Statt des Herrn mußte nun sein Anwalt reden, Herr Krenbt, dieser betäubend mangelhaft gefaßte Vertreter nationaler Seeschaum-Herrlichkeit. Seine Rede aber kann ohne weiteres in die Revue „Berlin lacht“ aufgenommen werden. Vielleicht übernimmt es Herr Krenbt selbst, ein Socialistengesetz solo zu tanzen.

Des freisinnigen Lenzmann, an glücklichen Momenten und schlagenden Wendungen reiche Rede gegen die Vorlage fand trotz der vorgeschickten Stunde rege Aufmerksamkeit und Herr Liebermann von Sonnenberg schloß sich dem Protest an, obwohl die antisemitische Presse für die Vorlage eingetreten ist. Mit der Stimmung des Volkes muß eben auch ein Deutsch-Sozialer rechnen.

Die interessanteste Erscheinung im Reichstag war am Dienstag unstreitig der Verfasser der — Denkschrift. Ruhelos irrte der Unselige umher, er verteidigte sich seinen Kollegen und Vorgesetzten gegenüber, während die Angriffe auf seine Arbeit hagelten. Der Mann hat schwerlich politische Antipathien oder Sympathien. Er hat einfach eine ihm übertragene Aufgabe mit Fleiß und Schweiß ausgeführt. Und nun die schlechte Penjur, die Entdeckung, daß gerade die Begründung die Vorlage tödlich schlägt! Das trägt ein Wehmut nicht, das bringt ihn zur Verzweiflung. Wenn dem Verfasser der Denkschrift daran liegt, seine Autorschaft nicht der Öffentlichkeit bekannt werden zu lassen und nicht eine historische Verühmtheit zu werden, so sollte er über seine Bewegungen im Parlament sorgsam wachen. Mit jedem Zug demüthigt er seine Schuld. Und es ist doch ein safter, glatt-geschminter, blondbärtiger Bureaukrantenskopf, der hinten von mildem Mondschein beglänzt wird. Durch blasse Brillengläser schaute der erregte blasse Mann in die schämne Welt, die nicht einmal vor Denkschriften Ehrfurcht hat. Ob seine Seele wirklich so matt ist, wie seine Limonade? . . .

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Juni.

Noch zwei „Germania“-Märchen.

Zu Ihren von uns bereits besprochenen Terrorismusfabeln aus früherer Zeit hat die „Germania“ kürzlich noch folgende zwei Fälle veröffentlicht, die von der Absinnlichkeit der socialdemokratischen Verbündler Zeugnis ablegen sollen. Wir haben auch über diese Anschuldigungen Nachrichten eingezogen.

Fall 1. Die „Germania“ schreibt: „Auf dem Bau Wagnerscher 10 legten am 5. Juni 17 Maurer vom socialistischen Verband die Arbeit nieder, weil sie mit den Kollegen, die in der Sektion vom Arbeiterklub organisiert sind, nicht zusammen arbeiten wollten. Es gelang jedoch mit Hilfe des Vereins Arbeiterklub bald die leer gewordenen Plätze der auf ihre Pflicht pochenden Genossen zu besetzen, so daß die Arbeiter auf dem Bau nicht unterbrochen wurden. Nur auf diese Weise ist dem Uebermut der socialdemokratischen Genossen wirksam entgegenzutreten und zwar besser als mit Justizhausvorlagen und Gefängnisstrafen. Dem von den 17 Verbündlern beteiligt ist, das ist sicher, die Mehrzahl nicht mehr an einem derartigen Unternehmen und mancher wird zu uns zurückkommen, wenn er sieht, welchen starken Beistand er in der Sektion des Vereins Arbeiterklub erhält. Recht so!“

Es ist richtig, daß 17 Maurer auf jenem Bau nicht mehr arbeiten wollten. Will ihnen denn die „Germania“ dies Recht bestreiten? Das hieße einen Arbeitszwang einführen, hinter dem selbst die drakonischsten Bestimmungen der Justizhausvorlage weit zurückbleiben. Der Verein „Arbeiterklub“ ist bei den Verbandsmitgliedern — wie glauben mit gutem Recht — in höchsten Auf geraten; wir schilderten ja mehrfach, wie dieser „Arbeiterklub“, indem er die Bestrebungen des Verbandes zu durchkreuzen sucht, in Wahrheit den Unternehmensgeist betriebs hat. Da entstehen naturgemäß Nebenvereine zwischen beiden Richtungen. Es

wird den Verbandsmitgliedern zuwider, mit Leuten zusammenzuarbeiten, von denen sie bei jedem Versuch, vorwärts zu kommen, Verrat erwarten müssen. Können sie da friedfertiger handeln, als daß sie einfach den ganzen Bau denen vom „Arbeiterklub“ überlassen? Sie haben einen anderen Bau aufgesucht, wo sie nicht ständigen Pant hatten. Wenn der Verein „Arbeiterklub“ das wäre, was die „Germania“ ihm andichtet, ein ebenso eifriger und wirksamer Förderer der Arbeiterinteressen, so würde sich schon ein friedliches Verhältnis herausbilden.

Fall 2. Aus Charlottenburg berichtet die „Germania“: „Zwei Maurergesellen, die auf einem Fabrikbau beschäftigt waren, erklärten sich aus freien Stücken bereit, Ueberstunden zu machen, und trugen dafür monatelang jede Woche über 40 M. Lohn heim. Als sie wieder frei wurden, sandte sie der Meister nach einem Neubau. Sofort erklärten die dort arbeitenden 87 Gesellen, daß sie mit diesen zweien, weil sie Ueberstunden gemacht hätten, nicht zusammen arbeiten wollten. Trotzdem wurden die beiden Gesellen nach dem Bau geschickt und abseits von den anderen beschäftigt. Am Abend waren ihre Kleider und ihr Handwerkszeug in wiederlicher Weise beschlagnahmt. Der Thäter konnte nicht ermittelt werden, da sich die Gesellen solidarisch erklärten und ihn nicht nennen wollten. Als sie daraufhin sämtlich entlassen wurden, wurde über den Bau die Sperre verhängt. So viele Ersatzkräfte auch von befreundeten Meistern, vom Arbeitgeberbunde und vom Arbeitsnachweis hingeschickt wurden, und so sehr auch die Polizei auf dem Posten war, der Bau blieb leer. Die zur Arbeit gehenden Gesellen lernten um, sobald sie der zahlreichen Streikposten schon von weitem ansichtig wurden. Auch die Verletzung der beiden arbeitswilligen Gesellen auf einen anderen Bau hatte keinen Erfolg und es blieb ihnen schließlich nichts übrig, als die Stadt zu verlassen.“

Der Bau, der in Frage steht, ist in der Franklinstraße, Bau-meister Gerhardt. Die 87 Gesellen haben nicht ohne sehr guten und berechtigten Grund der Einstellung jener zwei „arbeitswilligen“ Maurer, welche sich des lebhaften Sauges des Centrumsblattes erfreuen, widersprochen. Sie wußten, daß die beiden Meisterarbeiter trotz wiederholter allgemeiner Versammlungsbeschlüsse, daß Ueberstunden nur bei Gefahr für Leben und Gesundheit anderer gemacht werden sollen, tagtäglich und wochen- und monatelang 14 bis 15 Stunden gearbeitet hatten. Man machte die „Arbeitswilligen“ auf ihr schändliches Beginnen aufmerksam, aber sie hielten es nicht einmal für nötig zu antworten, geschweige sich zu entschuldigen. Verlangt man die „Germania“ ernsthaft, daß die Arbeiter sich in keiner Weise wehren sollen gegen solche Elemente, welche den 9 Stunden Tag zerstören wollen, den die Gesamtheit der Kollegen durch langjährige, notleidende Kämpfe erritten haben, welche nur daran denken, daß sie selbst durch Ueberstunden möglichst hohen Lohn einheimen, während andere auch arbeitswillige Kollegen dadurch von der Arbeit gänzlich ausgeschlossen werden?

Ueber angelegliche Beschuldigung der Kleider und Handwerkszeuge aber sagen unsere zuverlässigen Gewährsmänner: Abends nun gingen diese beiden „Arbeitswilligen“ nach der über der Straße liegenden Fabrik und zogen sich um, wobei sie die angelegliche Beschuldigung bemerkt haben wollten. Das letztere die Maurer nicht gehen haben können, beweisen folgende Thatsachen: 1. wußten die Maurer gar nicht, wo sich die Versteckten umgezogen hatten; 2. lag die Wunde, worin das Zeug der beiden hing, auf dem Hofe über der Straße und dicht am Eingang, wo ununterbrochen der Portier Wache hielt. Selbst nach Aussage dieses Portiers ist es unmöglich, daß ein Maurer die Beschuldigung vollbracht haben könnte. Die Maurer des Verbandes haben also nur gethan, wozu sie rechtlich und moralisch verpflichtet waren. Wurden sie dafür brutal ausgepeert, so war die Verhängung der Sperre die notwendige und wiederum berechtigte Antwort. Die „Germania“ kann auch nicht behaupten, daß die Streikposten — die aufzufallen die „Germania“ doch wohl nicht verboten wissen will! — irgend etwas Ungeheueres oder Tadelnswürdiges unternommen hätten. Sagen sich die „Arbeitswilligen“ genötigt, auswärts Arbeit zu suchen, so werden sie hoffentlich die Lehre mitnehmen, daß es unrecht ist, durch Ueberarbeit andere Arbeiter brotlos zu machen und die kulturellen Errungenschaften der Gesamtheit preiszugeben. —

Der Reichstag

brachte in einer ungewöhnlich langen Sitzung — von 1 bis 6 1/2 Uhr — die erste Lesung der Justizhausvorlage noch nicht zu Ende. Mit der Debatte beschäftigt sich der Reichstag. Die nächste — Mittwoch — Sitzung ist schon auf 11 Uhr vormittags anberaumt. Vor der Fortsetzung der Justizhausvorlage-Debatte wird die dritte Lesung des schon aus der Kommission genommenen Handelsabkommens mit England und die erste Lesung der Vorlage betreffend den Kauf der Karolinen-Inseln vorgenommen werden. Die Karolinen-Vorlage wird bei freisinnigen und Socialdemokraten auf Widerstand stoßen und voraussichtlich in eine Kommission kommen. Das wird jedoch nicht viel Aufsehen geben. Man ist allgemein entschlossen, Donnerstag die jetzige Periode des Reichstags zu beendigen und in die Vertagungsferien zu gehen. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet heute in erster Lesung, die Karfreitags-Vorlage, die, wie der Minister Dr. Bosse in seiner einleitenden Rede bemerkte, durch das Verhalten der Socialdemokraten im Rupperthal veranlaßt ist, welche sich dagegen verwahren, daß man den Karfreitag als Feiertag betrachten und ihnen Arbeiten und Versammlungen an diesem Tage verbieten will. Die ursprüngliche Regierungsvorlage wollte dem Karfreitag in ganz Preußen den Charakter eines allgemeinen Feiertages beilegen. Die Kommission des Herrenhauses hingegen hat die Vorlage dahin abgeändert, daß der Karfreitag in Bezug auf die Vermahnung von Amtshandlungen und Rechtsgeschäften sowie den Lauf von Fristen als bürgerlicher allgemeiner Feiertag gelten solle und daß ferner durch Polizeiverordnungen Handlungen verboten werden können, welche geeignet sind, die äußere Feier des Karfreitags oder den Gottesdienst zu stören. In überwiegend katholischen Gegenden sollte auch die öffentlich bemerkbare oder geräuschvolle Arbeit in der Nähe des Gotteshauses verboten sein. Das Plenum des Herrenhauses hat nun im Gegentrag zu seiner Kommission beschlossen, daß in überwiegend katholischen Gemeinden überhaupt jede öffentlich bemerkbare und geräuschvolle Arbeit verboten werden soll. In dieser Fassung gelangte die Vorlage an das Abgeordnetenhaus. Die Debatte war belanglos, eine Kommissionsberatung wurde nicht beliebt und es ist wahrscheinlich, daß die Vorlage in der zweiten Lesung wieder im Sinne des Beschlusses der Herrenhaus-Kommission abgeändert wird. Vorgen stehen kleinere Vorlagen und Initiativanträge auf der Tagesordnung. —

Deutsches Reich.

Die agrarischen Kompensationsforderungen für den Mittelland-Kanal, von deren maßlosem Inanspruchnehmen wir in letzter Nummer berichtet haben, dürften bei der Regierung liebedrollen Entgegenkommen finden. Herr von Miquel hat zwar erklären lassen, daß er kein Interview über die Kompensationen gehabt habe, aber dieses Demoni erweist sich als eine haarpaltrische Unterscheidung der Ausdrücke „Interview“ und „Gespräch“. Wie nämlich der Gewahrsam der Braunschweiger Neuesten Nachrichten mitteilt, hat er jenes Gespräch tatsächlich am Mittwoch voriger Woche mit Herrn v. Miquel gehabt und behauptet, die Forderungen des Finanzministers richtig wiederzugeben zu haben. Demnach scheint in der That in Regierungskreisen eine Proterverierung um 40 bis 70 pCt. als eine durch die Kanalvorlage bedingte Kompensation angesetzt zu werden.

Die „Kreuz-Zeitung“ beteuert unterdessen die Standhaftigkeit der Konservativen als Kanalgegner und überhaupt als ganz unabhängige Partei. Sie schreibt:

Es wird bei unseren Gegnern noch immer — wie wissen nicht, ob dies aus Unkenntnis oder in tendenziöser Absicht geschieht — an der Fiktion festgehalten, die konservative Partei sei die Regierungspartei sans phrase, sie stehe und falle als solche und löse auf die Dauer die Opposition gegen eine solche Vorlage, wie den Kanalbau nicht aufrecht erhalten. Unsere Partei hat aber besonders in den letzten Jahren keine Gelegenheit vorübergehen lassen, diese Fiktion zu zerstören und den Gedanken, als sei konservativ mit gouvernemental gleich bedeutend, in das Reich der Fabel zu verweisen. Nicht als „gouvernementale“ steht und fällt die konservative Partei, sondern als eine die volle Selbständigkeit von rechts und links, von oben und unten währende Partei.

Nun mag es ja einige Exemplare solcher steifnackigen Konservativen geben, und besonders weiß man ja, daß die Konservativen ganz energisch auf Füllung des Geldbeutels der Großgrundbesitzer bestehen. Durch den Bau des Mittellandkanals tritt aber in Wirklichkeit gar keine Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der ostelbischen Großgrundbesitzer ein, und die Regierung würde schon durch Drohen mit der Auflösung ein Einkommen des konservativen Corps der Landräte im preussischen Abgeordnetenhaus erzielen. —

Streikpostensehen.

Die Justizhausvorlage will bekanntlich das Streikpostensehen, ohne welches ein Ausstand nicht wirksam geführt werden kann, ganz unmöglich machen. Da ist es interessant zu sehen, was die Behörden schon jetzt ohne Justizhausgesetz gegen das Postensehen bei Streiks unternehmen. Vor einigen Tagen berichteten wir, daß in Burg bei Magdeburg anlässlich des dortigen Tischlerstreiks 34 Strafmandate wegen Streikpostensehens erlassen wurden, weil dadurch „grober Unfug“ verübt worden sein soll. Hierüber werden uns noch folgende nähere Mitteilungen gemacht:

Die 30 mit Strafmandaten Bedachten hatten in vielen Fällen gar nicht einmal Streikposten gesehen; sie wurden demüthigt, weil sie als Streikposten bekannt waren und sich — was ihr gutes Recht — aus irgend welchen anderen Gründen auf der Strafe aufhielten. J. B. befindet sich ein Streikfänger auf einem Spaziergange außerhalb der Stadt und hat sich am Wege zum Ausruhen im Grase hingestreckt. In seinen weltentrückten Träumereien wird er hier durch einen zweiten Spaziergänger aufgeführt, durch einen „Nach-Kollegen“, der, vielleicht dazu angeworben — denn er hat schon ein Duzend oder mehr Demunziationen auf dem Gewissen — auch ihn wegen Streikpostensehens demüthigt! Die Folge: ein Strafmandat mit dem Namen des Demunzianten als Zeugen.

Ein anderer Streikfänger hat jemanden zur Bahn begleitet. Beim Austritt aus dem Bahnhof versperrten ihm einige Arbeiter den Weg und wollten „seine Personalien feststellen“. Als der Streikfänger sich bei der Polizei über diese Verlastung beschwert, wird er abgewiesen. Nach diesem Vorgang erhält er — ein Strafmandat wegen Streikpostensehens, als Folge der Demunziation jener Arbeiter, die ihn in der geschilderten Weise belästigt hatten.

Ein dritter Fall. Ein Streikfänger hat einer Gerichtsverhandlung beigewohnt. Sein Weg vom Gerichtsgebäude führt ihn an der Wohnung eines Meisters vorbei. Letzterer stürzt aus der Thür und ruft dem ahnungslos Vorübergehenden unter drohenden Gebärden nach, daß er ihm das Streikpostensehen „schon austreiben“ werde. Schon am nächsten Tage hatte der Streikfänger sein Strafmandat, und der bestreufende Meister rühmte sich sogar in der am Abend stattgefundenen Verhandlung mit der Kommission in Gegenwart eines Vorstandsvertreters aus Stuttgart, daß er „selbstverständlich“ den Mann demüthigt habe.

Keinlich verhält es sich mit allen Strafmandaten, die auf Grund von Demunziationen der Arbeitgeber ergangen sind. Die Demunzianten mögen infolge der erwähnten polizeilichen Bekanntmachung (vergl. Nr. 136 des „Vorwärts“) sich in dem Glauben befinden, einmal eine ordnungsbürgerliche Pflicht zu erfüllen, zum andern auch durch die sich bereits auf circa 500 M. belaufenden Strafverfügungen den Streik lahm zu legen. Deshalb wollen wir mit ihnen über ihre Handlungsweise nicht rechten. Aber gegen das Vorgehen der Polizeibehörde müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Welchen Zweck verfolgt sie mit dieser Praxis gegenüber den Streikenden? Daß derartige Strafmandate vor der richterlichen Entscheidung niemals bestehen können, muß die Polizeiverwaltung sich doch selber sagen. Denn selbst wenn das Streikpostensehen an sich grober Unfug sein soll, so wird doch immer nur derjenige bestraft werden können, der auch wirklich Posten gesehen hat. Gestern fanden die ersten gerichtlichen Verhandlungen gegen diese „Streikpostenseher“ statt, welche ein interessantes Material zur Justizhausvorlage ergeben werden. —

Katholische Arbeiter- und Justizhausvorlage.

Uns wird folgendes Schreiben, das von hiesigen katholischen Arbeitern und bisherigen Centrumsanhängern an die Centrumsfraktion des Reichstags gerichtet wurde, übermittelt:

Berlin, den 15. Juni 1899.

An die Fraktion „Centrum“

des deutschen Reichstages

Hier.

g. Hd. des Herrn Dr. Lieber

Hochwohlgeboren!

Im Auftrage mehrerer Arbeitskollegen erlaube ich mir, Ew. Hochwohlgeboren die Bitte zu unterbreiten, bei der Beratung des sogenannten Justizhausgesetzes kurz und bündig das Gesetz abzulehnen, ohne es erst an eine Kommission gelangen zu lassen.

Die meisten der Herren Abgeordneten wissen in Arbeiterverhältnissen gar nicht Bescheid, was man auch wieder bei dem Invalidegesetz beobachtet hat. So sehr wir auch Ihrer Fraktion zu Dank verpflichtet sind, aber den Socialdemokraten können wir in noch größerem Maße danken, obgleich wir mit diesen Leuten, wenigstens vorläufig, nichts zu thun haben wollen!

Ich schreibe diese Feilen ausdrücklich, und aus Drängen mehrerer katholischer Arbeiter, welche sehr erbittert sind über das eingebrachte Gesetz! Wir Fabrikarbeiter verdienen pro Woche 20.— M. und sind verheiratet, haben mehrere Kinder zu ernähren, an Streiken können wir nicht denken, unsere wirtschaftliche Lage ist also jetzt schon so schlecht, was soll erst werden, wenn das Gesetz vom deutschen Reichstag angenommen wird? Schon heute darf man sich nicht mehr mühen, sonst bekommt man keine Arbeit mehr!

Ich richte deshalb an Ew. Hochwohlgeboren die höfliche und dringende Bitte, falls das Gesetz in den nächsten Tagen beraten wird, dasselbe einfach gleich abzulehnen, ohne erst an eine Kommission zu lassen!

Dies ist der Wunsch sehr vieler katholischer Arbeiter, welche sich mit allen übrigen Arbeitern solidarisch fühlen.

Sollte Ihre Fraktion trotzdem anders beschließen, so würden wir nicht mehr für Sie stimmen, da wir Berliner Katholiken schon genug an Ihrer Fraktion erlebt haben, um endlich einmal einen anderen Ton zu reden.

Hochachtungsvoll ergebenst

Ein katholischer Arbeiter

für 127 Kollegen.

Der Behördensumpf für das Justizhausgesetz schreibt man uns aus Baden: Unser unerwählter Reaktionsminister Eisenlohr hat seine Begleitbeamten, welche mit der Ueberwachung der socialdemokratischen Protestversammlungen gegen das Justizhausgesetz beauftragt sind, instruiert, die Versammlung in ihre volljährigen Atome aufzulösen, wenn das harte Wort „Schandgesetz“ fallen würde. Herr Oberbürgermeister Schmeißer in Karlsruhe und seine nationalliberalen Stadträte gingen schon gegen das Wort „Justizhaus-Gesetz“ ins Gefecht und inszenierten einen Saalbeschott. Der

Herr Minister ließ am Sonnabendabend in Bruchsal, wofelbst in einer Arbeiterversammlung das hundesbräuliche Meisterstück zum Schutze der Streikbrecher in seiner ganzen Arbeiterfreundlichkeit vom Genossen Willi-Karlsruhe beleuchtet werden sollte, alle nicht volljährigen Arbeiter hinausjagen. Nach dem dabinigen Versammlungsrecht kam eine Volksversammlung nur dann aufgelöst werden, wenn sie „den Staatsgesetzen oder der Sittlichkeit zuwiderläuft oder die öffentliche Sicherheit gefährdet“. Von allen diesen gesetzlichen Voraussetzungen trifft keine zu, wenn eine bei der Mehrzahl des deutschen Reichstages unbeliebte Gesetzesvorlage, welche dem deutschen Volke zur Schande gereichen würde, mit dem richtigen Namen benannt wird. Herr Eisenlohr wird im nächsten badischen Landtage wegen erneuter Gesetzesverletzung sich zu verantworten haben.

Der Aufruf an die Gewerbevereine Deutschlands gegen die Zuchtthausvorlage, der in unserer Sonntagsnummer abgedruckt war und der von den Vereinen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisther des Berliner Gewerbevereins ausging, hatte den Horn der „Berliner Neuesten Nachrichten“ erregt. Daraus schied Herr Weigert, der Vorsitzende des Unternehmerbeisthervereins, den Zeitungen die folgende Erklärung: „Es ist nicht wahr, daß der Aufruf an die Gewerbevereine Deutschlands“ von dem Gewerbevereine zu Berlin ausgegangen ist. In diesem Aufrufe ist lediglich das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses wiedergegeben und die Aufforderung an die Gewerbevereine Deutschlands, zu dem betreffenden Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen, unterzeichnet worden: 1. für die Arbeitgeber von den beiden Vorsitzenden des Vereins der Arbeitgeber-Beisther des Gewerbevereins, 2. für die Arbeitnehmer-Beisther von deren Vertretern. Der Vorsitzende des Gewerbevereins ist an diesem Vorgange gänzlich unbeteiligt, da er von dem Vorhaben der Beteiligten gar keine Kenntnis hatte. Der Aufruf konnte der vorgezeichneten Zeit wegen am Sonnabendabend nur noch von der „Volkszeitung“ und dem „Vorwärts“ zum Druck für die Sonntagsnummer benutzt werden, ist jedoch gegen fünfzig Tageszeitungen Berlins gleichzeitig zugegangen. Es muß ausdrücklich betont werden, daß das Gewerbegericht als solches an dem Aufrufe nicht beteiligt ist. Dagegen muß der Auffassung der „Berl. Neuest. Nachr.“, daß der Aufruf für Gutachten und gewerbliche Fragen des Gewerbevereins nicht besagt sein soll, Gutachten oder Petitionen an den Bundesrat und Reichstag abzugeben, entschieden widersprochen werden. Diese Petition ist nicht die erste, die von dem Ausschusse beantragt dem Bundesrat und Reichstage zugelegt worden ist.

Der gotharische Thronfolger droht bekanntlich mit dem Streik und es scheint sich bis jetzt noch kein Arbeitswilliger gefunden zu haben. Der „Daily Mail“ wird von ihrem Berliner Korrespondenten gemeldet, was er aus der geheimen Sitzung des gotharischen Landtages erfahren hat. Diese geheime Sitzung vom Sonnabend soll 1/2 Stunden gedauert haben, und in ihr hat, dem englischen Blatte zufolge, Minister Streuge angekündigt, daß Herzog Alfred wahrscheinlich während des laufenden Jahres abdanken werde. Der Minister habe ferner gesagt, er könne seinen früheren Erklärungen über die Nachfolge nichts hinzufügen, ehe er nicht aus England zurückgekehrt sei, wovon er reiten wolle, um mit den interessierten Parteien persönlich zu verhandeln. Auf die Rede des Ministers sei eine hitzige Debatte gefolgt. Der Korrespondent teilt ferner mit, die Succession des Herzogs von Albanen könne nicht in Frage kommen, da die Gesundheit des jugendlichen Prinzen den Anforderungen der deutschen militärischen Ausbildung nicht gewachsen wäre.

Es scheinen wirklich allerlei Schiedungen im Gange zu sein. Zu beachten ist sicherlich folgende Auslassung der „Köln. Zig.“: „Das Reich wird in kurzem 20 Millionen Mark zum Ankauf der Karolinen bewilligen; die gleiche Summe und nötigenfalls mehr würde unseres Erachtens unter freudiger Zustimmung des ganzen Volkes aufgebracht werden, wenn man damit den Auslauf der englischen Erben bewerkstelligen könnte. Der heutige Zustand ist so unwürdig, daß man zu seiner Beseitigung auch vor Opfern nicht zurückweichen soll, und wir sind überzeugt, daß die deutsche Regierung, die diesen Weg einschlägt, sofort aus der allgemeinen Zustimmung erkennen würde, wie sehr sie damit dem Volksgefühl entspricht.“

Nun, vorläufig ist es noch nicht so weit, daß die deutsche Regierung 20 Millionen und mehr für den Auslauf der Engländer locker zu machen versuchen würde. Ob es sich aber um einen Fährer handelt?

Die Koalitionseindringlichkeit eines Centrumsmannes in der Praxis. Der Korrespondent für Deutschlands „Nachrichten“ schreibt aus Köln: Die Drucker der „Köln. Volkszeitung“ ist in den Besitz des Herrn Theising, Drucker des „Rhein. Merkur“ und anderer christlicher Blätter, übergegangen. Leider mußten infolge dieses Wechsels drei Mitglieder des Druckerverbandes, die dort ländlich waren, ihre Konditionen verlassen. Die Firma Theising beschäftigt überhaupt keine Verbandsmitglieder, beanspruchen diese ja auch gleich das Minimum, was die Firma mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit nicht vereinbaren kann.

Ausland.

Der Kampf gegen die Wiener Gemeindevahlreform. — Wien, 19. Juni.

Mit den Wiener Arbeitern hat sich Herr Rueger gründlich verredet. Der Oberbörge von Wien ist gewöhnt, daß sich seinem Terrorismus sonst alles in diesem Staate widerspruchslos fügt: Regierung, Gerichte, Parteien; und er vermeint offenbar, auch seine beachtliche „Wahlreform“ auf diese Weise durchdrücken zu können. Herr Rueger hat es gelangt und sein Wille ist das höchste Gesetz des Staates. Aber in den Wiener Arbeiter sind ihm fürchtbare Kämpfer entstanden, und heute schon ist die Ueberzeugung allgemein, daß die vom niederösterreichischen Landtag beschlossene Vorlage nicht Gesetz werden kann. Es wäre eine verbrecherische Mißthat, wenn die Regierung das elende Nachwerk, dessen Verfertigung schon das böse Gewissen der Antisemiten zeigte, zur Sanktion vorlegen wollte. Sie würde damit einen so ungewöhnlichen Akt von Parteimahne für die Wiener Christlich-Socialen, diese schäblichste Partei des Kontinents, begeben, daß auch Graf Thun, dessen politische Maxime sonst ist, Parteien zu kaufen, vor den verderblichen Wirkungen eines solchen Schrittes schauern dürfte. Allerdings ist es nicht unmöglich, daß die Entscheidung diesmal weniger von der Regierung, als unmittelbar von dem Monarchen abhängen werde. Nun ist es unzweifelhaft, daß die lärmende Servilität der Antisemiten, ihre Herkule und schwärzgelbe Gefinnung ihnen aber sehr viel Sympathie verschafft hat; gelten sie doch als das letzte Bollwerk gegen alle umstürzlerischen, antikatholischen und antilatholischen Strömungen. Andererseits hat gegen das demagogische und ordinäre Getöse des Wiener Antisemitismus gerade der Kaiser einen entscheidenden Widerwillen; die seinerzeitige Nichtbefähigung Ruegers als Wiener Bürgermeister dürfte mehr auf die Initiative des Monarchen als auf den Einfluß Badenis zurückzuführen sein. Man muß das alles in Betracht ziehen, denn hier in Oesterreich werden politische Entscheidungen sehr selten rein aus politischen Motiven gefällt; der persönliche Kurs war in Oesterreich seit jeher die gewöhnliche Politik.

Wie immer, die Wiener Arbeiter werden es an nachdrücklichen Protesten gegen eine Reform, die sie zu Heloten machen will, nicht fehlen lassen. Wenn sich Herr Rueger nach oben als der Bürge für die „Reife“ Wiens präsentiert hat, so liefert gerade diese Wahlreform den Beweis, daß die Ruegeri hart zum Bürgerkrieg führt. Eine so erbitterte, von Leidenschaft durchtränkte, mit wildem Unglimm verfolgte Stimmung war unter den Wiener Arbeitern, die noch wirklich temperamentvolle Leute sind, noch nie zu beobachten. Gestern fanden in Wien nicht weniger als fünfundsüßzig Versammlungen statt, worüber der Telegraph Ihnen schon berichtet hat, und zwar waren alle Arbeiterbranchen zu eigenen Ver-

sammlungen einberufen. Der Andrang war überall geradezu gewaltig; es dürften wohl alle Arbeiter auf den Beinen gewesen sein. Die Bewegung gegen die Ruegerische Wahlreform wird heute hauptsächlich von dem gesamten arbeitenden Volke getragen, sie ist keine bloße Parteifache mehr, sondern eine wahre Volksbewegung. Auch unter dem Bürgertum regt es sich; vorige Woche fanden liberale und deutsch-nationale Versammlungen im größten Stille statt, in denen die Stimmung gleichfalls außerordentlich lebhaft war. Bei den Deutsch-nationalen kam es zwischen Christlich-Socialen, die die Sprengung der Versammlung versuchten, und den Schönermannern zu einer Kauterei, die in einen ersten Messerkampf ausartete.

Alle diese Dinge zeigen, wie die Atmosphäre des Wiener politischen Lebens gespannt ist und daß sie schlimme Entladungen befürchten läßt. Die Regierung thäte wohl daran, endlich zu erklären, daß sie die Vorlage nicht billigt, sonst ist an eine Verhütung der Gemüter nicht zu denken. Solange der Beschluß des niederösterreichischen Landtages nicht beseitigt ist, wird keine Ruhe ein-

Die Regierungskrise

hat sich in Frankreich erneut und verschärft. Auch Waldeck-Rousseau ist die Bildung des Kabinetts nicht gelungen. Er hat sich am Montagabend zum Präsidenten Loubet begeben und ihm mitgeteilt, daß er sich zu seinem großen Bedauern gezwungen sehe, den von ihm übernommenen Auftrag der Bildung des neuen Kabinetts abzulehnen, weil er nicht mit allen denen seiner Kollegen, deren Mitwirkung er erbeten hätte, ein Einvernehmen habe erzielen können.

Die direkte Ursache zum Scheitern der Kabinettsbildung war nach den Berichten die Weigerung des bisherigen Kriegsministers Krantz ins Kabinett zu treten, während dieser Eintritt von den Progressisten verlangt wurde. Wie verlautet, hat Krantz die Uebernahme des ihm angebotenen Portefeuilles abgelehnt, weil er gewisse Maßregeln nicht billigte, welche Waldeck-Rousseau als hervorragende wichtig betrachtete, namentlich nicht das strenge Einschreiten gegen die Generale und Obersten, welche die jüngsten von den Blättern veröffentlichten Kundgebungen veranlaßten. Poincaré und Guillaum sollen die Annahme der ihnen zugeordneten Portefeuilles von dem Eintritt Krantz in das Kabinett abhängig gemacht haben.

Die meisten Blätter schreiben das Scheitern der Versuche Waldeck-Rousseaus zur Kabinettsbildung dem Einflusse Melines zu. Die sozialen und radikalen Organe erklären das Vorgehen Melines für verrät an der republikanischen Sache. „Sibic“ sagt, Meline, welcher Loubet nicht verzeihen könne, daß er Präsident der Republik geworden sei, wolle die Bildung des Kabinetts um jeden Preis verhindern. Er habe sich mit allen denen verbunden, welche den Sturz der parlamentarischen Republik anstrebten, weil er dadurch hoffe, Loubet zum Rücktritt zu bringen. Meline irre aber, wenn er glaube, daß diese Politik ihm etwas anderes als Schande eintragen werde. Denn Loubet, welcher wisse, daß er in diesem Augenblicke das Heil der Republik in Frankreich repräsentiere, werde vor den Hindernissen, die ihm in den Weg gelegt werden, nicht zurückweichen. Jaurès schreibt in der „Revue Republique“, das Scheitern der Kombination Waldeck-Rousseaus bedeute zweifellos: Meline, Reaktion und Militärpartei. Die Generale und Obersten wählten, daß die Mißthaten und gegen die Republik gerichteten Treibereien unbestraft bleiben würden. Die nationalistischen Blätter drücken unvorholbar ihre Befriedigung über die durch den Mißerfolg Waldeck-Rousseaus geschaffene Lage aus.

Der Pariser Korrespondent der „Wolff. Zig.“ charakterisiert die gegenwärtige Lage in Frankreich folgendermaßen:

Die Lage spitzt sich hellenmend zu. Die Nationalisten fühlen sich so vollkommen als Sieger, daß sie ein Ministerium Poincaré, natürlich mit Krantz, fordern, ja die Erfolgstrankensien unter ihnen sprechen schon offen von einem Kabinett Meline. Die Radikalen der Kammer jammern über den Mangel auch nur einer kraftvollen Persönlichkeit unter ihnen und wenden ihre verzweifelten Blicke dem Senat zu, von dem sie Rettung erhoffen. Es giebt aber Schwärzseher genug, die überzeugt sind, daß die nächsten politischen Ereignisse sich auf der Straße abspielen werden.

Paris, 20. Juni. Nach einer längeren Besprechung mit Brisson machte Präsident Loubet telegraphisch Bourgeois das Anerbieten, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen. Léon Bourgeois benachrichtigte den Präsidenten Loubet telegraphisch, daß er morgen vormittag in Paris eintreffen werde. Man weiß noch nicht, ob Loubet Bourgeois formelle Anerbietungen gemacht hat, oder ob er sich darauf beschränkte, seine Ansicht zu äußern.

Italien.

Rom, 20. Juni. Deputiertenkammer. Unter dem Herrn der Rechten beantragt Vissolati, die Geschäftsfähigkeit des Hauses festzustellen. Nachdem dies geschehen, beantragt Ministerpräsident Pelloux, morgen die Abänderungen der Geschäftsordnung zu beraten. Ferri schlägt vor, diese Beratung bis zum 30. November zu vertagen und verlangt für seinen Vorschlag namentliche Abstimmung. (Lärm.) Pelloux erklärt, eine Ablehnung des Vorschlags Ferri werde die Annahme des Regierungsentwurfes bedeuten; diese Auslegung wird von Santano bestritten. (Lärm.) Rabice schlägt vor, erst über den Antrag Pelloux abzustimmen. Di Rubini sagt, alles habe seine Grenzen, auch die Mehrheit habe ihre Rechte; Redner unterstützt den Antrag Pelloux. (Beifall rechts, Lärm links.) Der Präsident richtet die Anfrage an das Haus, ob über den Antrag Pelloux zuerst abgestimmt werden soll. Das Haus beschließt, zuerst über den Antrag Pelloux abzustimmen und nimmt dann diesen Antrag unter lebhaftem Beifall der Rechten und des Centrums und dem Widerspruch der äußersten Linken an. Ferri beantragt hierauf, zu bestimmen, daß die Beratung über die Abänderung der Geschäftsordnung in jeder Sitzung nur eine Stunde dauern dürfe. Die von dem Antragsteller beantragte namentliche Abstimmung wird unter großem Lärm genehmigt. Der Antrag Ferri wird mit 227 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Spanien.

Der Verkauf der Südsee-Inseln an Deutschland ruft in der spanischen Deputiertenkammer heftige Erörterungen hervor. So forderte Vincenzi die Regierung zu der Erklärung auf, daß dies der letzte Gebietsverkauf sei, den Spanien abschließen werde. Silvela antwortet in bestätigendem Sinne und betont, daß die Politik, welche Spanien einzig und allein befolge, eine nationale Politik und eine Politik der Ausdehnung in Afrika sei. Wie Margall protestiert gegen den Abschluß des Vertrages und führt aus, man hätte die Unabhängigkeit der Karolinen, Marianen und Palau-Inseln proklamieren und sie sich selber überlassen sollen, denn man dürfe ein Volk nicht verkaufen. Silvela entgegnet, er könne über diesen Punkt nicht verhandeln, da er mit den derzeitigen Anschauungen des Völkerrechts nicht im Einklang stehe. Das Haus nahm sodann den Vertrag in allen drei Lesungen an. Es wird sich nunmehr der deutsche Reichstag mit dem Ankauf der Südsee-Inseln beschäftigen müssen.

Portugal.

Opposition und Obstruktion in Portugal. Die auswärtige Politik Portugals findet im Lande selbst vielfach Widerspruch. Die konservative Oppositionspartei erließ eine Kundgebung, worin sie erklärt, sie werde sich an den parlamentarischen Verhandlungen nicht eher wieder beteiligen, als bis die Regierung das Land über ihre augenblickliche auswärtige Politik und über die von ihr fremden Mächten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen aufgeklärt habe. Der Führer der konservativen Partei, Diniz Ribeiro, unternimmt mit mehreren Parteifreunden einen Ausflug nach den Azoren-Inseln, um sich durch den Augenschein zu vergewissern, welche Vorbereitungen dorthelbst für die angeblich bevorstehende Einrichtung einer britischen Flottenstation getroffen seien.

Gegen die Zuchtthausvorlage.

Protestkundgebungen gegen die Zuchtthausvorlage finden noch fortwährend allenthalben statt und geben Kunde von der ungeheuren Erbitterung, die sich der deutschen Arbeiter ohne Unterchied der Parteistellung bemächtigt hat über das Attentat auf das Koalitionsrecht, dem ferner auch im Reichstage das Urteil gesprochen wird. Für Meiningendorf und Schönholz fand eine gut besuchte Protestversammlung statt, in welcher Frau Jhrer über die Zuchtthausvorlage referierte. Das Referat wurde begeistert aufgenommen und eine Protestresolution angenommen. In Stettin protestierten 3000 Arbeiter in einer Versammlung und gleichzeitig beschlossen auch die dortigen Gewerbevereine einen scharfen Protest, wobei sie Ausdehnung des Koalitionsrechtes auf die ländlichen Arbeiter forberten. Weitere Versammlungen fanden statt in Lughaven, Schleswig, Glückstadt, Jever, Pinneberg, Hameln, Lehrte; in Stadthagen, in Hildesheim und Heepen bei Nießfeld, ferner in Schönebeck, Rauhaldensleben, Alen und Thale in der Magdeburger Gegend, in Aschersleben, Witterfeld und Delitzsch. Aus der Provinz Brandenburg werden noch Versammlungen aus Bernau und Briezen gemeldet. In Forst i. L. protestierten die Gewerbevereine. In Reichenbach in Schlesien fand eine Protestversammlung statt, ebenso in Reichenberg, Werbau, Wurzen, Oschay, Dahlen und Rostkau in Sachsen. Aus Bayern wird berichtet über Versammlungen in Worms, Heidingsfeld, Kolbermoor, Ladenburg und Tirschenreuth. Die christlichen Arbeiter Berlins schlossen sich der Resolution der latholischen Arbeiter Berlins an. Die Gewerbevereine in Köln verlangen glatte Ablehnung der Vorlage und an ihrer Statt volle Koalitionsfreiheit. Dasselbe beschloßen die Gewerbevereine in Eisen. In Eisen und dem benachbarten Werden fanden socialdemokratische Protestversammlungen statt, ebenso eine Kreisversammlung in Mainz und eine in Wiesbaden. In Warburg nahm eine von nationalsocialer Seite einberufene Versammlung, die stark von Studenten besucht war, eine Resolution unseres Genossen Scheidemann an. Berichtet wird noch über eine Versammlung in Lampertheim, eine solche in Klingingen und 3 Gewerkschaftsversammlungen in Kassel.

Aus vielen Orten wird auch die Verbreitung von Flugblättern berichtet, um diejenigen anzuklären, die sich noch von der bürgerlichen Presse gängeln lassen.

Der allgemeine Arbeiter-Bildungsverein in Winterthur (Schweiz) nahm folgende Resolution an: „Die heute am 17. Juni im Vereinshause des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsvereins Winterthur tagende öffentliche Arbeiterversammlung schließt sich nach Anhörung eines bezüglichen Referates der Protestbewegung der Arbeiter Deutschlands gegen die Zuchtthausvorlage an und wünscht ihnen in diesem Kampfe um die Hochhaltung des ersten Natur- und Grundrechtes des arbeitenden Volkes, um das Koalitions- und Streikrecht, um die Erhaltung sowie um den Fortschritt der Kultur den vollen Sieg.“

Im Landtag von Neuchâtel kam am Sonnabend der socialdemokratische Antrag der Abgg. Veiterlein, Fiedler und Leven zur Beratung:

„Der Landtag wolle beschließen, das künftige Ministerium zu ersuchen, den Bevollmächtigten beim Bundesrat dahin zu instruieren, gegen die Gesetzesvorlage zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu stimmen, falls diese vom Reichstage angenommen werden sollte.“

In Verbindung damit gelangte zur Beratung die Interpellation der Freischmiedgenossen u. Gen., das Ministerium um Auskunft zu ersuchen, ob der Bundesratbevollmächtigte und wenn ja, aus welchen Gründen er für diesen Entwurf gestimmt hat.

Staatsminister Engelhardt erklärte, in der Verantwortung der Interpellation, daß der Vertreter von Neuchâtel im Bundesrat die Beizung erhalten hat, der Vorlage zuzustimmen, daß aber die Regierung es ablehnen müsse, die Gründe hierfür dem Landtage mitzuteilen. Das war, so bemerkt die „Neuchâtel Tribune“, freilich die bequemste Antwort, die das Ministerium erteilen konnte. Hätte das Ministerium seine Stellungnahme für den Entwurf mit den Erfahrungen in unserem Lande begründen sollen, so wäre es sicherlich hinsichtlich der Arbeiter in Verlegenheit geraten, denn bei uns haben die Arbeiter bei allen Streiks und auch sonst sich auf geistlichem Boden bewegt, selbst der Abg. Staatsanwalt Audouard mußte zugestehen, daß hier Ausstellungen nicht vorgekommen sind und die diesige Bevölkerung nicht zu Gewaltthatigkeiten neige. Um so unverständlicher mußte die Zustimmung unserer Regierung erscheinen, wenn man nicht wüßte, daß überall die Unternehmerklasse es versteht, ihre Interessen in den Vordergrund zu drängen und zur Anerkennung zu bringen. Es war deshalb für unser Ministerium das Klügste, sich über seine Beweggründe anzuschweigen.

Der socialdemokratische Antrag wurde abgelehnt; nur ein Freischmiedgenosse stimmte mit unseren Parteigenossen.

Der Niesenkampf im Baugewerbe.

Der Arbeitgebedbund für das Maurer- und Zimmerer-Gewerbe hat der Presse ein sehr kläglich geschriebenes Manuskript zugehen lassen, in welchem die Ursachen des gegenwärtigen Kampfes dargelegt werden. Es wird darin von seiten der Unternehmer zugegeben, daß sie die allgemeine Aussperrung über alle Maurer Berlins verhängen, währenddem doch nur einige Hunderte von diesen die Forderung auf Erhöhung des Lohnes auf 65 Pf. die Stunde gestellt hatten; die Unternehmer haben also gar kein Recht, von einem ihnen „aufgedrungenen Kampfe“ zu sprechen. Den geforderten Lohn von 65 Pfennig könnten sie nicht bewilligen, da ihre Vorkaufschläge bereits auf der Basis der bisherigen Löhne gemacht seien, die Erhöhung sei aber auch nicht gerechtfertigt, da die Lebensmittelpreise in letzter Zeit ja nicht gestiegen seien.

Aus diesem Argument spricht der echte Herrenstandpunkt. Wenn der Lohnsklave sein notwendiges Essen und Trinken hat, was hat er dann noch mehr zu verlangen? Im übrigen haben die Unternehmer, wie es in der Zuschrift heißt, den Kampf diesmal aufgenommen — „gesucht“ hätten sie sagen sollen —, um wieder „ordnungsgemäße Zustände“ im Baugewerbe herbeizuführen. „Das Baugewerbe kann es aber nicht ertragen, daß fortwährende Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen jede sichere Vorveranlagung ausschließen und die bei größerer Vorsicht und Umsicht aufgestellten Kostenanschläge erschüttern.“ Die Unternehmer hatten es in der Hand, sich gegen die „fortwährenden Kämpfe“ zu schützen, sie hätten nur brauchen auf die Vorschläge der Maurer einzugehen. Diese gingen bekanntlich dahin, den 60 Pfennig-Stundenlohn auf eine längere Zeit — eventuell auf Jahre — festzulegen. Das wollten aber die Herren Unternehmer nicht, sie wollen die Freiheit haben, jederzeit, sobald ihnen dazu die Situation im Gewerbe geeignet erscheint, den Lohn wieder drücken zu dürfen. Nur nichts Stabiles, nur nichts Festes, keinerlei bestimmte Verpflichtungen gegen die Arbeiter, das geht gegen die Herrens-moral und könnte hier und da die Möglichkeit ausschließen, durch Lohndruck den Profit etwas zu erhöhen. Vereinbarungen mit den Vertretern der Arbeiter treffen, hieße ja die Organisationen derselben anzuerkennen? Das darf nicht geschehen!

Die Unternehmer sind es, die keine geordneten Verhältnisse im Gewerbe haben wollen, sie haben jetzt auch kein Recht, sich darüber zu beschweren. Denn, wer wollte es den Arbeitern verdenken, daß

sie, denen der Unternehmer sofort Abhilfe macht, sobald die Konjunktur eine etwas schlechtere geworden, nun auch ihrerseits die gute Konjunktur auszunutzen trachten und etwas mehr fordern?

Das Schreiben der Unternehmer wendet sich schließlich an die „wohlgesinnten Kreise der Staatsbürger“, sie zu unterstützen. Das soll dadurch geschehen, daß die „guten Staatsbürger“, soweit sie Bauherren sind, die vertragsgemäß eingegangenen Fertigstellungsfristen, um die Dauer des ihr (der Unternehmerverschaft) „aufgedrungenen Streiks“ verlängern. Die sonstigen Arbeitgeber werden auch in diesem Schreiben wieder ersucht, die Streikenden nicht zu beschäftigen.

Es ist gewiß das gute Recht der Unternehmer, wenn sie versuchen, ihre Gegner im wirtschaftlichen Kampfe nach Möglichkeit zu schwächen, und wir sind gewiß die letzten, die etwa nach berüchtigtem Muster nach Polizei und Staatsanwalt schreien, aber es mutet doch etwas eigentümlich an, wenn die Ausschagerung von Tausenden von Arbeitern propagiert wird von einer Körperschaft, die nicht laut genug schreien kann über den Terrorismus der Arbeiter, von einer Unternehmerrclique, der wir zum Teil mit die Buchthausvorlage zu verdanken haben.

Aber der Arbeitgeberbund scheint sich auch nicht, direkte Gesetzesverletzungen zu begehen. Es giebt eine ganze Anzahl von Baufirmen, welche sich dem Arbeitgeberbund nicht angeschlossen haben, diese haben zum großen Teil die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Der Bund will diese nun nicht etwa friedlich überreden, sondern zwingen, an den Verhandlungen der Bundesmitglieder teilzunehmen. Für den Fall, daß sie es nicht thun, ist ihnen die Berufsverleumdung angedroht worden. Die Mörtelfabrikanten und sonstigen Lieferanten von Baumaterialien sollen veranlaßt werden, den Widerpenstigen nichts zu liefern. Wie aus dem untenstehenden Bericht über die gestrige Arbeitgeber-Versammlung hervorgeht, soll der Zwang, falls die Mörtelfabrikanten sich nicht fügen wollen, auch auf diese ausgedehnt werden. Das ist die wirtschaftliche Nöthigung, das sind Zwangsmittel, wie sie die streikenden Arbeiter in solcher Form und Intensität gegen ihre Kollegen nach ihrer ganzen ökonomischen Stellung gar nie ausüben können. Wenn sie es dennoch versuchen, würden sie sofort vom Staatsanwalt gefaßt. Daß die Unternehmer es in so offener Weise wagen dürfen, den wirtschaftlichen Ruin der „Outsider“ zu beschließen und zu betreiben, zeigt, daß sie die Ueberzeugung haben, sie ihrerseits können auf das Gesetz pfeifen.

Die Unternehmer

beschäftigten sich am Dienstag in einer vom Arbeitgeberbund des Maurer- und Zimmerergewerbes nach dem Architektenthause einberufenen Versammlung mit der durch die Aussperrung geschaffenen Situation und den seitens der Unternehmer zu treffenden Maßnahmen. Der zweite Vorsitzende des Arbeitgeberbundes, Herr Westphal, führte aus: Am Montag habe im Abgeordnetenhaus eine Vorstandssitzung des Deutschen Arbeitgeberbundes stattgefunden. Die von außerhalb erschienenen Vertreter wären begeistert für die Sache der Berliner Kollegen (d. h. für die unbegründete Massenaussperrung, der Bericht erstattet) eingetreten und hätten ihre Unterstützung zugesagt. Die Vorstandssitzung habe beschloffen, am nächsten Dienstag die Vertreter des gesamten Maurer- und Zimmerergewerbes in Deutschland nach Berlin zu berufen, um deren Meinung zu der Aussperrung zu hören. Weiter teilte der Redner mit, daß der Gewerbegerichtsbefugte, Herr Fabrikant Weigert, in der am Montag abgehaltenen Vorstandssitzung erschienen sei, um den Frieden anzubahnen auf der Grundlage eines 60 Pf.-Magazinallohnes. Herr Weigert habe erklärt, er sei zu seinem Vorgehen von den Bauherren Held u. Franke und Lachmann u. Hauber autorisiert. Man habe Herrn Weigert geantwortet: Wenn die Arbeiter bereit sind, auf der Grundlage eines Magazinallohnes von 60 Pf. und Vermeidung aller Scherereien, wie Aussperrungen etc. zu verhandeln, dann seien auch die Arbeitgeber zu Verhandlungen bereit. Baumeister Jellisch habe bei dieser Gelegenheit erklärt: „Es kommt uns nicht auf eine Kraftprobe an. Wir wollen den Frieden.“ — Wie Herr Westphal weiter mitteilte, soll in nächster Zeit eine Versammlung aller Arbeitgeber Berlins einberufen werden, um deren Meinung zu der vorliegenden Angelegenheit zu hören. — Baumeister Schödel aus Magdeburg teilte mit, daß die dortigen Kämpfe im Vaugetriebe durch Einsetzung einer Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und gegenseitige Vereinbarung der Arbeitsbedingungen zur Zufriedenheit beider Teile ihre Beendigung gefunden haben. Der Redner gab seinen Berliner Kollegen den Rat, auf gleiche Weise ein friedliches Verhältnis herbeizuführen. — Bezüglich des an die Mörtelfabrikanten gestellten Verlangens, denjenigen Baunternehmern, welche sich nicht mit dem Bunde solidarisch erklären, die Lieferungen abzuschneiden, wurde berichtet, daß die Lieferanten nicht in vollem Umfange auf das Verlangen des Bundes eingehen zu können erklärt haben, sie seien nur bereit, denjenigen kein Material mehr zu liefern, die nicht pünktlich zahlen.

Wie hierher verlief die Versammlung sachlich und parlamentarisch. Jetzt aber trat ein Zwischenfall ein, der die vorher zur Schau getragene Friedensliebe und die angebliche Reizung zur Verlegung des Justiz in einem eigentümlichen Licht erscheinen ließ. Der Vorsitzende Westphal machte die Mitteilung: der Maurer Silberschmidt solle im Saale anwesend sein. Sofort erhob sich der größte Teil der Versammelten unter fortgesetzten Rufen: „Maus! Maus!“ An der Thür entstand ein Gedränge und unter großer Unruhe und unaufhörlichen „Maus“-rufen wurde jemand hinausgeschoben.

Nachdem sich die Gemüter wieder beruhigt hatten, berichtete Direktor Croning von den Berliner Mörtelwerken, daß das langsame Arbeiten, wie es bei der jetzigen Situation gezwungenermaßen stattfindet, den Mörtelwerken mehr Schaden bringe, wie ein gänzliches Einstellen der Arbeit. Er wünsche, daß die Baunternehmer so einig wären, daß eine gänzliche Einstellung der Arbeit durchgeführt werden könne. — Diese Aeußerung des Direktors wurde von einem Redner unter allseitigem Weisfall scharf gemißbilligt. Er sagte, nicht die Mörtelwerke sollten auf die Einigkeit der Baumeister warten, sondern durch Verweigerung der Lieferung an alle, welche dem Arbeitgeberbund fernstehen, die Einigkeit der Unternehmer und damit die allgemeine Arbeitseinstellung herbeiführen helfen. Wenn sich die Mörtelfabrikanten dem Verlangen des Bundes der Arbeitgeber nicht fügen, dann würde der letztere selber Mörtel fabricieren und den widerpenstigen Mörtelwerken eine föhliche Konkurrenz bereiten. — Im weiteren Verlauf der Versammlung kam ein Schreiben des Vereins der Recordmurer zur Verlesung, worin dieser Verein bedauert, daß auch auf seine Mitglieder die Aussperrung ausgedehnt worden ist, obgleich sich dieselben doch bisher den Forderungen der Unternehmer gefügt haben. Die Recordmurer ersuchen den Bund der Unternehmer, auf sie die Sperre nicht auszuheben. Die Versammlung beschloß, mit den Recordmurer keine Ausnahme zu machen und wies zwei Vertreter derselben, welche um eine Besprechung ersuchten, ohne Umschweife ab.

Eine Anregung, Silberschmidt wegen „unbefugten Eindringens in die Versammlung“ zu verhaften, wurde von der Mehrheit abgelehnt. Weiter wurde beschloffen, daß alle Mitglieder des Bundes von jetzt an nur durch den Arbeitsnachweis desselben ihre Arbeitskräfte zu beziehen haben.

In der Versammlung einklarierte eine Petition an die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden und die Bauherren, worin dieselben ersucht werden, „nachstehend die vereinbarten Fertigstellungsfristen um die Zeit des Arbeitersausstandes hinauszuschieben und auf die für den Fall des Verzuges zugestandenen Konventionalstrafen gütig zu verzichten“.

Die Maurer der centralen Richtung.

die zur Zeit in Arbeit stehen, hielten gestern bei Keller, Koppenstraße, eine Versammlung ab, um den Bericht der Lohnkommission über den derzeitigen Stand der Bewegung entgegen zu nehmen. Wie der Referent W. Schulz ausführte, sind bis jetzt 1310 Maurer abgereist, die von der Kommission der centralen Richtung Fahrkarten erhalten haben. Die Zahl der Abgereisten ist aber weit größer und beträgt etwa 2000, da viele der Ausgesperrten abgereist sind, die auf die Reise-Unterstützung verzichteten. Es wird erwartet, daß in kurzer Zeit 3000 Maurer Berlin verlassen haben werden und ist für Arbeitsgelegenheit der Abreisenden in den verschiedenen Orten Deutschlands Sorge getragen. In den neuen Bedingungen arbeiten von der centralen Richtung 1100 Maurer, während 2000 als ausländisch bezw. ausgesperrt bei der Kommission zur Kontrolle gemeldet sind. Es ist Aussicht vorhanden, daß noch mehrere Unternehmer in den nächsten Tagen die Forderungen bewilligen und die Arbeit auf weiteren Bauten aufgenommen werden kann. In der Diskussion wurden die Beschlüsse der Unternehmer kritisch erörtert und verschiedene Einzelvorläufe während der Bewegung zur Sprache gebracht.

Ein Antrag, daß die arbeitenden Maurer statt wie bisher 3 M. von dieser Woche ab 6 M. an den Streikfonds zur Unterstützung der Ausständigen abzuführen haben, wurde, nachdem derselbe von mehreren Rednern befürwortet worden war, bis zu der am Freitag stattfindenden Versammlung vertagt, um dem Centralausschuß Gelegenheit zu geben, hierüber zu beraten.

Die arbeitenden Maurer der lokalen Richtung

tagten gestern in den Borussia-Sälen, Aderstraße. Den Bericht über den Stand der Bewegung erstattete Hr. Kater, der bekannt gab, daß seitens des Centralausschusses eine genaue Baukontrolle vorgenommen worden ist, dessen Resultat aber erst morgen bekannt gegeben werden kann.

Der Redner berichtete über die Beschlüsse und die bekannnten Bestrebungen der Unternehmer, deren Vorgehen sogar von einem Teil der bürgerlichen Presse entschieden verurteilt wird, und giebt schließlich der Meinung Ausdruck, daß die gegenwärtige Situation für die Maurer durchaus günstig ist. Verschiedene Unternehmer haben wieder die Bewilligung der Forderungen in Aussicht gestellt und sind nicht gewillt, sich den Wünschen des Arbeitgeberbundes zu fügen. Um die Schwierigkeiten einzelner Unternehmer unmöglich zu machen, soll eine stärkere Kontrolle wie bisher ausgedehnt werden auf solchen Bauten, wo gearbeitet wird. Wie mitgeteilt wurde, haben die auch von dieser Richtung abgereisten Maurer in den Provinzialstädten Arbeit erhalten und nur in ganz vereinzelten Fällen sind sie von den Unternehmern nicht eingestellt worden. Andererseits aber haben sich bereits wieder Unternehmer nach Berlin gewandt, die gewillt sind, Maurer einzustellen.

Die Diskussion war eine sehr rege und wurde allgemein der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Kampf zu Gunsten der Arbeiter verlaufen wird.

Die Steinzeuger

faßten in ihrer Versammlung folgenden Beschluß: Auf den Bauten, wo die Finger durch die Aussperrung der Maurer in Mitleidenschaft gezogen sind, keine Arbeit, welche den Fingern zulommt, weder anzufangen noch zu vollenden, und erklärten sich mit den kämpfenden Arbeitsgenossen solidarisch.

Partei-Nachrichten.

Bei den Bürgerstättwahlen für einen Teil Lübecks erlangte die socialdemokratische Liste 207 Stimmen, während ein einzelner ihrer Kandidaten, Genosse Schwarz, 247 Stimmen erhielt. Trotzdem der Bezirk diesmal kleiner ist, wie bei der Wahl 1897, erhielt die geschlossene Liste diesmal doch 67 Stimmen mehr wie damals. Gewählt wurden die Kandidaten der sogenannten wasserständischen Partei mit 570 bis herunter zu 367 Stimmen.

Totalliste der Partei. In Stuttgart starb am Montag der 66 Jahre alte Parteigenosse Julius Große am Gehirns- und Lungen-schlag. Seit vielen Jahren, namentlich auch unter dem Socialismengeist, ist Große merkwürdig für die Partei thätig gewesen. Sein Andenken bleibt uns in Ehren.

Vergebliche Hausdurchsuchung wurde am Sonnabend in der Redaktion des „Vollblattes“ in Dessau gehalten. Gesucht wurde das Manuskript eines Artikels über die Zustände in einer Fabrik.

Die ruthenische Socialdemokratie. Nachdem die seit Jahren wiederholt gemachten Versuche erfolglos blieben, die Partei der russischen Ruthenen als Ganzes mit der Socialdemokratie zu vereinigen, trat, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet, die konsequent socialdemokratischen Elemente vor kurzem zu einer Konferenz zusammen, bei der sie sich als ruthenische Socialdemokratie konstituirten. Es wurde sofort eine provisorische Parteivertretung gewählt, bestehend aus den Genossen Dr. Harkiewicz, Witpl, Kowalowski, Abgeordneter Dr. Jarosiewicz und Waczniski. Das Parteiblatt wird vom September dieses Jahres an in Lemberg erscheinen. Als Parteisekretär fungiert Genosse Dr. Harkiewicz. Die Gesamterekutive der österreichischen Socialdemokratie hat in ihrer Sitzung vom 16. d. M. diese Thatfachen zur Kenntnis genommen, und wird Genosse Dr. Jarosiewicz die ruthenische Socialdemokratie als ständiges Mitglied der Gesamterekutive vertreten. Zugleich hat Abgeordneter Dr. Jarosiewicz, der bisher dem Socialdemokratischen Verband im Parlament als Hospitant angehörte, seinen Beitritt als Mitglied angemeldet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Steinzeuger. Der Innungsring ist gesprengt! Ein Mitglied der Berliner Steinzeugerinnung hat bereits den von den Steinzeugern aufgestellten Lohnantrag unterzeichnet. Verschiedene andere werden nun, nachdem der Mann gebrochen ist, nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Und da die Leiter der Innungsbewegung auch soviel taktische Klugheit besitzen, daß sie einsehen, daß ein weiteres Beharren auf dem ablehnenden Standpunkt gleichbedeutend ist mit der Desorganisation der Innung, so dürften auch diese officiell wohl in nicht allzu fernem Zeit zum Nachgeben genöthigt sein.

Es kritelt aber auch schon ganz bedenklich in der Innung. Es ist in den verschiedenen Sitzungen zu geradezu stürmischen Auftritten gekommen; namentlich den Hauptcharismatiken, die man nun für alles Unheil verantwortlich macht, ist man sehr scharf auf den Leib gerückt, so daß der Hainppling derselben kürzlich die Sitzung mit den Worten verlassen haben soll: „Adieu, meine Herren; mich bekommen Sie hier nicht wieder zu sehen!“ Der Schreckenshieb, die angeordnete Aussperrung der Steinzeuger, ist also thatsächlich auf die Schützen, die ihn abgegeben, zurückgeworfen. Die Ausständigen harren dagegen frohen Mutes der Dinge, die da kommen werden. Die Zahl derselben beläuft sich augenblicklich auf 325.

Achtung, Astenmacher! In der Astenfabrik von Wiesenthal in Friedrichsberg, Warsstraße 16, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Der Bierkrieg in Frankfurt a. M. Am Montag beschloffen die streikenden Brauer den Streik für beendet zu erklären. Darauf hat am Abend das Gewerkschaftsamt folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung des Gewerkschaftsamt beschließt: nachdem der Brauerstreik für beendet erklärt worden ist, auch den Bierkrieg aufzuheben. Sie giebt damit den Ringbräuereien zugleich

Gelegenheit, die Wahrheit ihrer Zusicherungen zu erweisen, daß die Einstellung der Streikenden nach Bedarf erfolgen werde, sobald der Bierkrieg beendet sei. Geschieht dies nicht, so ist der Oeffentlichkeit ein abschließendes Urteil über das Verhalten des Brauerrieges geboten und wird in diesem Falle die Frankfurter Arbeiterkassette erneut Stellung zu der Angelegenheit nehmen.“

Die ausländigen Former Leipzigs verlangen neben der Rücknahme des Ausschließungsbeschlusses auch Einführung der 8stündigen Arbeitszeit, wo sie bisher noch nicht eingeführt ist und Freigabe des Arbeitsnachweises.

In Juidan und Umgegend streiken seit Sonnabend circa 500 Maurer. Die Forderungen gehen auf 40 Pfennig Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. Der Streik vollzieht sich in vollkommener Ruhe. Das Polizeiamt hat es dennoch für notwendig gehalten, in einer Bekanntmachung den § 153 der Gewerbe-Ordnung und § 123 des Strafgesetzbuchs abzubilden.

Die Maler in Raumburg befinden sich im Streik um die Hauptforderung eines Minimallohnes von 38 Pf. die Stunde. Da sich die Meister bemühen, von Berlin Maler zu bekommen, so wollen namentlich die hiesigen Maler darauf achten, daß sich niemand überreden läßt, nach Raumburg zu gehen.

Der Lederarbeiter-Streik in Wülfer, dessen Veranlassung ein den Arbeitern von der Firma Fall u. Schütz aufgedrungenem Sklavereivertrag ist, dauert noch unverändert fort. Nächsten Sonnabend läuft die Kündigungsfrist der von der anderen Wülferschen Lederfirma (Gebr. Wöhme) geländigten Arbeiter ab, so daß dann 550 Mann im Kampfe stehen werden. Der nur 4500 Mitglieder zählende Lederarbeiter-Verband wird schwerlich in der Lage sein, so viel Kollegen längere Zeit zu unterstützen und wird deshalb die Hilfe der organisierten Arbeiter in Anspruch nehmen müssen.

Zwischen den Seelenten und Reedereien Flensburgs sind Differenzen ausgebrochen, und bitten wir alle Berufskollegen, bis zur Beendigung derselben keine Stellung auf Flensburger Schiffen anzunehmen.

Der Centralvorstand des Seemanns-Verbandes.
J. B.: P. Hoffmann.

Die Lohnkommission des Holzarbeiterverbandes in Waldenburg (Schlesien) richtete an die Unternehmer des Bezirks der Zahlstelle ein Schreiben, worin sie zum Zwecke der Schaffung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen folgende Forderungen stellt: 1. Einführung der zehnstündigen täglichen Arbeitszeit; 2. Erhöhung der seitherigen Löhne und Akkordpreise um 15 Proz.; 3. Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, wo solches noch besteht; 4. Vermeidung aller Ueberzeit- und Sonntagarbeit; Ausschlag von 20 Proz., wo solche Arbeit unvermeidlich ist.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung wurde in Pommern der Steinarbeiter Friedrich Gärtner zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Er hatte zu einem anderen Steinbrücker gesagt: Wenn Du bei Schröder Bruchmeister wirst, dann kann es kommen, daß dessen Bruch gesperrt wird. Das Gericht erkannte zwar an, daß nur eine harmlose Unterhaltung stattgefunden habe, daß aber in Gärtners Worten doch eine Drohung liege.

Das Protokoll über die Verhandlungen des dritten Gewerkschafts-Kongresses, der im Mai dieses Jahres in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, ist erschienen. In einem 282 Seiten starken Hefte bietet es eine genaue Wiedergabe der Verhandlungen des für die Entwicklung der Gewerkschaften bedeutsamen Kongresses und für jeden gewerkschaftlich thätigen Arbeiter sowie jeden, der sich über die deutsche Gewerkschaftsbewegung unterrichten will, ist es ein unentbehrliches Hilfsmittel. Für Mitglieder der Gewerkschaften, die es durch Vermittlung ihrer Organisationen beziehen, ist der Vorzugspreis auf 25 Pf. gestellt. Den Verlag hat die Generalkommission übernommen.

Ausland.

Aus Brünn meldet der offiziöse Telegraph, daß in mehreren Fabriken ein Teil der Regularbeiter die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen hat. Die Nachricht ist mit großer Vorsicht aufzunehmen, da nach bis Montag reichenden eigenen Nachrichten der Wiener „Arbeiterzeitung“ ein solches Resultat wenig Wahrscheinlichkeit hat, die Streikenden vielmehr ihre Absicht, auszuharren, noch am Montag unzweifelhaft ausgesprochen haben. Am Montag war noch nicht ein einziger Streikbrecher zu verzeichnen.

Gablonz (Böhmen), 20. Juni. Infolge der Intervention des Gewerbe-Inspektors und auf Ansuchen der ausländigen Weber in dem hiesigen Auslandsgebiet fand gestern eine Besprechung der Ausständigen mit den Unternehmern statt, in welcher ein Einvernehmen erzielt wurde, indem die Arbeiter sich mit der zu gestandenen Lohnerhöhung von 5 Proz. zufrieden gaben. Infolge dessen dürfte die Wiederaufnahme der Arbeit in größerem Umfange stattfinden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stettin, 20. Juni. (W. S.) Der heute morgen von Swinemünde nach dem „Wulkan“ abgegangene Bremer Lloyd-Dampfer „Kaiserin Maria Theresia“ ist infolge des niedrigen Wasserstandes auf dem großen Damm in der Nähe von „Ziegenort“ auf Grund geraten. Zur Hilfeleistung sind aus Stettin die Dampfer „Karl“ und „Hulda“ nach dort abgegangen.

Paris, 20. Juni. (W. S. B.) Heute mittag wurden Graf Dion und Graf d'Audigny in Freiheit gesetzt.

Paris, 20. Juni. (W. S. B.) Lockroy hat den Generalstabschef der Marine de Cuverville, welcher den Deputirten Fleury-Ravarin zu einer an der maritimen und kolonialen Verteidigung geübten Kritik beglückwünschte hatte, angewiesen, seine Amtsbefugnisse dem Kontre-Admiral Massarin zu übertragen.

Paris, 20. Juni. (W. S. B.) Ein erregter Zwischenfall ereignete sich heute Abend in der Rue Royale. Der antisemitische Deputirte für Constantine Morinaud sprang aus seinem Wagen in dem des vorüberfahrenden socialistischen Deputirten Rouanet und ohrfeigte ihn, indem er ihm zurief: „Dies ist die Antwort aller Algerier.“ Rouanet, welcher völlig verblüfft war, versuchte seinem Angreifer einen Hieb mit dem Stod zu versetzen, traf ihn jedoch nicht.

London, 20. Juni. (W. S. B.) Das Oberhaus nahm ohne nennentliche Abstimmung die zweite Lesung der Londoner Lokalverwaltungsbill an.

Belgrad, 20. Juni. (W. S. B.) Die Zahl der Opfer der am 14. und 15. d. Mts. auf serbischen Gebiete stattgefundenen Kämpfe ist noch nicht genau bekannt, doch scheinen sie auf beiden Seiten beträchtlich zu sein. Die Türken transportierten ihre Verwundeten nachts heimlich nach Prischina, während sie die Toten unterwegs beerdigten. In serbischen amtlichen Kreisen behauptet man, es stübe gegenwärtig fest, daß der Angriffsplan von einem Major und einigen anderen türkischen Offizieren, welche zu diesem Behufe in dem Grenzort Silirah, in dem Hause eines berühmten albanesischen Briganten Versammlungen abgehalten hätten, vorbereitet worden sei.

Alexandria, 20. Juni. (W. S. B.) Die Gesamtzahl der hier vorgekommenen Pestfälle beträgt 34, von welchen 13 tödtlich verliefen. Elf Erkrankte sind als geheilt entlassen, neue Fälle sind seit Donnerstag in den Kranenhäusern nicht zur Anmeldung gelangt.

Bombay, 20. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Die Unruhen in Süd-Indien haben sich auf Travancore ausgedehnt; die Aufständigen zwangen die Polizei zum Rückzuge, raubten Waffen und Munition und begeben Granatmaschinen gegen die Bewohner. In Samboradogarai (?) wurden 450 Häuser niedergebrannt.

Babing in Berlin. Stiersu 3 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

97. Sitzung. Dienstag, 20. Juni 1899. 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky. Eingegangen ist der Nachtragsetat für die Karolinen.

Präs. Graf Balleskrem:

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, muß ich noch auf den Schluß der gestrigen Sitzung zurückkommen. Es herrschte eine ziemliche Unruhe im Hause und so habe ich den Schluß der Rede des Herrn Abg. Webel überhört. Heute früh las ich in verschiedenen Zeitungen übereinstimmend diesen Schlußsatz und ließ mir daher heute das unkorrigierte stenogramm kommen. Der Schlußsatz lautet: „Wird diese oder eine ähnliche Vorlage Gesetz, so gereicht es Deutschland zur Schande und Schmach.“ Diese Worte sind unzulässig und ich rufe wegen dieser den Herrn Abg. Webel nachträglich zur Ordnung. (Bravo! rechts, Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte, jede Kritik meiner Worte zu unterlassen. (Abg. Singer: Wir riefen nur nach rechts herüber!) ... Jede Kritik! (Heiterkeit.)

Die erste Beratung der Zuchthausvorlage

wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Levetzow (L.):

Meine politischen Freunde sehen in der Vorlage wenn auch nicht direkt so doch mittelbar ein Mittel gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie, die jetzt bereits einen organisierten Staat im Reiche bildet und unserm Staatswesen in offener Feindschaft gegenüber steht. Unmittelbar ist nach unserer Meinung die Absicht der Vorlage, Schutz zu gewähren gegen die Beschädigung eines allen Menschen zugehörigen natürlichen Rechts auf Freiheit, das auch die Koalitionsfreiheit, auch das Recht zu streiken, in sich schließt. Dieses Recht aber darf nach unserer Meinung nicht ausgedehnt werden unter Androhung von moralisch und gesetzlich verwerflichen Mitteln (Gehre richtig! rechts), nicht durch Anwendung der Überzeugung, Vernunftklärung usw. Die Vorlage läßt nach unserer Meinung das Koalitionsrecht ganz unbeschränkt. Sie will nur verhindern, daß man gezwungen werde, sich zu koalieren. Das steht in dem § 1 des Gesetzes ganz klar ausgedrückt, und da dieser § 1 die Tendenz des Gesetzes enthält, mit der wir es bei der Generaldebatte nur zu thun haben, beschränke ich mich auf das Eingehen auf diesen einen Paragraphen. Die Frage, ob die übrigen Bestimmungen der Vorlage dieser oder jener Abänderung bedürfen, gehört in die Kommissionsberatung resp. die zweite Lesung. Wir erkennen an, daß die Arbeiter eines Schutzes ihrer Freiheit bedürftiger sind als andere Bevölkerungsklassen. Wir haben unendlich viel Klagen von Arbeitern gehört, sowohl darüber, daß man sie zu Koalitionen und zu Streiks gezwungen habe, als auch über Bedrückungen seitens der Arbeitgeber mittels schwarzer Listen und unbefugter Ansperrungen. Niemand kann aber nach unserer Meinung dagegen sein, daß die Gesetzgebung es hindere, daß irgend wo ein körperlicher Zwang, eine Bedrohung oder Vernunftklärung ausgeübt werde. Wer solche Bestimmungen des Gesetzes für unnützig hält, der legt sich in den Verdacht, diesen Zwang, diese Bedrohung für berechtigt zu halten. Daß die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um solche Zwangsmaßnahmen zu verhindern, das ist der Beweis geliefert worden. Den Widerstand, so groß er auch in nicht sozialdemokratischen Kreisen gegen diese Vorlage ist, kann ich mir nur dadurch erklären, daß ihnen dies Gesetz von vornherein verleidet ist durch Anschuldigungen, die hier und da gefallen sind, die aber in dem Gesetz nirgends sich wiederfinden. An diese Stimmung der Wählermassen haben wir uns aber gar nicht zu kehren, wir haben allein das zu sorgen, daß hier nur Maßnahmen getroffen werden, die dem deutschen Volke zum Nutzen gereichen. (Bravo! rechts.)

Ran hat gesagt, daß es viel dringender sei, die Koalitionsfreiheit zu vermehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das bleibt jedoch dem Reichstag unbenommen und hat mit dieser Vorlage nichts zu thun. Durch diese Vorlage wird die Koalitionsfreiheit außerdem auch insofern verbessert, als jedem Arbeiter die Möglichkeit gegeben werden soll, sich zu koalieren und nicht zu koalieren. Wir stimmen also mit dem Grundgedanken der Vorlage überein und beantragen, dieselbe einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Lieber (L.):

Ich muß mich zunächst in aller Kürze mit dem Herrn Vortrager beschäftigen. Er meinte, derjenige, der die in Aussicht genommenen verschärften Strafbestimmungen gegen allerhand Unfug, wie er hier im Gesetz bezeichnet ist, ablehne, setze sich dem Verdacht aus, ein Freund all dieser Unfuge zu sein. Meine Herren, gegen Verdacht kann man sich nirgends, am allerwenigsten im öffentlichen Leben schützen, jeder von uns hat es am eigenen Leibe erfahren, daß er in der Ausübung seines Mandats sich täglich in der Lage des Bauers befindet, der mit seinem Sohne den Fel in die Stadt trieb und was er auch that, stets einem unbegründeten Verdacht ausgesetzt war. (Heiterkeit.) Wir unsererseits, sollte ich denken, werden dem Verdacht bei den politischen Freunden des Herrn Abg. v. Levetzow doch nicht unterliegen, Freunde eines solchen Unfuges zu sein, wenn wir uns gegen die Forderungen dieses Gesetzes erklären. Sollte diese unsere Erwartung getauscht werden, so werden wir selbst den Verdacht von uns so hoch geachteter, ehrenwerter Mitglieder dieses hohen Hauses unbestimmt über uns ergehen lassen müssen. Ich denke aber dem Herrn Abgeordneten im Verlauf meiner Rede noch den Beweis zu führen, daß ein solcher Verdacht gegen uns durchaus unbegründet wäre. Seine weitere Behauptung, daß die zahlreichen Fälle der Anwendung von Zwang beweisen, daß die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen, hat denselben Wert, als wenn man behaupten wollte, daß die Zahl der Verurtheilten gegen das Reichsstrafgesetzbuch beweisen, daß die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs nicht ausreichen. Endlich sagte Herr v. Levetzow, die Frage der Ausdehnung der Koalitionsfreiheit hänge mit dieser Vorlage nicht zusammen. Darin steht sich der verehrte Herr Abgeordnete in Widerspruch mit dem Wortlaut der Vorlage, mit der gedruckten Begründung und mit allem, was der Herr Reichsanwalt und der Herr Staatssekretär Graf v. Posadowsky hier urbi et orbi verstanden haben. (Sehr richtig! links.) In all diesen Anmerkungen ist diese Vorlage in unauflösbarer Zusammenhang mit der Koalitionsfreiheit gebracht worden. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage ist uns nicht anders empfohlen worden als mit der Begründung, sie sei bestimmt, die Koalitionsfreiheit zur Wahrheit zu machen, sie zu schützen gegen den Koalitionszwang. Meine politischen Freunde sehen auf dem Standpunkt, daß diese Vorlage die große Frage der Ausdehnung und des wirksamen Schutzes der Koalitionsfreiheit regeln will. Allerdings muß ich hinzufügen, daß sie das Pferd am Schwanz aufhängt (Große Heiterkeit) und das ist der Grundgedanke, von dem aus wir bei der Beurteilung dieser Vorlage ausgehen. Wir bedauern, daß diese Vorlage sich in dessen Widerspruch mit allem steht, was wir jederzeit als unzulässig bezeichnet haben, wenn man Mißbräuchen gerade auf dem Gebiete der Koalitionsfreiheit begegnen will. Das eine ist der Umstand, daß man an Stelle des positiven Aufbaues nichts zu setzen weiß als Repressalien, und das andere ist, daß man auch hier wieder das System der Länderei empfiehlt, anstatt aus dem vollen zu schöpfen und organisatorisch aufzubauen. Wenn man die Koalitionsfreiheit schützen will, so muß zunächst die Koalitionsfreiheit wirklich da sein. (Sehr richtig! links.) Man kann den Gebrauch

nicht unter Strafe nehmen, ehe man die Ehe als eine legitime Institution des Reichs fest begründet hat. Ebenso verhält es sich mit dem Schutze der Koalitionsfreiheit. Wir haben bis jetzt zum Schutze der Koalitionsfreiheit nichts weiter als den § 152 der Reichsgewerbeordnung. Danach werden alle Verträge und Strafbestimmungen aufgehoben, welche gerichtet sind gegen Gewerbetreibende, Gewerbegehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredung oder Vereinbarung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit und dergleichen. Ein großes Gemeinweh kann sich aber nicht darauf beschränken, nur Strafbestimmungen, die früher bestanden haben, für aufgehoben zu erklären. Es muß positiv gesagt werden, was Rechtens ist. Es ist überhaupt eine falsche Auffassung, daß durch den § 152 die Koalitionsfreiheit in Deutschland nach allen Richtungen sichergestellt ist. Es muß ganz bestimmt der Kreis der Personen und der Kreis der tatsächlichen Vorgänge genannt werden, auf die die Koalitionsfreiheit sich beziehen soll, und da fordern wir als unerlässlich, wenn unsere Zustimmung verlangt wird, auf dem Boden des gemeinen Rechts allgemeine Koalitionsfreiheit für alle die dem deutschen Reichsbürger unterliegen, für alle Zwecke, zu denen sich deutsche Staatsbürger vereinen (Bravo! links) und wir verlangen weiter, dieses Recht, sich zu koalieren, nicht nur für den einzelnen mit anderen Individuen, sondern wir verlangen die Koalitionsfreiheit auch für die Koalitionen untereinander und die Befreiung aller derjenigen einzelstaatlichen oder reichsgerichtlichen Hindernisse, die ein solches Inverbinduntreten von Koalitionen verbieten. Das ist unsere alte Forderung der Rechtspersönlichkeit für die Versuchoreine. Ehe diese unsere Forderung Aufnahme in die Reichs-Gesetzgebung gefunden hat, kann von einer Regelung des Schutzes der Koalitionsfreiheit nicht die Rede sein. (Bravo! im Centrum.)

Was nun die strafgesetzlichen Bestimmungen der Vorlage anlangt, so muß ich zunächst dem Herrn Abg. Webel zugeben, daß Mißbräuche, sogar schwere Vergehen auch bei der Koalition wie bei allen menschlichen Einrichtungen leicht vorkommen. Aber im Namen derjenigen Arbeiterfreie, die meiner Partei angehören, kann ich mich nicht enthalten hinzuzufügen, daß den Anlaß zu dieser Vorlage im wesentlichen Ausschreitungen der Angehörigen der sozialdemokratischen Partei gegeben haben. (Widerpruch links.) Ich weiß, daß Ihnen das nicht angenehm ist zu hören, das ist aber, daß unsere katholischen Arbeiter schwer unter der Verfolgung und Bedrückung leiden, die sie in Fabriken und Werkstätten von sozialdemokratischen Berufsgelehrten erfahren. (Hört! hört! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Allerdings bin ich der Meinung, daß dagegen gerade die von uns geforderte völlige Freiheit der Organisationen an nicht zu unterschätzendes bedeutsames Mittel sein wird. Alle Thatfachen bezeugen, daß organisierte Arbeiter in den schwierigen wirtschaftlichen Kämpfen sehr viel vorzüglicher, besonnenere zu Werke geben als nichtorganisierte und sich auch aller Ausschreitungen mehr enthalten als aufgeregte nichtorganisierte Arbeiter. Ich bin auch der festen Überzeugung, daß, wenn es an die positive Arbeit geht, auch die Sozialdemokraten gerät genug sein werden, auch den christlichen Arbeitern die volle Koalitionsfreiheit zu gewähren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Weiter werden wir der Vorlage vor, daß sie wieder nur Stillschweigen, Länderei bietet. Das ist ja die gewöhnliche Erfahrung, die wir mit derartigen Vorlagen unserer verbündeten Regierungen, leider Gottes, seit Jahren zu machen haben. Jemand hat entdeckt, „eine angenehme Lücke“ des Gesetzes, wie es auf Seite 9 unserer Vorlage wörtlich heißt, und sofort wird die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung gesetzt, um diese Lücke auszufüllen, hat das man sich fragt, was ist die Ursache dieser Erscheinung und wie heißt man sie nicht mit Palliativmitteln, sondern radikal. Man befindet sich bei diesem System der Länderei natürlich im Fahrwasser der Ausnahmegeetze (Sehr richtig! links.) § 153 der Gewerbeordnung ist eine ausnahmsweise Bestimmung, das kann nicht gelugnet werden. Dieser Paragraph soll aufgehoben werden — niemand kann mehr damit einverstanden sein als meine politischen Freunde — aber die Lücke soll nicht durch eine gemeinrechtliche Bestimmung ausgefüllt werden, sondern durch ein neues Ausnahmegesetz. (Sehr richtig! links.)

Was uns hier vorgelegt wird, das ist doch kein allgemeines Recht, das ist weiter nichts als Ausnahmsrecht. Und doch sagt diese Vorlage: Es handelt sich hier nicht um ein besonderes Gewerberecht, sondern darüber hinausgehend, um allgemeines Recht. Der Entwurf stellt sich daher nicht als eine Novelle zur Gewerbeordnung dar, sondern als Ergänzung des allgemeinen Rechts. Ein schöner Anfang, um allgemeine Rechtsbestimmungen zu machen. Leider endet auch hier das schöne Weib mit einem häßlichen Pfäffchen. (Heiterkeit.)

Sehr bald zeigt sich die ungleiche Behandlung der Unternehmer und der Arbeiter. Wir unsererseits stehen aber auf diesem Standpunkt nicht. Wir sagen: gleiche Brüder, gleiche Klappen! Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig! Und wenn die Vorlage in der Toga der Rechtsgleichheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einherfährt, so sagen wir: die Toga hat ein Loch; das Gesetz bringt nicht einmal die Rechtsgleichheit zwischen allen Arbeitern (Sehr richtig! Sehr wahr!) Vor allem läßt man auch weiterhin die landwirtschaftlichen Arbeiter ganz außerhalb des Koalitionsrechts.

Wollte man aber eine Erweiterung des allgemeinen Rechtes schaffen, dann müßte man die Vorlage gänzlich von der Gewerbeordnung loslösen und die Bestimmungen dem Reichsstrafgesetzbuch einfügen. Es ist uns ja in dem rührenden Hinweis auf die ausländischen Staaten auch mitgeteilt worden, daß einzelne derselben mit Rücksicht auf die Arbeiterverhältnisse daran gingen, die allgemeinen Strafbestimmungen zu erweitern.

Es wäre für uns ganz gut denkbar, ein Gesetz zu schaffen, welches zunächst die Koalitionsfreiheit in dem von mir unschriebenen weitesten Rahmen gesetzlich statuiert, und sodann — und nur unter dieser Bedingung können wir eine Notwendigkeit anerkennen — Mißbräuche einzudämmen, in Erwägung zu treten, ob die bestehenden Strafbestimmungen auch gegen Mißbräuche ausreichen; und, wenn man zu neuen Vorschriften schreiten sollte, so das nur in der Form einer Abänderung des allgemeinen Reichsstrafrechts.

Aber angesichts der auch nach unserer Meinung nicht seltenen haarsträubenden Urteile, die auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung und der einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuchs über Arbeiter, die in irgend einem Punkte in Widerspruch mit dem Gesetz geraten, verhängt worden sind, angesichts der geradezu himmelschreienden Parteilichkeit, mit der dasselbe Vergehen auf der einen Seite auf das härteste, auf der anderen auf das mildeste geahndet wird, (Große des Präsidenten.)

Präsident Graf Balleskrem

(unterbrechend): Der Herr Abgeordnete hat die deutschen Gerichte einer himmelschreienden Parteilichkeit beschuldigt. Das kann ich nicht zugeben. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Große Heiterkeit, Zurufe.)

Abg. Lieber (fortfahrend):

... ich sage, angesichts dieser Zustände in unserem Rechtswesen sind wir am allerwenigsten geneigt, noch Verschärfungen zuzustimmen. (Bravo! links.) Wir sind vielmehr der Meinung, daß man angesichts so mancher Urteile auf diesem Gebiete allen Anlaß hat, die Bestimmungen so abzumildern oder einzuschränken, daß solche Urteile, die offenbar nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen, (Sehr wahr!) nicht mehr gefällt werden können.

Trotzdem schließe ich mich dem Wunsche des Herrn Webel nicht an, der dahin geht, daß wir sofort in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs eintreten. Wir glauben vielmehr, uns der ersten Pflicht nicht entziehen zu können, die einmal ge-

schehene Aufrollung der Frage der Koalitionsfreiheit zu benutzen, um unsererseits die Koalitionsfreiheit zur vollen Wahrheit zu machen. Wir erwarten, daß die Regierungen in dem großen Zeitraum zwischen der ersten und zweiten Lesung noch einmal in die Erwägung darüber eintreten werden, ob es nicht wirklich nur eine halbe Arbeit ist, die sie uns da vorgelegt. Wir glauben es dem deutschen Arbeiter schuldig zu sein, nachdem diese Frage nun einmal aufgeworfen ist, das oft und lange vergeblich erstrebte Ziel mit erhöhtem Nachdruck wieder in Angriff zu nehmen: Die Koalitionsfreiheit im positiven Sinne zu schaffen; dann werden wir auch daran gehen, ihre Mißbräuche zu beseitigen.

In diesem Zweck begrüßen wir den unverhältnismäßig langen Zwischenraum zwischen der ersten und zweiten Lesung. Wir werden selbst den Versuch machen, diesem Entwurf einen andern gegenüberzustellen, in dem das, was wir erstreben, Ausdruck finden soll, und dann abzuwarten, ob die Regierung sich nicht selbst zu einer Vorlage in diesem Sinne entschließt oder doch bereit ist, sich auf die von uns vorgeschlagene Regelung des Koalitionsrechts einzulassen. (Lebhafte Bravo links, bei den Nationaliberalen und im Centrum.)

Abg. Waffermann (natl.):

Der Herr Reichsanwalt hat gestern in seiner Begründung des Gesetzentwurfs dem Erlaunen darüber Ausdruck verliehen, daß Parteien, die auf dem Boden der Monarchie und der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehen, diese Vorlage verwerfen. Nun, daß meine politischen Freunde überzogene Monarchisten und überzogene Anhänger der heutigen Gesellschaftsordnung sind, das brauche ich nicht erst zu versichern. Wenn ich heute hier stehe, um meinerseits gegen diese Vorlage einzutreten (Bravo! links) und mich auch gegen eine Kommissionsberatung zu erklären (Lebhafte Bravo! links), so geschah das nach eingehender Beratung mit meinen politischen Freunden.

Der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky hat gestern die Motive der Vorlage und den Inhalt der Denkschrift zum Teil angeführt, zum Teil zu erweitern versucht. Seine Ausführungen haben mich einigermaßen enttäuscht. Ich hätte gedacht, daß eine so hochpolitische Aktion doch mit einem größeren Maß von Begeisterung eingeleitet werden müßte, als es gestern der Fall war. (Lebhafte Sehr richtig!) Es lang doch ein ziemlich erkennbares Gefühl der Resignation aus seiner Rede heraus. (Sehr gut!) Es mag das ehrliche sozialpolitische Herz des Herrn Staatssekretärs gewesen sein, welches solche Zweifel aufsteigen ließte darüber, ob denn der gegenwärtige Weg der richtige ist zum sozialen Frieden. Wenn ich von Resignation sprache, so haben die heutigen Reden schon den Nachweis geliefert, daß diese Resignation berechtigt ist. (Sehr gut!) Wenn ich die Ausführungen des Herrn von Levetzow richtig verstanden habe, so hält er den § 1 für eine gute Grundlage, auf der weiter gebaut werden könne. Das heißt aber, das vorliegende Gesetz aufgeben; denn der Schwerpunkt desselben liegt gerade in den folgenden Paragraphen. Wir erkennen mit Herrn von Levetzow an, daß das Koalitionsrecht und seine wirksamste Waffe, der Streik, unter Umständen zu Ausschreitungen schwerer Art führen kann, und daß dagegen gesetzliche Remedie stattfinden muß. Allein die Frage ist die: ob denn die bestehenden Machtmittel des Staates nicht bereits dazu ausreichen. Und dieser Ansicht sind wir allerdings.

Der Vortrager stellte in den Vordergrund seiner Erörterungen nicht das Gesetz selbst, sondern er verlangte den Ausbau des Koalitionsrechts, er verlangte die Organisationen der Arbeiter als Vorbedingung für jede weitere Erwägung. Das haben wir in gewissem Sinne auch verlangt, denn wir haben betont, daß zu einem gesunden sozialen Fortschreiten vor allem die Organisationsfrage gehört, daß gemeinschaftliche Verbände zwischen Unternehmern und Arbeitern zur Erreichung des sozialen Friedens notwendig sind.

Bei der Beratung dieses Entwurfs sind wir davon ausgegangen, daß zunächst geprüft werden müsse, ob dadurch das Koalitionsrecht angefaßt wird, ob Gerechtigkeit waltet haben und dürfen, ferner ob die vorgeschlagenen Bestimmungen wirklich wirksam sind oder nur papierne Waffen darstellen. Diese Prüfung ergiebt nun für mich ein dem Gesetz ungünstiges Resultat und deshalb müssen wir es ablehnen. (Bravo!)

Aus der gestrigen Begründung der Vorlage lang der Ton heraus: es sei notwendig, ein Gesetz gegen den sozialdemokratischen Terrorismus, gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu schaffen. Ich verleihe nicht die Gefahr, der unserm Staat durch das Anwachsen der Sozialdemokratie erwächst. Aber deshalb können wir doch nicht Maßregeln unsere Zustimmung geben, die keine Erfolge haben können und die den Einfluß der politischen Sozialdemokratie nur verstärken werden. (Sehr wahr!) Jeder denkende Arbeiter erachtet das Koalitionsrecht für sein höchstes Recht, ganz einseitig, ob er Sozialdemokrat ist oder nicht. Er hat sofort Mißtrauen, sobald er glaubt, man will das Koalitionsrecht amasten; es ist ja sein wichtigstes Gut, seine einzige Waffe im Kampf gegen die Arbeitgeber. Herr Graf Posadowsky hat gestern ausgeführt: die Arbeiter erkennen immer mehr, daß ihre Interessen solidarisch sind. Jede Maßregel, wie diese hier, muß das Solidaritätsgefühl noch weiter stärken. Und darin liegt allerdings eine gewisse Gefahr. Die Sozialdemokratie geriert sich als eine Arbeiterpartei quoad mōmō. Wenn Sie nun in all den abseits stehenden Arbeitern den Gedanken der Gefährdung der Koalitionsfreiheit wachrufen, dann liegt die Gefahr nahe, daß neue Massen der Sozialdemokratie zufließen. Das Gefühl darf nicht aufkommen, daß das Bürgertum und die Regierung nicht für die Koalitionsfreiheit eintreten. Dadurch würde auch insbesondere das monarchische Gefühl der Arbeiter leiden. (Sehr wahr!) Unser verehrter Führer, Herr von Bennigsen, hat schon bei der Beratung der Umfugvorlage unsere Stellungnahme zu derartigen Gedanken gekennzeichnet. Damals sagte er: es sei Aufgabe der Regierung, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben und in den Arbeitern das Gefühl erstarren zu lassen, daß sie auch mit Hilfe der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu einem menschenwürdigen Dasein gelangen können. Sonst werde die Arbeiterbewegung mehr und mehr in das revolutionäre Lager getrieben werden. Ich unterschreibe das Wort für Wort. Ich zweifle daran, daß diese Vorlage geeignet ist, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben, und nicht vielmehr, ihr neues Wasser zuzuführen. (Sehr gut! Anrufe.)

Wenn man sagt, nur der Arbeitgeber sei der berufene Beurteiler der Arbeiterklasse, so kann ich das nicht anerkennen. Heute stehen vielfach, wenn auch nicht überall, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in hartem Kampfe mit einander. Und das da die eine Partei der unparteiliche Richter sein soll, das will mir nicht in den Sinn. (Sehr gut!) In meiner Fraktion giebt es eine ganze Reihe von Arbeitgebern, und gerade diese haben sich bei unseren Beratungen auf den Standpunkt gestellt, daß die heutigen Machtmittel des Staates vollkommen zu ihrem Schutze ausreichen. Von manchen Seiten wurde sogar gesagt, daß man durch derartige Maßnahmen, wie hier vorgelesen, nur das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern fidei. Wir treten in eine neue Phase der sozialpolitischen Entwicklung ein, in die Phase der Arbeitgeber-Koalitionen. Diese sind mächtiger als die Arbeiter-Koalitionen. Das hat nicht nur Herr Webel gesagt, sondern auch Frhr. von Stumm und Frhr. von Henl. Und da muß erst recht ein solches Gesetz den Einbruch der Parteilichkeit erwecken. Wir sehen, wie die Arbeitgeber-Organisationen ohnehin den Kampf mit den Arbeiter-Organisationen aufnehmen, wir sehen Bestrebungen auf beiden Seiten, der Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bekommen. Beide erblicken darin eine wirksame Waffe. Wir sehen: Macht steht gegen Macht, und der Stärkere wird siegen! Das sollte ich doch meinen, daß gerade dieser Zeitpunkt der

denkbar ungeeignetste ist für ein solches Gesetz. Der jetzige Maurerstreik zeigt wieder so recht, welche Macht die Arbeitgeber-Koalitionen besitzen. Da werden Arbeiter ausgeperrt, die gar keine Forderungen gestellt, nur, weil sie einer Organisation angehören. Die kleinen Arbeitgeber werden in die Arbeitgeber-Koalitionen hineingezwungen; ob sie all das aushalten, das kümmert die großen nicht. Wir sehen, wie enorm bereits die Machtmittel des Unternehmertums sind.

Das gilt nicht nur für die Großindustriellen. Wir haben auch dem Handwerk eine Organisation gegeben. Da ist die Basis gegeben, um richtig einzusetzen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß der Gesamtinddruck der Vorlage auf alle Arbeiter ein ungünstiger ist. Daß die Socialdemokratie mobil gemacht hat, kann nicht wundernehmen. Ich will die Frage der Ausweitung der Socialdemokratie hier nicht aufwerfen. Aber mir scheint, die Socialdemokratie ist bei diesem Gesetz die einzige Partei, die eine reine Freude empfindet. (Große Heiterkeit.) Sie hat wirklich Glück. (Heiterkeit.) Sie war so schön auf dem Wege immerer Differenzen, die Bernstein, Schippel usw. brachten alles so schön in Verwirrung. Nur einige Preßstimmen will ich als Zeugen anrufen. Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte schrieb: Bernstein zertrümmert Marx. Fällt Marx, fällt die Socialdemokratie (Heiterkeit bei den Socialdemokraten); die Breitsche ist geschossen. Dazu kommt, daß die Führer schon alt sind, die Liebknecht, Bebel, Vollmar (Heiterkeit) können nicht mehr. Und die Judenjunglinge, die Gradnauer und Schönlan, haben keinen Anhang. So ist es mit dem Evangelium des Marxismus zu Ende. Es sind leinewegs gleichgültige Kreise, die von der alten Lehre abfallen, es sind die Gewerkschaften, die Elitemannschaften der Socialdemokratie. Und die „Mölnische Zeitung“ schrieb nach dem letzten Parteitage, daß in der Socialdemokratie ein allgemeiner Wirrwarr zu herrschen beginne, daß sie einer interessanten, krisenreichen Entwicklung entgegenstehe.“ Ein Bedürfnis, sie dabei zu stören, vermögen wir nicht anzuerkennen. In einer solchen Zeit einigt nun diese Vorlage die Socialdemokratie auf der ganzen Linie. Auf der rechten Seite des Hauses wird man freilich sagen: das ist ja alles Täuschung, die Socialdemokratie bleibt die alte revolutionäre Partei. Und die Herren Bebel und Singer werden das bestätigen. Allein die volltönenden Reden ändern an der Thatsache absolut nichts, daß sich ein Wandel vollzogen hat. Und nun, wo die Säulen der Socialdemokratie zu wackeln beginnen, wo ihre Säule leerer und leerer werden, da kommt dieses Gesetz (Große Heiterkeit), und mit einemmale füllen sich wieder die Säule, und die reichlichen Reden sind wieder da. (Heiterkeit.) Aber das vollzieht sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit von Seiten der Regierung. (Heiterkeit.) Immer kommt sie mit solchen Aktionen, aus der Geschichte wird schließlich natürlich nichts, nur neuen Agitationsstoff haben wir der Socialdemokratie geliefert. Wir haben es ja auch erlebt bei der Umsturzvorlage. Auch damals wurde vom Regierungstisch aus überzeugend nachgewiesen, wie notwendig diese neuen Bestimmungen seien. Und schließlich sagte Herr v. Köller: Wenn Sie nicht wollen, dann nicht. (Heiterkeit.)

Wollte man aber jetzt die Sache zum Klappen bringen, würde man den Reichstag auflösen, dann würde man doch sonderbare Erfolge erleben. (Sehr richtig!) Dann würde es sich nicht mehr darum handeln, ob die einzelnen Bestimmungen annehmbar sind oder nicht, sondern nur um die klare Fragestellung: Für oder gegen das Koalitionsrecht! (Sehr gut!) In diesem Kampfe aber wird die Regierung nicht nur die Arbeiterschaft gegen sich haben, sondern auch ganze Kreise unseres Bürgertums, die bereit sind, den letzten Mann für das Heer, das letzte Schiff für die Marine zu bewilligen!

Und ferner: zwei Millionen socialdemokratischer Wähler stehen gegenüber fünf Millionen Industrie-Arbeitern. Millionen von Arbeitern stehen also nicht auf socialdemokratischem Boden. Soll man nun in diese Kreise das Gefühl des Mißtrauens hineintragen? Ueberall, in allen Arbeiterverbänden, in den Strich-Dunderlöchern, in den christlichen, überall ist die Besart dieselbe: der Entwurf ist kurzerhand abzulehnen, um der Unruhe ein Ende zu machen!

Da scheint es doch recht zweifelhaft, ob es richtig ist, in einem Moment, wo wir, wie Graf Pöschdowsky sagte, den Arbeitern näher kommen müssen, ein reiches Kapital an Kaiser- und Königtrenne wie es in der Arbeiterschaft noch vorhanden ist, auf's Spiel zu setzen!

Wir fragen bei all' derartigen Aktionen stets: Wohin geht die Reise? Angesichts der Strömung in gewissen Kreisen nach Verrückung des Koalitionsrechts und nach Verrückung des Wahlrechts, wo diejenigen, die man als Scharfmacher bezeichnet, ihr unglückliches Handwerk treiben, legen wir Wert darauf, bei dem ersten Schritt ein ablehnendes Urteil abzugeben.

Die ersten Rufe nach derartigen Gesetzen sind erfolgt aus den Kreisen der Baugewerksunternehmer. Es liegt mir fern, leugnen zu wollen, daß im Baugewerbe am meisten Streiks vorkommen; ich darf Sie vielleicht aber auch daran erinnern, daß eben auf diesem Gebiete auch, wie die Regierung verschiedentlich selbst anerkannt hat, die meisten Mißbräuche seitens der Unternehmer vorkommen. (Sehr richtig! links.)

Was der Herr Abgeordnete Lieber bezüglich der christlichen Arbeiter gesagt hat, kann ich nur unterschreiben; auch darin stimme ich ihm bei, daß die Socialdemokratie gewissermaßen an der Vorlage schuld ist, weil ihre Führer häufig für den Koalitionszwang eingetreten sind — oder doch wenigstens ihre Worte so gewählt haben, daß Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter entstehen mußte und Koalitionszwang mit Koalitionsfreiheit verwechselt wurde. Auch das unterschiedlos alle, die wegen Streikvergehen verurteilt werden, in der socialdemokratischen Presse als Märtyrer glorifiziert werden, kann nur verwirrend wirken, wie schon z. B. bei Besprechung des bekannten Vöbtauer Falles der Socialdemokratie mit Recht vorgehalten wurde; überhaupt dadurch, daß Socialdemokratie und Arbeiterbewegung identifiziert werden, wird die letztere geschädigt.

Was die juristische Seite der Regierungsvorlage betrifft, so werden, vermute ich, die Urteile der Rechtsgelehrten noch mehr als bisher in den Fachblättern zutage treten und höchstwahrscheinlich in ihrer überwiegenden Mehrzahl ungünstig für den Entwurf lauten. Die Juristen wenigstens, mit denen ich darüber zu sprechen Veranlassung hatte, darunter Staatsanwälte in Industriebezirken (hört, hört!) meinen, mit neuen Kautschubbestimmungen sei der deutschen Rechtspflege wenig gedient; sie haben gerade genug an den alten. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Und in der That, meine Herren, zur Zeit, da wir die Universität besuchen, hätte keiner von uns die gewaltige Ausdehnungs- und Entwicklungs-fähigkeit des großen Unfugs-Paragrafen vorgeahnt. Ähnlich verhält es sich mit dem Erpressungs-Paragrafen, auf Grund dessen verurteilt wird, auch wo anerkanntermaßen eine ernstliche Drohung nicht vorliegt. Ich erinnere Sie weiter an die Preßprozesse, an die besondern Urteile des Reichsgerichts in Sachen der Presse. Auch das Strafmaß hat nur allzu häufig in den weitesten Kreisen Kopfschütteln erregt. Ich will Sie an das bekannte Urteil in dem Prozeß gegen die Vöbtauer Bauarbeiter erinnern. Als die Sache in jener erregten Sitzung zur Sprache kam, haben meine politischen Freunde und ich gegewogen: da ich aber nun einmal auf die Sache gekommen bin, will ich es nicht unterlassen, auszusprechen, daß ich für meine Person das zu Unrecht verhängte Strafmaß für ungeschweulich halte. (Hört! hört! und lebhaft Zustimmung links.) Von sehr kompetenter und sehr neutraler Seite hat man darauf hingewiesen, daß in Verhandlungen solcher Art die Geheimvernehmen nur allzu häufig durch ein gewisses Standesgefühl in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt werden.

Nun zur Denkschrift. (Belächter.) Ich muß sagen — und diese meine Ansicht hat sicher im Hause viele Vertreter — daß durch die Ausführungen der Denkschrift die Ausfichten der Vorlage eben nicht verbessert worden sind. (Lebhaftes Bravo! links.)

Ich möchte hier auf folgenden Punkt hinweisen: stellt man die Vergehungen zusammen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes von einer bestimmten Menschenklasse begangen sind, so

schlägt der ungelübte, mit der Statistik nicht vertraute Mann, der diese Zusammenstellung liest, die Hände über den Kopf zusammen und denkt: wie nimmt doch in unserem Zeitalter die Verrohung zu! Ich erinnere Sie an die in letzter Zeit häufig vorgekommenen Ausschreitungen der Studenten (Sehr richtig!), aus denen man doch auch nicht auf die akademische Jugend im allgemeinen schließen kann. Eine Liste von Unternehmern, die gegen die Arbeiterschaft-Verstimmungen sich vergangen haben, würde gleichfalls ein ganz falsches Bild gewähren: denn im allgemeinen lebt man sich in Deutschland von Jahr zu Jahr mehr in der Arbeiterschutz-Bestimmungen ein. Mit den Streikvergehen verhält es sich ebenso. Rieft man die Ausführungen der Denkschrift, so glaubt man, daß in Deutschland eine außerordentlich schlechte Polizei besteht; für mich besteht aber gar keine Frage, daß die Machtmittel des Staates, daß unsere Polizei durchaus ausreichen, etwaige Streikunruhen zu überwäligen, nötigenfalls mit Herrn von Bronnars berühmter Feuerpistole. (Große Heiterkeit.) Daß die Machtmittel energisch angewandt werden sollen und müssen, ist selbstredend meine und meiner Freunde feste Ueberzeugung. Die Behauptung, daß gerade bei Streikvergehen die Thäter häufig unentdeckt und daher unbeftraft bleiben, kann ich nicht als richtig anerkennen. Das kommt auch sonst vor: Denken Sie an die unentdeckt gebliebenen Mordthaten. (Sehr richtig!) Ich habe den Eindruck gewonnen, als ob man die Angaben der Denkschrift ausschließlich bei Staatsanwälten und Polizei-Organen gesammelt habe. Hatte man sich auch an andere Kreise gewandt, so hätte die Sache ein anderes Aussehen gewonnen.

Es ist ausdrücklich von der Regierungsseite anerkannt worden, daß die eigentlich wirksame Art, Zwang auf Arbeiter auszuüben, um sie zum Eintritt in die Koalitionen zu bewegen, von der Gesetzgebung nicht getroffen werden kann. Auch wenn das Gesetz in Kraft treten würde, würde es den Arbeitern noch immer, wie jetzt, freistehen, zu erklären: mit dem oder dem arbeiten wir nicht zusammen. Entsprechend bleiben die schwarzen Listen der Unternehmer straffrei. Das sind ja aber gerade die Fälle, die, wenn sie aufgeführt werden, Verwunden und Unwillen erregen, wenn es heißt: der und der kann keine Arbeit finden; er irrt beschäftigungslos in Deutschland herum, sei es, weil der Verband der Unternehmer, sei es, weil die Gewerkschaft der Arbeiter ihn verwehrt. Also: die Gesetzgebung erklärt sich hier selbst für ohnmächtig; was ist also die Folge: Der Kluge, der Vorsichtige, der Schlaue, bleibt auch in Zukunft straffrei; der Wechsankte, der Dumme, der Heißblütige, der fällt hinein und wandert ins Gefängnis.

Kur wenige Worte über die Strafbestimmungen. Ich kann nur wiederholen: was Sie mit solchen Strafbestimmungen erreichen, ist auch im günstigsten Falle recht, recht wenig. In welchen Ländern immer solche Bestimmungen bestanden haben: man hat sich genötigt gesehen, sie fallen zu lassen; mächtigen Bewegungen gegenüber haben sie nicht stand zu halten vermocht.

Gestatten Sie mir, mich etwas ausführlicher über § 3 zu äußern, den sogenannten Agitatorenparagrafen. Mir erscheint derselbe unannehmbar: er bedroht Politiker, Journalisten, unter Umständen auch Arbeitersekretäre. Und, meine Herren, nicht bloß Arbeitersekretäre; die Generalsekretäre der Industriellen-Verbände fallen desgleichen unter seine Bestimmungen. (Sehr richtig! links.) Sollte der Entwurf Gesetzeskraft erlangen, so würde es mir ein leichtes sein, gegen gewisse Generalsekretäre des Centralverbandes der Industriellen die Anklage zu formulieren. (Sehr richtig! und große Heiterkeit links.)

Völlig ausgeschlossen scheint es mir zu sein, daß wir das Streikpostenrecht verbieten. Dann wollen wir lieber konsequent sein und das Streiken überhaupt verbieten; lassen wir aber den Streik zu, müssen wir auch die Streikposten, zu lassen; die Störung für die öffentliche Ruhe, die unter Umständen, wie ich nicht leugnen will, damit verbunden sein kann, zu beseitigen, dazu sollten, denke ich, die jetzigen Machtmittel des Staates durchaus hinreichen.

Der vermehrte Schand der Arbeitswilligen dadurch, daß man ihnen zugesagte Thätigkeiten usw. ohne Antrag verfolgen läßt, mag ja auf den ersten Blick etwas Befriedigendes haben. Aber, meine Herren, was wird damit erreicht? Die Unruhe, die ein Streik mit sich im Gefolge führt, würde durch die Strafverfolgungen, die sich im Fall der Annahme dieses Paragraphen an jeden Streik anknüpfen würden, ins Endlose verlängert werden. (Sehr richtig! links.) Außerdem hat ja schon die Presse, meines Erachtens, mit Recht darauf hingewiesen, daß es denn doch nicht angängig ist, Arbeitswilligen ein Privilegium vor dem höchsten Reichsbeamten zu verleihen. (Sehr richtig! links.)

Der spezielle „Zuchthausparagrafen“ ist gleichfalls unannehmbar, schon deshalb, weil er z. B. das Koalitionsrecht der Bergarbeiter völlig vernichtet.

Aus allen diesen Erwägungen heraus, meine Herren, einmal, weil ich die vorhandenen Machtmittel des Staates für durchaus genügend, zum anderen, weil ich neue Strafbestimmungen für schädlich dem socialen Frieden halte, bin ich im Namen des größeren Teiles meiner Freunde für Ablehnung. Dagegen habe ich im Namen eines Teiles meiner Freunde — vorwiegend desselben Teiles, der im Jahre 1891 für Verschärfung des § 153 war — zu erklären, daß derselbe die §§ 1 und 2 für eine geeignete Grundlage gesetzgeberischen Vorgehens hält, ferner eine Bestrafung des Streikpostentehens, wenn auch nicht in dem von der Regierung vorgeschlagenen Umfang, sondern etwa wie eine solche in England besteht, wünscht und demzufolge für Kommissionsberatung eintreten wird.

Meine Herren, eine definitive Erledigung der Vorlage ist in diesem Stadium ja nicht möglich; ich bin dafür, daß wir uns im Herbst auf eine neue mit ihr beschäftigten und sie zur Erledigung bringen. Ich kann nur bedauern, daß die Regierung diese Vorlage eingebracht hat. Machen wir durch Ablehnung den Schaden, soweit an uns liegt, wieder gut. Ich weiß, es giebt eine Richtung, welche in ihrem Pessimismus nur von der Unterdrückung, von einem Keinen oder großen Socialistengetöse Heil erwartet. Aber im Namen einer anderen, hoffentlich zahlreicheren Richtung, welche nicht daran verzweifelt, die Arbeiter für unseren nationalen Staat wiederzugewinnen, bitte ich um Ablehnung dieser Vorlage. (Lebhafte Beifall bei den Rationalliberalen.)

Staatssekretär des Reichs-Justizamts Niederding.

Ich will auf einen großen Teil der Ausführungen des Vorredners nicht eingehen, er hat von der Rechtsprechung und ihrer Handhabung des großen Unfugsparagrafen gesprochen, sogar einen Exkurs auf das Gebiet der Schworenengerichte gemacht. Was die Anwendung des großen Unfugsparagrafen anlangt, so möchte ich die Rechtspflege nach der Richtung in Schanz nehmen, daß ich hervorhebe, daß es meist Schöffengerichte, also Volksgerichte waren, die diese Verurteilungen ausgesprochen haben. Auf links: Die Anlagen stammen von Staatsanwälten und die Urteile sind von den höchsten Gerichtshöfen bestätigt worden.) Ich will ja auch diese Urteile nicht alle billigen, aber sie sind erstanden, weil sich eine Lücke in der Gesetzgebung gezeigt hat. Und soll eine solche Lücke angefüllt werden, so ist es doch nicht angängig, alle vorgeschlagenen Strafbestimmungen rundweg abzuschleppen, wie es der Abg. Wassermann gethan hat. Ich will auch auf die einzelnen von Herrn Bebel angeführten Fälle der Rechtsprechung hier nicht eingehen. Es ist in einer großen politischen Verammlung ungeheuer leicht, mit der Auseinanderreißung solcher Urteile den Eindruck zu erzielen, als sei die Judikatur auf Abwegen. Denn ist aber nach meiner Ueberzeugung in der That gar nicht so. Viel Böses ist hier über die Denkschrift gesagt worden. Die Denkschrift ist Ihnen aber nicht vorgelegt worden zur Begründung der Vorlage (Bebel: Nein, gegen die Begründung. Große Heiterkeit.) — sie soll Ihnen nur ein allgemeines Bild der Arbeiterbewegung geben. (Lachen links.) Auf: Sie giebt ein ganz unwahres Bild. Vicepräsident von Frege bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.) Die Denkschrift ist keine Vorlage der verbündeten Regierungen, sie ist Ihnen als selbständiges Schriftstück vom Herrn Reichskanzler zu-

gegangen. Herr Wassermann ist aber nicht auf die Begründung der Vorlage, sondern nur auf die Denkschrift eingegangen.

Ich erkenne an, daß die Vorlage ganz überwiegend die Arbeiterwelt trifft, sie ist formal gegen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gerichtet. Sie trifft auch in einigen Punkten zweifellos die Arbeitgeber, aber in der Hauptsache richtet sie sich gegen die Arbeiter. Deshalb ist eine eingehende Prüfung der Bestimmungen durchaus geboten. Die Bewegung der Arbeiter auf Besserstellung in ihrer Lebenshaltung ist durchaus berechtigt. Wenn aber eine Bewegung dem öffentlichen Rechtsbewußtsein zuwiderläuft und das Gemeinwohl gefährdet, so ist das Strafgesetz berechtigt, dem entgegenzutreten. Die Socialdemokratie hat das Bestreben, alle anderen Organisationen unter ihr Scepter zu beugen, keine andere religiöse oder wirtschaftliche Organisation aufkommen zu lassen. Alle diese Arbeiter werden von den Socialdemokraten beiseite zu schaffen versucht. (Abg. Singer: Das sagt die Denkschrift.) Weiter will die Socialdemokratie, daß alle Arbeiter zu ihren Kassen steuern. Gegen jede andere religiöse oder politische Ueberzeugung läßt sie einen Zwang aus. Diese Tendenzen haben sich in einer Weise ausgebildet, daß sie nicht nur dem öffentlichen Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlagen, sowie daß sie auch das Gemeinwohl gefährden. Wenn das sich so weiter entwickelt, dann wird die bürgerliche Welt eine Antwort geben müssen und wenn es jetzt dem hohen Hause nicht gefällt, eine Eindämmung dieser Tendenzen vorzunehmen, so wird sich die Reaktion bald zeigen und es werden schlimmere Maßregeln notwendig werden.

In folgendem will ich nur die §§ 1 und 2 der Vorlage behandeln. Von einzelnen Rednern ist auf den Unterschied aufmerksam gemacht worden, der in den Worten „wer es versucht“ und „wer es unternimmt“ bestehen soll, und es ist gesagt worden, das Wort „unternimmt“ stelle eine Erweiterung des Rechtsbegriffs dar. Das ist nicht wahr, die Begriffe sind nach der Entscheidung des Reichsgerichts identisch. Wir haben die Veränderung der vereinbarten Redaction wegen vorgenommen, freisen uns aber nicht darauf. Im übrigen bedeutet der § 1 eine Ergänzung des bestehenden Rechts, denn bisher soll jemand nicht gezwungen werden können, einer Koalition beizutreten, jetzt soll auch jemand nicht gezwungen werden können, einer Koalition nicht beizutreten. Das ist auch schon früher gefordert worden, so vom Abg. Guttschick. Heute ist das aber ganz etwas anderes. Auch Laster hat früher einmal im Namen des ganzen Hauses gesagt, daß das Koalitionsrecht nicht in einen Koalitionszwang ausarten dürfe. (Redner bleibt bei der wachsenden Unruhe im Hause schließlich auf der Tribüne vollständig unverständlich.) Er schließt: Lehnen Sie die Vorlage nicht auf Grund allgemeiner Eindrücke ab, sondern prüfen Sie die einzelnen Bestimmungen auf ihre Tragweite. Ich bin überzeugt, das Urteil wird dann günstiger ausfallen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

In der Rede des Abg. Wassermann hat mir die Stelle am besten gefallen, in der er mitteilte, daß ein Teil seiner Freunde auf anderem Boden stehe. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen die Stellungnahme der nationalliberalen Partei umsomehr bedauern, als wir früher ja oft gemeinsam mit ihr gehen konnten. Wir haben unsere Stellung in socialpolitischen Fragen nicht geändert, also muß wohl die Aenderung bei den Nationalliberalen erfolgt sei. (Auf links: die haben eben etwas gelernt. Heiterkeit.) Ob die Herren etwas gelernt haben, lasse ich dahingestellt. (Große Heiterkeit.) Herr Wassermann sagte, die Socialdemokraten haben Glück. Er hat insofern recht, als sich in den Kreisen, die eine Belämpfung der Socialdemokratie anerkennen müssen, immer wieder ein Verteiliger findet. Herr Wassermann bespricht die stetige Zunahme der Unternehmerkoalitionen. Die Thatsache gebe ich zu, aber ich ziehe den Schluß, daß gerade bei dieser Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe Schutzvorrichtungen gegen den Koalitionszwang getroffen werden müssen. (Lachen links.) Wenn eine Bewegung überhaupt gegen das Gesetz in Arbeiterkreisen vorhanden ist, so beruht das darauf, daß die Arbeiter die Vorlage nicht kennen. (Stürmisches Gelächter links und im Centrum.) Ich bin überzeugt, wenn man jeden Arbeiter einzeln vernähme und ihm den Inhalt des Gesetzes klar machte, er würde sagen, das Gesetz hat ja ganz recht. (Stürmisches Gelächter.) Mit dem Schand gegen socialdemokratische Annahmen muß eigentlich jeder Vernünftige einverstanden sein. Nun wird gesagt Licht und Schatten seien nicht gleichmäßig verteilt. Wenn aber Herr Wassermann darauf hingewiesen hat, daß auch die Sekretäre der Unternehmerverbände bestraft werden könnten, so ist doch der Beweis erbracht, daß Licht und Schatten gleichmäßig verteilt worden sind. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Dr. Lieber hat für seine Partei ein endgültiges Urteil nicht abgegeben. Er hat vieles gegen die Vorlage, manches für dieselbe gesagt. Es ruhen noch bei ihm im Zeitenschoße, die schwarzen und die heiteren Lose. (Oh links.) Wir müssen abwarten, was er für Vorschläge bringen würde und werden sie dann vorurteilslos prüfen. Noch einige Bemerkungen zu Herrn Bebel's Ausführungen. Er hat mehr um das Gesetz herum als über das Gesetz geredet. Er nannte es ein verstedtes Ausnahmengesetz (Auf links: offenes Ausnahmengesetz); es ist aber weder ein verstedtes noch ein offenes Ausnahmengesetz, sondern bewegt sich völlig auf gemeinrechtlichem Boden. Herr Bebel hat ja selbst anerkannt, daß der heutige § 153 der Gewerbe-Ordnung ein Ausnahmengesetz ist, er hätte also doch um so mehr erregt sein müssen, daß er nun beiseite gelassen solle. Herr Bebel hat hier viele Urteile verlesen, aber ob sie richtig sind, ist nicht zu sagen. Herr Bebel ist kein klaffischer Zeuge und ich glaube ihm nicht mehr, seitdem er mit dem erfindenen Zunderbrief nicht nur den Reichstag, sondern auch die ganze öffentliche Meinung irreführt hat und sich nicht einmal dazu herbeigelassen hat, den Erfinder des Zunderbriefes, seinen Gewehrsman zu nennen. (Oh, oh links, sehr richtig! rechts.) Ich habe namens meiner ganzen Partei zu erklären: wenn in dem Gesetzentwurf eine Beschränkung oder gar Vernichtung des Koalitionsrechtes läge, wir würden sämtlich entschieden dagegen Front machen. (Lachen links.) Wir stehen ganz auf dem Boden des Koalitionsrechtes und halten es für eine Grundlage unseres wirtschaftlichen Lebens. (Zurufe links.) Nur gegen die Mißbräuche des Koalitionsrechtes sind wir. (Lebhafte Zurufe links.) Lassen Sie doch Ihre ungehörigen Zwischenrufe.

Vicepräsident v. Frege:

Wenn ungehörige Rufe erfolgt wären, so hätte ich das gerügt. Ich habe nur Unruhe konstatiert und bitte nunmehr, den Redner ruhig anzuhören.

Abg. Dr. Arendt (fortfahrend):

Ich stelle fest, daß ich ungehörige Rufe gehört habe. (Heiterkeit.) Es sind von den Arbeitern Kampfmittel angewendet worden, die niemand gut heißen kann. Die Vorlage enthält Schutzmaßnahmen für die Arbeiter, aber keine Kampfmittel gegen die Arbeiter. Es ist eine Verleumdung der Thatsachen, die die Demagogie in die Massen trägt. (Lachen links.) Die Vorlage schließt den Arbeiter, der heute zähneknirschend seine hauer erworbenen Großen der socialdemokratischen Organisation geben muß. (Hu! hu! links. Sehr richtig! rechts.) Ich muß es auf das lebhafteste bedauern, daß die Socialdemokratie in dem Kampfe gegen die Vorlage, die, weil sie dem socialdemokratischen Terrorismus Schranken zieht, geeignet ist, die Ausbreitung der Socialdemokratie zu beschränken, Bundesgenossen aus der Seite der bürgerlichen Parteien gefunden hat. (Sehr wahr! rechts.) Den bürgerlichen Klassen sollte der Erfolg der vorzüglichen Richterlichen Schrift „Die Spar-Agnes“ (Große Heiterkeit), die mich veranlaßt hat, zahlreiche politische Sünden des Herrn Richter zu übergehen, beweisen, was für einen Wert der sogenannte geistige Kampf gegen die Socialdemokratie hat. Die Socialdemokratie ist mit einigen Wigen über die Spar-Agnes hinweggegangen und heute ist sie vergessen. (Sehr richtig! links.) Heute giebt es nur zwei Weltanschauungen, die eine Weltanschauung der Ordnungsparteien und die andere der Umsturzpartei und diejenigen, welche sich dazwischen hineinsetzen, die werden keinen dauernden Platz in der politischen Entwicklung Deutschlands erhalten. (Rufe links: Sie selbst! Heiterkeit.) Meine Herren — (Pause, Rufe links: hört! hört! Große Heiterkeit.) Meine Herren, die Ausführungen des Herrn

Staatssekretärs über die Socialdemokratie habe ich mit Freuden begrüßt. Leider sind sie aber zugleich eine schwere Anklage gegen die Regierung. Die Regierung hat bis jetzt unthätig zugehört, wie sich in der Socialdemokratie ein Staat im Staate bildet. Da ist es notwendig, daß sie wenigstens nun energische Maßnahmen ergreift. Noch ist die Mehrheit des deutschen Volkes laßfertig und reichstreu, noch wird sie im Kampfe gegen die Umstürzpartei der Regierung Folge leisten. Allerdings muß ich meinen Vorwurf gegen die Regierung noch erweitern. (Oh, oh! links. Heiterkeit.) Sie hat ein erhebliches Verschulden durch das Fallenlassen des Socialistengesetzes begangen. (Mahl links. Sehr wahr! rechts.) Daß man das Socialistengesetz sang- und klanglos verfallen ließ, war der verhängnisvollste Fehler am Ende unseres Jahrhunderts. (Lachen links.) Es war ein noch viel schwererer Fehler des Grafen Caprivi als die Handelsvertragspolitik. (Schallende Heiterkeit.) Man darf die Socialdemokratie nicht als eine gleichberechtigte Partei ansehen, denn sie erklärt offen, daß sie den Umsturz des Staates anstrebt, eine solche Partei sollte sich der Rechte und Freiheiten der Verfassung nicht bedienen dürfen. (Große Unruhe links. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident v. Frege:

Ich bitte Sie, die Zwischenrufe zu unterlassen, es ist unmöglich, daß der Herr Redner auf allen Seiten des Hauses verstanden wird. (Große Heiterkeit, da der Abg. Arendt sehr laut und deutlich sprach.)

Abg. Arendt (fortfahrend):

Wie sich die socialdemokratische Partei meiner Rede gegenüber benimmt ist kennzeichnend. Es ist ja sehr leicht, mit unparlamentarischen Tönen Argumenten gegenüber zu kämpfen. (Lachen links.) Die Socialdemokratie schädigt mit ihrer systematischen Verhetzung die Arbeiter selbst am meisten, indem sie ihnen die Vaterlandsliebe, den Idealismus, die Religion nimmt. (Lachen links.) Sie ist die einzige arbeitserfreundliche Partei des Reichstags. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Denn nur sie hat ein Interesse daran, daß die Arbeiter in Unzufriedenheit erhalten werden. Wie würde es wohl mit der Koalitionsfreiheit im socialdemokratischen Zukunftsstaat aussehen. Der Zukunftsstaat will die heutige Wirtschaft durch einen Zwangs-Organisation erlegen, wie soll es da überhaupt Koalitionsfreiheit geben? (Sehr wahr rechts, Lachen links.) Da muß aber jeder an die Stelle treten, die ihm angewiesen wird. Die Freiheit der arbeitenden Klassen vertreten wir, die Verteidiger wir. (Lebhafter Widerspruch links.)

Wir hoffen also, daß die Regierung vom Wege, den sie mit dieser Vorlage betreten hat, nicht wieder zurückweichen wird, sondern im Gegenteil den Kampf mit aller Energie und Festigkeit aufnimmt. Je fester sie auftritt, desto größer wird ihre Erfolgshaftigkeit sein. Die Frage steht nicht so, wie Herr Wassermann meinte: für oder gegen Koalitionsrecht. Für Koalitionsfreiheit treten wir alle ein (Lachen links), aber wir wollen nicht, daß die Koalitionsfreiheit ein Koalitionszwang wird. (Mit erhobener Stimme.) Für die Arbeiter alles, aber auch alles gegen die Socialdemokratie! (Bravo! rechts, lebhaftes ironisches Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Herzmann (fr. Sp.):

Nach der Rede des Herrn Kollegen Arendt kann ich selbstverständlich nicht die Aufmerksamkeit vom Hause verlangen, die er auf allen Seiten gehabt hat. (Heiterkeit.) Ich werde es mir versagen, auf seine Ausführungen einzugehen, zu antworten, nur muß ich gestehen, daß es mir lieber gewesen wäre, wenn Herr Arendt heute für die Goldwährung eingetreten wäre, denn: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. (Sehr richtig! links, große Heiterkeit.) Ich wende mich nun von dem Herrn Vorredner zur Sache (Heiterkeit.)

Es ist eine sehr erfreuliche Thatsache, daß die Notwendigkeit der Koalitionsfreiheit von allen Parteien im Hause und auch von der Regierung anerkannt ist. Das ist ja auch selbstverständlich in einer Zeit, wo der Gedanke zum Durchbruch gekommen ist, daß jeder gleichberechtigt ist. Jeder hat das Recht, den Kreis seiner Ware zu bestimmen, auch der Arbeiter den Preis seiner Ware. Wenn der Einzelne zu schwach ist, das allein zu thun, so muß entweder der Staat eingreifen, um eine verständige Regulierung herbeizuführen, und das will die Socialdemokratie, oder aber der Einzelne muß gestärkt werden, und das wollen wir. Das kann nur geschehen in der Form der allerfreiesten Zusammenschließung. Daher ist die Koalitionsfreiheit ein absolut notwendiges Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung und mit der Vernichtung der Koalitionsfreiheit würden wir in den socialdemokratischen Staat mit seinem absoluten Zwange hineingeraten. Freilich auf Seiten der Regierung scheint mir die Liebe zur Koalitionsfreiheit eine recht gezwungene, eine mehr platonische zu sein. Das zeigt sich schon äußerlich an der Besetzung der Ministerbänke. Wenn hier Initiativanträge eingebracht werden, um die Koalitionsfreiheit zu erweitern, wenn wir hier die Einführung eines Kanzlerwortes fordern (Sehr gut! links), dann erscheint an dem Bundesrathstische niemand; wenn aber ein Teil von dieser Freiheit beerdigt werden soll, dann werden zu diesem Begräbnis die sämtlichen preussischen Minister sozusagen hierher erufen. (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Hoffentlich gilt aber die Zeichenfeier einem anderen Tode, und daß wir ihn möglichst schnell begraben, ist mein dringender Wunsch. (Lebhaftes Bravo! links.) Eigentümlich ist es bei der, ich sage nicht, von den anwesenden Herren Regierungsvertretern, gebührenden Liebe zur Koalitionsfreiheit (Heiterkeit), daß diese Herren seit den 30 Jahren, wo wir die Koalitionsfreiheit haben, fast in jedem Jahre einen neuen Kampf gegen die Koalitionsfreiheit aufgenommen haben. (Sehr gut! links.) Bald in der brutalen Form eines Socialistengesetzes, bald in der nicht weniger geschmacklosen Form einer Umstürzvorlage, oder wie hier mit diesem äußerlich ungefährlichen Entwurf. Aber lassen Sie sich durch die äußere Form nicht täuschen, es ist derselbe Kern wie bei jenen Gesetzen, die der Reichstag durch ziemlich einmütiges Votum zurückgewiesen hat. (Sehr richtig! links.) Herr Lieber hat schon darauf hingewiesen, daß auch diese Vorlage ein Ausnahmengesetz bedeutet. Es ist nicht für alle Staatsangehörige geschaffen, sondern für einzelne Personen und für einzelne Verhältnisse. Daß es ein Ausnahmengesetz ist, erweist ja schon seine ganze Genese. Ich will nicht unteruchen, wie weit es auf den Willen eines Einzelnen zurückzuführen ist, und wie weit Privatpersonen auf den Willen dieses Einzelnen eingewirkt haben. (Heiterkeit.) Ich will nur darauf hinweisen, daß die Enquete, auf Grund deren es abgefaßt ist, sich lediglich gegen die Arbeiter richtete. Auch die Motive lassen den Ausnahmeharakter der Vorlage ganz klar erkennen. Es wird zwar gesagt: Licht und Schatten solle gleichmäßig verteilt sein, aber das ist nichts als eine bloße Redewendung. (Sehr wahr! links.) Die Motive zeigen, daß Licht und Schatten sehr ungleich verteilt sind. Das Licht, welches die Arbeitswilligen vor etwaigen Notheiten der Arbeitsunwilligen schützt, thut nichts zum Schutz der Arbeitsunwilligen gegen etwaige Notheiten der Arbeitswilligen. (Sehr gut! links), aber es untersteht doch auch meinem freien Willen, daß ich mal nicht arbeiten will.

Es ist auch gesagt, das Gesetz treffe wie die Arbeiter auch die Arbeitgeber. Ich will zugeben, daß ein ganz kleiner Abzug darin ist, der auch gegen die Arbeitgeber verhandelt werden kann. Wegen dieses einen winzigen Störnchens können wir aber das Gesetz nicht annehmen. Das Gesetz bietet nicht den geringsten Schutz für die Unternehmer, die von anderen Unternehmern bergewaltigt werden. Derjenige, der den Unternehmer hindert, seine Ware so frei zu verkaufen, wie er es will, muß ebenso strafbar werden wie derjenige, der den Arbeiter an dem Verkauf seiner Ware Arbeitskraft hindert. Deshalb schaffte denn da der Gesetzgeber nicht Remedur, statt die Bagatelvergehen der Arbeiter aufs schärfste zu verfolgen, wozu gewisse Scharfmacher die Anregung gegeben haben! (Sehr gut!

links.) Es ist doch eine viel größere Notheit, wenn die im Syndikat vereinigten Walzwerkbesitzer die kleinen Drahtstiftfabriken ruinieren, die sich ihrem Zwange nicht fügen wollen. (Sehr richtig! links.) Die meisten Walzdrahtfabriken haben auch Drahtstiftfabriken. Nun hat das Drahtstift-Syndikat mit dem Walzdraht-Syndikat einen Vertrag geschlossen, das Halbyprodukt, den Walzdraht, nur vom Walzdraht-Syndikat zu beziehen. Daß dieser Vertrag geschlossen wurde, haben die Walzdrahtfabriken bewirkt, die auch die Majorität im Drahtstift-Syndikat besitzen. Ja, große Walzwerke bieten ihre Drahtstifte billiger an, als sie ihren Walzdraht an die Drahtstiftfabriken verkaufen. (Hört! hört!) Sie wollen eben durch diesen Preisdruck die Kleinen totmachen. Das ist ein Beispiel, wie die Syndikate arbeiten. Es kann der Regierung unmöglich verborgen sein, und es wäre richtiger, sie würde hiergegen einschreiten, als gegen die Arbeiter.

Es ist auch viel von den schwarzen Listen gesprochen worden. Graf Pofadowsky hat darüber eine Ansicht entwickelt, die seinem guten Herzen alle Ehre macht, sich mit der Wirklichkeit aber nicht deckt. Er ist der Ansicht, daß die schwarzen Listen sich mit dem Vorkott eines einzelnen Bieres vergleichen lassen. Das ist grundfalsch. Ein Vorkott wird öffentlich verkauft; die schwarzen Listen aber wirken heimtückisch und im Stillen. (Sehr richtig! links), ohne daß sich der Betroffene dagegen wehren kann. Wenn Sie (zu den Regierungsvertretern) das nicht bestreiten, dann wollen wir Sie bitten, uns schleunigt einen Befehlentwurf vorzulegen, der die schwarzen Listen verbietet und nicht zu ihrer Anwendung ermutigt, wie Sie es in dieser Vorlage thun, wo Sie ausdrücklich hinschreiben: die schwarzen Listen sind gestattet. (Sehr gut! links.) Die Fabrikannten brutalisieren damit die Arbeiter. In einem Fabriksort meiner Heimat haben die Fabrikannten einen Vertrag geschlossen, worin sie sich gegen hohe Konventionalstrafe verpflichten, keinen Arbeiter anzunehmen, der von einem anderen Fabrikannten entlassen ist, wenn er nicht vorher sechs Monate außerhalb gearbeitet hat. Sie bestrafen also mit Hunger und Verbannung jeden, der sich nicht die Arbeitsbedingungen durch den Willen der Unternehmer diktiert lassen will. (Sehr richtig! links.) Das sind Brutalifikationen, die viel schlimmer sind, als die angebliehen Ausschreitungen der Socialdemokratie.

Charakteristisch dafür, daß die Vorlage ein Ausnahmengesetz ist, erscheint schon der eine Umstand, daß sie die Verstrafungen unmoralischer Handlungen nur auf das bestimmte Gebiet der Koalition beschränkt. Auf anderen Gebieten bleibt unmoralischer Zwang straflos. Ich erinnere nur an die Politik, an die Verrechnungen und Rechnungen, die die Kriegervereine durch den Ausschluß der Mitglieder vornehmen, die anderer politischer Ueberzeugung sind. Dieser Vorwurf und diese Ehrenabschneidung wirken auf das Schlimmste. (Sehr gut, links.) Ich erinnere weiter an den gesellschaftlichen Vorkott, dem charaktervolle Politiker mit ihren Angehörigen unterworfen werden. Für diese Brutalitäten ist kein Strafgesetz da.

Die Beweislast, daß Ausnahmestände existieren, die eine besondere Gesetzgebung erheischen, liegt auf den Schultern derer, die die Vorlage eingebracht haben. Ist dieser Beweis nun erbracht? Auch nicht das Minimum eines Beweises ist geliefert. Als Beweismaterial haben wir die Motive, die Denkschrift und die Reden der Regierungsvertreter. Mit der Denkschrift in ihren Einzelheiten will ich nicht operieren. Herr Rieberding hat ja gesagt, die Denkschrift solle nicht beweisen, sondern nur ein Gesamtbild geben. Damit hat er den klaren, verständlichen Willen bewiesen, den ich an ihm schätze. Herr Rieberding hat eben sofort erklart: Mit der Denkschrift kannst Du nichts beweisen. (Stürmische Heiterkeit.) Aber Graf Pofadowsky und Herr v. Pezow haben auf die Denkschrift zurückgegriffen. Die Denkschrift ist nichts als ein Konglomerat mehr oder weniger schöner Redensarten, eine geschickte Gruppierung von Zahlen und die dialektische Auswahl einiger wirklich vorgekommener Fälle. Wenn man aber die Zahlen auf ihren wirklichen Wert prüft und sich die Fälle ansieht, wie sie wirklich liegen, dann begreift man, daß ein nationalliberales Blatt schreiben konnte: „Der erste Eindruck, den die Motive und die Denkschrift machen, ist ein mitleidvolles Lächeln über ihre Dürftigkeit.“ (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Die Denkschrift enthält nicht nur Irrtümer, sondern auch Täuschungen. (Sehr richtig! links) nicht absichtliche Täuschungen, wohl aber Behauptungen, die einer sehr starken Selbsttäuschung ihr Entstehen verdanken. Schon die Ueberschrift: Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses ist eine Täuschung. Wichtig müßte sie lauten: Gesetz zum einseitigen Schutz des Arbeitsverhältnisses im Interesse der Arbeitgeber. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Eine weitere Täuschung ist ihre Behauptung, das deutsche Volk verlange Abhilfe gegen die Menge von Uebelständen, die sich auf dem Gebiete des Koalitionswesens herausgestellt hätten. Ich glaube ein empfindlicheres Ohr als die Herren von der Regierung für das zu haben, was das deutsche Volk will, und ich kann Herrn Bebel nur vollständig Recht geben, wenn er sagt: Das bloße Erscheinen der Vorlage hat einen derartigen Sturm der Entrüstung an allen Orten und Enden Deutschlands erzeugt, wie er seit der Umstürzvorlage nicht mehr zu verzeichnen gewesen ist. Sehen wir doch auch die Kundgebungen aus der Mitte des Volkes, auf die Beschlüsse der unzähligen Volksversammlungen. Sie werden sagen (zur Regierung), ja, das ist socialdemokratische Nothe. Aber in der Provinz sind auch viele Versammlungen von Nichtsocialdemokraten, die die Vorlage verurtheilt haben. Ich verweise auf ein bedeutungsvolles Faktum, das sich gestern ereignet hat, auf die Kundgebung, die der Aufsicht der Gewerbeämter gegen die Vorlage erlassen hat. Das Schriftstück trägt die Unterschriften des Arbeitgebervereinsverbandes und der Arbeitnehmer-Vertreter. Das sind Personen, die gewissermaßen eine autoritative Stellung einnehmen und die Arbeitsverhältnisse genau kennen. Die Unterfertigung der Unternehmer spricht für die Objektivität der Eingabe. Sie verlangt auf das schärfste und dringendste die Beseitigung des unheilvollen Gesetzes und bedauert, daß es überhaupt eingebracht worden ist. Im Schlußsatz wird darauf hingewiesen, daß die Beseitigung des Koalitionsrechtes im Interesse des Fortschritts der kulturellen Entwicklung und damit auch im Interesse der Unternehmer liegt. Die Verhinderung des Kampfes auf dem Boden des Koalitionsrechtes, wie sie von der Vorlage angestrebt wird, wird für unheilvoll und verderblich für den Fortschritt der gewerblichen Verhältnisse und für die Kultur bezeichnet und hingewiesen, daß nur ein Befehlentwurf in einem dieser Vorlage direkt entgegengelegten Sinne notwendig sei, weil die bestehenden Gesetze mehr als genügenden Schutz böten.

Eine fernere Täuschung liegt in dem gesamten sozialen Material der Denkschrift. Das ist auch sehr erklärlich. Ich wälze die Schuld dafür nicht auf den Verfasser der Denkschrift. Er hat eine fleißige Arbeit geliefert, und wenn ich sein Resonanzschall wäre, würde ich ihm meine vollste Anerkennung aussprechen. (Heiterkeit.) Leider aber ist der Verfasser von sehr unzuverlässigen Informationen bedient worden. Wer sind seine Informanten? Staatsanwälte, Polizeibehörden und Landräthe. Das sind die Faktoren, die die Bedürfnisse des Volkes und der Arbeiter kennen sollen. In der Denkschrift wird das Gutachten eines Staatsanwalts abgedruckt, der sein Bedauern ausdrückt, daß in seinem Bezirk so wenig Verstrafungen vorgekommen sind. (Heiterkeit.) Dies Bedauern kann ich nachsichtigen, aber ich sage, ein Staatsanwalt, der sich nicht schämt, seine persönliche Empfindung über die Verhöhnung seiner Mitmenschen mit Strafe auszudrücken, der bedauert, daß nicht eine größere Anzahl Personen und ihre Familien unglücklich geworden sind, gehört nicht in die Liste der Informanten. (Sehr gut! links.) Ich hätte ihm gesagt: Sie sind ein sehr schneidiger Staatsanwalt, aber kein objektiver Beobachter der Verhältnisse. (Sehr richtig!) Nicht einmal die Arbeitgeber, geschweige denn die Arbeiter sind befragt worden. Sie (zum Ministerfiskus) werden nicht erwidern: Ja, die Arbeiter haben keine Organisation. Aber das ist ja Ihre Schuld! Warum sträuben Sie sich denn gegen Arbeiterkammern? (Sehr gut!) So lange sich die Arbeiter nicht selber äußern können, sollten Sie uns nicht einen Befehlentwurf auf Grund Ihrer einseitigen Informationen zumuten. (Sehr richtig! links.)

Die gestrige Rede Pofadowskys mußte den Eindruck machen, daß er von der Vorteilhaftigkeit der Sache ja überzeugt sein mag, daß sie ihm aber doch nicht sonderlich ans Herz gewachsen ist. (Heiterkeit.) Ich bedauere, daß auch Herr von Rieberding sich zum Fürsprecher der Vorlage gemacht hat. Ich hatte schon gehofft, daß das Reichs-Justizamt mit der Vorlage nichts zu thun gehabt hat, daß sie das Produkt des Reichs-Polizeiministeriums ist. Ich habe gedacht, daß sie ursprünglich noch viel schlimmer gewesen ist und daß ihr das Reichs-Justizamt noch einige Bistähne ausgezogen hat. (Heiterkeit.) Daß sie Herr Rieberding heute verteidigt hat, das thut mir in der Seele weh. (Große Heiterkeit.)

Auch auf die „Gutachten von Handelskammern“ beruft sich nach dem Inhaltsverzeichnis die Denkschrift. Das ist auch eine Täuschung: nicht eine ersiedliche Anzahl, nur drei Handelskammern haben sich geäußert. Die Harburger beklagt sich, daß die Richter zu geringe Strafen verhängen. Der das geschrieben, kann sich freuen, daß er es nicht im Reichstag gesagt hat, dort wäre er wegen Verleumdung der Richter zur Ordnung gerufen worden. (Große Heiterkeit.) Weiter beklagt sich diese Handelskammer über zu langsame Justiz. Wer trägt aber die Schuld, daß die uns vor zwei Jahren eingebrachte Reform der Strafprozess-Ordnung gescheitert ist: die finanziellen Bedenken des Herrn Miquel. (Sehr richtig!) Noch schmerzlicher ist das Gutachten des Kammerkollegiums zu Altona, das kurz und gut die Suspension des Vereins- und Versammlungsrechts während der Dauer des Streiks verlangt. (Sehr gut! Hört, hört! und große Heiterkeit links.) Die Hamburger Handelskammer stellt ein ähnliches bescheidenes Verlangen; da es sich übrigens um denselben Fall handelt, hätte man die beiden Gutachten ruhig als ein einziges ansehen sollen. Sind Leute, welche derartige Forderungen aufstellen, denn wirklich als unparteiische, objektive Beurteiler zu betrachten?

Mit der Verbrechen- u. Statistik ist es so eine eigene Sache, wie hier schon mehrfach hervorgehoben worden ist. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß mit der nackten Aufzählung der Fälle gar nichts bewiesen wird. Wie Sie wissen, fordert ein großer Teil des Reichstages Reformen auf dem Gebiete des Justizwesens; wir sind überzeugt, daß diese Reformen auch zur starken Verminderung der Verstrafungen führen werden. (Sehr richtig! links.) Ich verführe eben keine große Lust, mir einen Ordnungsruf des Herrn Präsidenten zuzuziehen und will deshalb die Unparteilichkeit unserer Gerichtshöfe absolut nicht bezweifeln. (Heiterkeit); daß aber recht verwunderliche Urteile vorkommen, wird man ja wohl sagen dürfen. Denken Sie an den „groben Unfug“, von dem bereits Abg. Wassermann sprach, an den dolus eventualis usw. (Sehr richtig.) Und weiter unsere Staatsanwälte! Glauben viele von ihnen nicht einfach ihre Pflicht zu verletzen, wenn sie nicht eine recht hohe Anklagegefahr erreichen, wenn sie sich nicht im Schwelche ihres Angehies bemühen, Freisprechungen zu verhindern?

Beim Studium der Denkschrift ist mir aufgefallen, daß ein und derselbe Fall oder vielmehr eine ganze Reihe von Fällen in allen Kapiteln wiederkehren, so daß, will man die richtige Zahl der Fälle herausbekommen, man die Gesamtzahl durch die Zahl der Kapitel der Denkschrift dividieren muß. (Heiterkeit.) Wie mancher Lieber, guter, alter Bekannter ist mir auf zwanzig Seiten begegnet. (Erneute Heiterkeit.)

Bei den angeführten Fällen ist stets wohl das richterliche Urteil, auch wohl der staatsanwaltliche Antrag, aber nie die Entstehung des betreffenden Falles angeführt. Diese muß man aber kennen, um überhaupt ein Urteil zu haben. Die vorgelegte Zeit verbietet mir, auf mehrere Fälle in eingehender Weise einzuzugehen; einen Fall aber, den bekannten Förgelower Prozeß, möchte ich denn doch erwähnen. Natürlich ist derselbe in der Denkschrift angezogen worden; aber ist es nicht bezeichnend, daß schon die Zahl der Freisprechungen nicht erwähnt? (Hört, hört! links.) Ebenso wenig sieht in der Denkschrift, was damals aus den Gerichtsverhandlungen sich ergab, daß die Hauptursache des Streiks das Vorgehen der Arbeitgeber war, die sich damals einen offensibaren Wortbruch hatten zu Schulden kommen lassen. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Die Arbeitgeber also traf die Hauptschuld bei dem Förgelower Streit, in dessen Verlauf es zu jenen befallenen Ausschreitungen kam.

Ich bin oft bei Streitprozeßen als Verteidiger anwesend gewesen und kann bezeugen, daß die Arbeitgeber sehr häufig der schuldigeren Teil sind (Hört, hört!). So brach ein großer westfälischer Streit aus, weil die Arbeitgeber hinter dem Rücken der Arbeiter höhere Forderungen gemacht hatten. (Hört, hört!) Der Meinung des Herrn Kollegen von Pezow, daß die bösen socialdemokratischen Agitatoren immer die Anführer sind, kann ich also mit bestem Gewissen nicht beistimmen.

Dagegen gebe ich dem Herrn Kollegen Bebel völlig Recht mit seiner Behauptung, daß die Arbeiter sehr wenig geneigt sind, leichtsinnig in den Streit zu treten; daß sie weit lieber vor ihrer Arbeit, als aus der Streiklasse ihren Unterhalt bestreiten. (Lebhaftes Bravo! von den Socialdemokraten.) Es ist unerhört, unseren deutschen Arbeiter mit arbeitslosen Lumpen in eine Reihe zu stellen. (Erneutes lebhaftes Bravo! links.)

Man verlangt neue Maßregeln. Und was erzählt uns die Vorlage, um diese neuen Maßregeln zu begründen? Sie führt uns eine Reihe von Fällen auf, von denen 99 pct. bereits nach der heutigen Gesetzgebung bestraft worden sind. (Sehr richtig! und hört, hört!) Ist Ihnen (nach rechts gewandt) das Lötbauer Urteil denn noch nicht hart genug? (Lebhaftes Bravo! links.) In der Denkschrift wird lang und breit über die Beschimpfungen geflagt, denen die armen Arbeitswilligen von Seiten der Streikenden ausgesetzt sind. Ein ganzes Verzeichnis solcher Kränkelsprüche ist angefertigt und uns vorgelegt worden. Nun, meine Herren, Herr Abg. Bebel hat bereits darauf hingewiesen, daß man die Arbeitersprache kennen muß, um diese Dinge vom richtigen Standpunkt aus zu beurteilen; außerdem bitte ich Sie, gütigst bedenken zu wollen, daß Ausdrücke wie „Landskud“ ja auch von den Herrenhandmitgliedern nicht verschmäht werden (Zustimmung und Heiterkeit links.)

In der Generaldebatte auf Einzelheiten einzugehen, empfiehlt sich im allgemeinen nicht; doch muß ich auf einige Paragraphen schon jetzt zu sprechen kommen, weil aus ihnen der diese Vorlage beleuchtende Geist aufs deutlichste hervorleuchtet.

In scheinbar harmloser Weise wird in § 1 der Unterschied zwischen Angriff- und Abwehrstreik aufgehoben. Die Motive kommen zum Ersay dafür mit der Unterscheidung zwischen frivolen und nicht frivolen Streiks; als ob diese Unterscheidung irgendwie sich halten lassen würde, als ob sie nicht der Auslegungskunst Thor und Thür öffnen würde!

Nach der Vorlage kann auch auf Geldstrafen erkannt werden. Ich vermute deshalb, weil das Gesetz so frei ist, sich auch mit Unternehmern zu beschäftigen (Unruhe rechts). Nun, meine Herren, Sie zweifeln doch nicht daran, daß die Geldstrafen gegen die Arbeitgeber, die Gefängnisstrafen gegen die Arbeitnehmer verhängt werden? Einmal, um die Unternehmer aus verständlicher Humanität vor entehrenden Strafen zu bewahren, zum anderen, weil die Arbeiter gewöhnlich höhere Geldsummen nicht bezahlen können. (Zustimmung links.)

Dem „Agitatorenparagrafen“ war die Rede, ich will hier noch erwähnen, daß die Bestimmung „geschlossener“ neuen Kaufschuldschaft.

Nicht sowohl in der Denkschrift, als in den Motiven habe ich den Hinweis auf die Gesetze anderer Länder gefunden. Beweiskräftig ist dieser Hinweis um so weniger, als Gesetzebestimmungen in dem einen Lande anders, als im anderen, in der freien Schweiz anders als im unfreien Deutschland witten. Die Motive sprechen von der englischen Gesetzbestimmung gegen Streikposten. Nun eben erst hat das englische Obergericht entschieden, daß der einschlägige § 7 des Beschwörungsgesetzes nur angewandt werden kann, wenn Gewaltthätigkeiten vorkommen. Lassen Sie sich einpanden mit ihrer Kenntnis der englischen Jurisprudenz, Herr Staatssekretär (Stürmische Heiterkeit.)

Von dem Anklageprivilegium der Arbeitswilligen war die Rede. Ich möchte nur wissen, wie sich die Verurteilung dieser edlen Elemente vor ausländischen Fürsten mit dem Gottesgnadentum verhält? (Heiterk.)

Der Paragraph öffnet aber auch der Demungelassenen Thür und Thor, er eröffnet ein ganz neues Gebiet, auf das sich Nachsicht mit Lust und Liebe tummeln darf. Endlich im § 6 werden die Arbeitswilligen gegen die Beschimpfungen und Verlästigungen der Streikenden geschützt. Es finden sich aber nicht Schutzbestimmungen für Streikende, die von den Arbeitswilligen beschimpft und bedroht werden. Es ist doch sogar vorgekommen, daß Arbeitswillige sich gegen Streikende mit Revolvern bewaffnet haben. Ueber den Justizhaus-Paragraph will ich nicht viel Worte verlieren. Im Volke heißt die Vorlage Justizhausvorlage. Der Name soll offenbar beibehalten werden und, damit der Wein das richtige Etikette erhalte, mußte das Justizhaus wenigstens in einem Paragraphen ausgeprochen sein. (Weiterleit.) Die Strafe ist bis zu fünf Jahren Justizhaus festgesetzt, um die Straftaten der Jurisdiktion des Schwurgerichts zu entziehen. In aufgereizten Zeiten sind freilich auch die Laiengerichte nicht ganz einwandfrei; bei religiösen und wirthschaftlichen Gegenständen machen sich oft bei ihnen Einflüsse geltend, die dem Angestellten unangenehm sind.

Herr Wassermann sagte, wenn das Gesetz Gesetz wird, so wird es nicht lange bestehen. Aber: Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Und wir alten Parlamentarier sollten doch bedenken, daß es viel leichter ist, ein schlechtes Gesetz zu machen, als ein schlechtes Gesetz zu beseitigen. Ich erinnere nur an das Dynamitgesetz. Wir wollen das Koalitionsrecht der Arbeiter in jeder Weise schützen und damit unsere Arbeiterfreundlichkeit bekunden. Reulich ist uns Arbeiterfeindlichkeit von den Socialdemokraten vorgeworfen. Wir denken aber, wir dienen den Arbeitern besser, wenn wir jeden solchen Angriff auf ihr Grundrecht zurückweisen, als wenn wir bei einem Specialgesetz nicht gewillt sind, neue Polizeiverordnungen draufschieben zu lassen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Patronen, von denen Graf Solodowich sprach, haben sich wirklich als Plakpatronen erwiesen. Nur eine scharfe Patronen hat er verschossen; das war der Appell an den Mut des Bürgerthums. Diese Patronen hat aber ihr Ziel verfehlt. Das Bürgerthum wird den Mut haben, ein solches Gesetz a limbo zurückzuweisen allen Scharfmachern zum Trost. (Lebhafte Beifall links, Pfiffen rechts.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antiz.) erklärt sich namens seiner Freunde gegen das Gesetz. Er steht in der Vorlage eine Beschränkung des Koalitionsrechtes und hält den gegenwärtigen Zeitpunkt für ein solches Beginnen für durchaus ungeeignet. Die Vorlage läuft der kaiserlichen Vorsicht direkt zuwider. Zunächst müsse das Koalitionsrecht völlig sichergestellt und erweitert werden, dann könne man über die Beschränkung von Mißbräuchen reden. Der Ueberschuß wegen stimme er für Kommissionsberatung, denn ein Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses sei notwendig. (Weiterleit.) Offenlich komme aus der Kommission etwas Brauchbares heraus.

Das Wort erhält Abg. Köstke (Dessau) (Widb.) der aber verzichtet. Der Präsident ruft nun den Abg. Hanfmann-Döblingen (Südd. Op.) auf, dieser stellt aber einen Antrag auf Vertagung. Der Vertagungsantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Wassermann (natl.): Herr Lengmann hat mich mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, wenn die Vorlage Gesetz wird, wird sie es nicht bleiben. Ich habe nur gesagt, im Auslande haben solche draconische Gesetze nirgends lange bestanden. Deshalb sei es besser, man mache sie erst gar nicht.

Abg. Köstke (Dessau) erklärt zur Geschäftsordnung, daß er nur wegen der späten Stunde verzichtet habe, sich morgen aber wieder zum Wort melden werde. Damit schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (3. Lesung des Handelsprovisoriums mit England. 1. Lesung des Rahmtragsvertrags in Verbindung mit dem Handelsabkommen mit Spanien. Fortsetzung der heutigen Beratung. Wahlprüfungen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Kommunales.

Zur Frage des städtischen Gesundheitsamts.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte im Jahre 1897 den Magistrat um eine Vorlage ersucht, durch welche behufs Anbahnung eines städtischen Gesundheitsamtes die Anstellung eines erfahrenen Bakteriologen und eines bewährten Chemikers, sowie die Errichtung eines für die Zwecke des Gesundheitsamtes hinreichenden Laboratoriums in Aussicht genommen wird. Der Magistrat hatte hierauf die Errichtung einer solchen Anstalt unter der Voraussetzung beschlossen, daß dieses Untersuchungsamt seitens der königl. Staatsregierung als eine öffentliche Anstalt im Sinne des § 17 des Rahmtrags-Gesetzes vom 14. Mai 1879 anerkannt werde. Inzwischen hat der Oberpräsident mitgeteilt, daß ein staatliches Laboratorium in Berlin errichtet werden solle. Die Stadtgemeinde wird nun um Erklärung darüber ersucht, ob sie die Verpflichtung übernehmen wolle, die in der städtischen Verwaltung notwendig werdenden Untersuchungen dem geplanten staatlichen Institut zu überweisen. Der Magistrat hat dieses sowohl, sowie die Errichtung eines eigenen Laboratoriums abgelehnt und die der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Diese berührte sich hierüber nicht, setzte vielmehr zur Beratung weiterer Schritte den Ausschuß ein, welcher gestern Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langerhans und in Anwesenheit des Stadtrats Dr. Strahmann folgende Beschlüßfassung vorschlug: „Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, ihr baldigst eine Vorlage über Errichtung eines städtischen Instituts für die Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln sowie Gebrauchsgegenständen verbunden mit einer bakteriologischen Abteilung zu gehen zu lassen, wobei eine spätere Erweiterung desselben zu einem städtischen Gesundheitsamt im Auge zu behalten ist.“

Lokales.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Durch zwei Schüsse, die ein geisteskranker Schuhmann aus einem Jagdgewehr ohne Ziel abgab, wurden gestern Nachmittag die Bewohner des Hauses Königgräberstr. 46a in Aufregung versetzt. Der jetzt 60 Jahre alte Schuhmann Theodor Vornemann litt schon seit sechs Jahren an einer Nervenkrankheit. Die früher glückliche Ehe, aus der zwei Söhne im Alter von 17 und 12 Jahren hervorgingen, wurde dadurch sehr getrübt. Vornemann quälte seine Frau mit unbegründeter Eifersucht von Jahr zu Jahr und von Tag zu Tag mehr. Die Frau durfte sich nur mit ihm allein beschäftigen, selbst auf seinen Sohn war der kranke Mann eifersüchtig. Schon vor einigen Monaten beschleunigte der Bezirksphysikus der Frau Vornemann die Geisteskrankheit ihres Mannes. Dieser wollte jedoch von einer Anstalt nichts wissen und verbot daher seiner Frau, dem Reviervorstand Anzeige zu machen. Kuberhalb des Hauses verstand es Vornemann, seinen Zustand zum großen Teil zu verbergen, wenn er auch öfter ein aufgereagtes Wesen zeigte. Am Sonnabend machte er mit seiner Frau im bestem Einvernehmen einen Spaziergang nach dem Victoria-park. Gestern Vormittag aber bekam er plötzlich wieder einen heftigen Anfall. Er suchte seine Frau auf dem Boden des Hauses auf und drang in sie, sie möge ihm nur gestehen, daß sie ein Verhältnis mit einem anderen habe, dann werde er sich beruhigen. Die Frau wies diese Zumutung entrüstet ab. Um ihrem Namen nicht weiter in den Weg zu kommen ging sie dann zu der im Hause wohnenden Kaufmannsfrau Quastel, um bei ihr, wie sie es schon öfter gethan hatte, Handarbeiten zu machen und

ihre ihr Leid zu klagen. Um 1 Uhr trat Vornemann, der im 34. Revier angestellt ist, seinen Dienst auf der Bahnhofswache des Anhalter Bahnhofes an. Bald nach 1 1/2 Uhr kam er wieder nach Hause. Seine Frau, die seine Festigkeit fürchtete, kam nicht herunter, sondern blieb bei Frau Quastel. Vornemann aber glaubte, daß sie in der Wohnung des Kaufmanns Mitschall sei, deren Reinigung sie übernommen hat. Hier traf er aber nicht sie, sondern ihres Mutter. Zu dieser bemerkte er, indem er ein Jagdgewehr Mitschalls aus dem Geßell nahm, er wolle einmal schießen, seine Frau werde dann glauben, daß er sich erschossen habe, und herunterkommen. Sofort gab er einen Schuß ab, und als die Frau nicht kam, noch einen zweiten, ebenfalls ohne Ziel. Dann stellte er das Gewehr wieder hin und begab sich hinunter, um in dem Garten hinter dem Hause spazieren zu gehen. Frau Quastel benachrichtigte den Reviervorstand und man nahm nun den Kranken, bevor er Unheil anrichten konnte, in Gewahrsam. Nachdem er noch einmal auf seinen Geisteszustand untersucht worden war, brachte man den Kranken noch gestern Abend in der ersten Stunde nach der Neuen Charité.

Ein großer Schlag eines Spinhubens, der wahrscheinlich ein internationaler Heiratschwindler und Hotel-dieb ist, beschäftigte seit vorgestern Abend die Kriminalpolizei. Eine russische Dame lernte in Warschau einen Landsmann kennen, der sich Dimitri Alexandrowitsch nannte und für einen Rittergutsbesitzer ausgab. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich ein Liebesverhältnis. Der Gutsbesitzer, ein statlicher, feingebildeter Mann mit blondem Schnurrbart, einige 30 Jahre alt, versprach seiner Angebeteten die Ehe und veranlaßte sie, mit ihm eine Reise nach Berlin zu machen. Sie nahm dazu einen mit Wertpapieren wohlgepäckten Koffer mit. In Berlin gab Alexandrowitsch, der außer russisch auch tadellos deutsch, französisch und italienisch spricht, seine Begleiterin für seine Gattin aus, um lästigen Fragen vorzubeugen. Vorgestern Nachmittag machte die Dame einen Ausflug, während der vermeintliche Gatte im Hotel zurückblieb. Alexandrowitsch benutzte diese Gelegenheit, den Koffer seiner Begleiterin zu zerbrechen und auf seinen Inhalt gründlich zu prüfen. Bei der Prüfung allein aber blieb es zum Schaden der Dame nicht. Der Mann wußte wohl genau, wann seine Gattin zurückkehren würde, und hatte es daher gar nicht so eilig. Mehrmals fragte er nach ihr, als wenn er sie schließlich erwartete. Als sie aber kurz vor 7 Uhr noch nicht zurückgekehrt war, da endlich er sich endlich, ebenfalls auszugehen. Punkt 7 Uhr kam die Dame, wie verabredet worden war, zurück. Als sie die Verwüstung an und in ihrem Koffer sah, da gab es ein großes Geschrei. Der Gatte hatte den ganzen Schatz, den er barg, an sich genommen und damit das Weite gesucht: 15000 Rubel, und zwar 10 Tausendrubelsteine und 5000 Rubel in russischer Staatsrente. Die Polizei wurde bald in Thätigkeit gesetzt. Es ist aber höchst wahrscheinlich, daß der Schwindler mit seiner Beute gleich um 7 Uhr 10 Minuten mit dem Auge vom Bahnhof Friedrichstraße aus nach Ruhland zu Berlin verlassen hat. Mit Hilfe eines Dolmetsch wurde die bestohlene Dame gestern morgen auf dem Polizeipräsidium vernommen. Man legte ihr auch das Verbrecher-Album mit den Bildnissen der bekannten internationalen Spezialisten vor. Unter diesen befand jedoch das Bild des! Gekündeten nicht. Dennoch hat man es wahrscheinlich mit einem gewerbemäßigen internationalen Verbrecher zu thun. Der angebliche Alexandrowitsch wohnt hier unter dem Namen Tangar. Man hat ermittelt, daß er während der fünf Tage, die er hier war, auch in einem anderen Hotel mit einer Dame anzuknüpfen versuchte. Diese ist ihm jedoch nicht ins Garn gegangen. Der Gatte, der etwa 1,72 Meter groß ist, trug zuletzt einen schwarzen Gehrock und gestreifte Beinkleider.

Gerichts-Beitung.

Cora Hill, eine Malatin aus dem wilden Westen Amerikas, wurde gestern der 131. Abteilung des Schöffengerichts aus der Untersuchungsanstalt vorgeführt, um sich wegen einer groben Ausschreitung zu verantworten. Die Angeklagte erklärte, daß sie ihren Geburtsort und ihr Alter nicht kenne, sie meinte, sie sei gegen 24 Jahre alt. In der Nacht zum 2. Juni wurde die Angeklagte auf dem Fluß eines Hauses in der Wasserstraße betrogen, wo sie sich im trunkenen Zustande zur Miße gelegt hatte. Da sie allen Ermahnungen, sich zu entfernen, unzugänglich war, so mußte ein Schutzmann geholt werden. Als dieser die Angeklagte an dem Arm faßte, sprang sie plötzlich empor, ergriff den Beamten an der Kehle, zertrachte ihm das Gesicht und biß ihn schließlich in den Unterarm. Auf einen derartigen Angriff war der Beamte nicht vorbereitet, er holte sich einen Kollegen zur Hilfe und den vereinten Anstrengungen der beiden Säugleute gelang es dann, die Widerwärtige zu zähmen. Bis der Woche wiederholte die Angeklagte ihre thätlichen Angriffe. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen, der Gerichtshof erkannte aber mit Rücksicht darauf, daß man es mit einer wildaufgewachsenen Person zu thun habe, nur auf 14 Tage Gefängnis, welche durch die erlittene Untersuchungsanstalt für verdrängt erachtet werden.

Der Reichsbahnbesitzer Julius Veermann zu Charlottenburg und seine beiden Futtermeister Karl Erzleben und Johann Seliger waren derzeit vom Schöffengericht wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruchs verurteilt worden und zwar Veermann zu 2 Monaten 1 Woche, Erzleben und Seliger zu je 14 Tagen Gefängnis. Das Gericht hatte folgenden Tatbestand für erwiesen erachtet: Das Reinititut Georgenstr. 4 befand sich im Februar vorigen Jahres in den Händen eines Herrn von Kothes, dessen fiktiver Ehehaber der Kaufmann Blumhardt war. Dieser war dem Erbauer des Institutes gegenüber die Verpflichtung eingegangen, daß er das Institut übernehmen wolle, wenn v. Kothes seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könne. Im Februar vorigen Jahre trat dies ein. Blumhardt begab sich zu Veermann, teilte ihm seine Lage mit und bat ihn, sechs Pferde, die noch im Institut des Herrn v. K. standen, herauszugeben und sie einzuweilen in seinem Stalle unterzubringen. Am 21. Februar stellte Veermann sich mit vier Leuten bei v. Kothes ein, stellte sich als Bevollmächtigter Blumhardts vor und verlangte die Auslieferung der Pferde. Herr v. K. war bereit, vier Stück herauszugeben, zwei Ponies wollte er aber behalten, bis eine Forderung von 325 M. die er noch an Blumhardt habe, beglichen sei. Veermann erbot sich, für den verlangten Betrag aufkommen zu wollen, v. K. ging hierauf aber nicht ein. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlaufe v. K. den Angeklagten Veermann und dessen Begleiter widerholt aufforderte, den Hof zu verlassen. Schließlich forderte Veermann die beiden Mitangeklagten auf, die Ponies mit Gewalt fortzuführen und den Herrn v. K. zu Boden zu schlagen, wenn dieser die Forderung nicht loslasse. Erzleben u. Seliger kamen diesem Befehle nach, v. K. wurde erheblich gemißhandelt. Veermann soll dem Verhafteten nach der Befundung eines Zeugen Gebhardt dann noch mehrere Hiebe ins Gesicht versetzt haben. In der gestrigen Berufungsinstanz vor der beiden Strafkammer des Landgerichts I erhielt der Sachverhalt ein wesentlich anderes, für die Angeklagten günstigeres Bild. Der Staatsanwalt trat den Vertheidigern A.-A. Justizrat Sello und A.-A. Katschke darin bei, daß die Anklage wegen Hausfriedensbruchs fallen müsse, da Veermann als Bevollmächtigter des Blumhardt sich wohl dazu berechtigt halten konnte, trotz des Widerspruches des v. K., in dessen Geschäftsräumen zu verweilen. Dagegen sei Veermann nach der Ansicht des Staatsanwalts wegen Aufstiftung zur Körperverletzung zu bestrafen.

Der Gerichtshof hielt den Angeklagten Veermann nicht des gemeinschaftlichen, sondern des einfachen Hausfriedensbruchs und ebenso der Körperverletzung für überführt, während die beiden Mitangeklagten nur des letzteren Vergehens für überführt zu erachten seien. Veermann sei zu zwei Monaten 1 Tag, die beiden Mitangeklagten zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Dem Verletzten v. K. wurde eine Geldbuße von 50 M. zugesprochen.

Der starke Nebel, der während der letzten Tage über der Ostsee ausgebreitet war, hat zahlreiche Schiffsunfälle verursacht. Der Hildesburger Dampfer „Matilde“, Kapitän Ehrhagen, lief vor der Rögger Bucht auf einem Kreidriff fest; dem Bergungs-dampfer „Hertha“ gelang die Abbringung des Schiffes erst, nachdem die Deffant aufgegeben worden war. Der dänische Dampfer „Regir“ ist bei der Uebernahme von Eisenbahnschienen aus dem Brack des „Ariel“ fest geworden und gesunken.

Feuersbrunst. Aus Grünberg i. Schl. meldet man: In Schlafendorf sind zwölf Wirtschaften mit Nebengebäuden, nahezu das ganze Dorf, niedergebrannt. Nur wenig konnte gerettet werden. Die Rot ist groß. Mehrere Leute erlitten bei den Rettungsversuchen schwere Brandwunden.

Ein Ballon-Angst hat sich in Rom bei der Luftschiffer-Abteilunggetragen. Außerhalb der Porta del Popolo befindet sich, 135 Meter über Meereshöhe, das Fort Monte Mario. Von dort wurde ein Ballon der Luftschiffer-Abteilung aufgelassen. In der Gondel befand sich Genieutenant Lagrocino und der Unter-offizier Benni. Eine Anzahl Soldaten hielten an vier Enden die Stricke des Ballons fest, der außerdem noch an einem Baume befestigt war. Pflötzlich packte ein Windstoß den Ballon, und zwei der ihn festhaltenden Soldatengruppen wurden zu Boden gerissen. Während Benni sich bemalte, die hinübernden Stricke von der Gondel zu entfernen und die zwei übrigen Gruppen der Soldaten den Ballon festhielten, riß ein zweiter Windstoß den Ballon in die Höhe. Der Soldat Vacca wurde in eines der Seile verwickelt und mit emporgehoben. Der Unglückliche muß ohnmächtig geworden sein. Als der Ballon, der vom Winde hin und her geschleudert wurde, über den Tiber dahinschwabte, fiel Vacca aus einer Höhe von 500 Meter herab. Als eine formlose Masse wurden die traurigen Reste aufgehoben. Der Ballon, von dieser Last befreit, stieg nun reißend schnell bis zur Höhe von 1500 Meter. Leutnant Lagrocino gelang es durch Leistung des Ventils, an das er erst nach Entwirrung der verdickten Seile gelangen konnte, den Ballon zum Sinken zu bringen. Umweit Orte sprangen die Insassen aus 15 Meter Höhe ab. Beide erlitten Verletzungen, die aber nicht lebensgefährlich sind.

Aus dem Goldlande. Der Dampfer „Laurada“, der am 8. Juni aus Port Brangel in Seattle, Wash., eintraf, brachte entsetzliche Nachrichten über die Leiden, welche die Goldsucher auf dem Wege nach Mondyle im vergangenen Winter zu erleiden hatten. Ueber 200 fanden auf dem Edmonton-Weg in British Columbia ihren Tod durch Erfrieren, Ertrinken oder Verhungern. Viele starben am Sturzb, und Duzende machten ihrem Leben ein freiwilliges Ende. Nur die Stärksten gelangten bis zur Küste, und von den Hunderten, die sich noch auf dem Wege nach dem eisigen Dorado befinden, werden nur wenige die Heimat wiedersehen. Ein New Yorker, namens Charles Richter, erschöpfte sich unter einem Baume, an dem er einen Fettel gehängt hatte mit der Aufschrift: „Ich gehe freiwillig zur Hölle, wo es nicht schlimmer sein kann als hier“. In seiner Tasche fand man einen Brief, worin er die kanadischen Behörden bitter anklagt und die Leute, die den Edmonton-Weg als gangbar bezeichneten, für den prächtigen Tod von Hunderten verantwortlich macht. Einer der Goldsucher, der sich nach Port Brangel zu retten vermochte, berichtet, daß er und seine Genossen im Begriff standen hätten, um denjenigen zu lösen, den sie töten und verzehren wollten, als sie im letzten Augenblicke noch von des Weges kommenden Goldsuchern Lebensmittel erhielten. Obwohl keiner der nach Port Brangel gelangten Ueberlebenden zugiebt, daß die Rot sie zur Menschheitspest vertrieben habe, so geht doch aus ihren Kennerungen hervor, daß dies der Fall gewesen ist. Hunderte befanden sich noch auf dem Grenzgebiete, das die Kanadier den Amerikanern streitig machen. Alle werden dort ihren Untergang finden, wenn man sie nicht durch Hilfspepitionen rettet. Der eide Grenzstreit ist daran schuld, daß bis jetzt weder von amerikanischen, noch von kanadischer Seite Hilfe zu bringen versucht wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Offize (zwei Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abonnementszahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erteilt.

Stechers. Wir halten uns streng an Tuden, Abweichungen an Meyers Veritas erklären sich dadurch, daß Tuden in einigen Fällen unvollständig Schreibweise zuläßt, z. B. Centrum und Zentrum. Diese Unklarheiten in der Schreibweise läßt sich nicht vermeiden, wir bemerken die in erster Linie von Tuden angewiesene Schreibart.

100 E. Ihr Brief hat 17 Pf. Strafporto gelostet. Wenden Sie sich an eine der städtischen Postbüros/stellen.

A. W. 100. Das erste Bataillon liegt in Löben, das zweite und dritte in Syd.

Wien. Beträgt der Meidgins mehr als 50 Thaler, so gilt der Vertrag auf ein Jahr und endet ohne Kündigung mit Ablauf des Jahres. Wird das Mietverhältnis fortgesetzt, ohne daß ein schriftlicher Vertrag geschlossen wird, so gilt der neue Vertrag abermals auf ein Jahr. — Wirt 30. 1. Ja, wenn Inhaber der Wohnung. 2. Die Frau muß in Ihrem Fall auf Verlangen des Mannes das Kind herausgeben und kann Alimente nicht beanspruchen. — W. V. G. 1. Die Karten sind überall gleich. Sie können die alte Karte benutzen. 2. Nein. — Kachelhand. Die gesamte Rente beträgt jährlich 190 Mark.

J. Rüdorff. Ihre Ansicht, daß eine Sache in zweiter Instanz in jedem Monate erledigt sein muß, ist irrig. Wahrscheinlich hat in Ihrem Falle der Amtsanwalt die Berufung zurückgegeben. Fragen Sie mündlich auf der Gerichtskanzlei oder schriftlich beim Gericht über den Stand der Sache an. — Thiel. Nach der Gesinde-Ordnung kann die Dienstzeit in allen Fällen, wo Weidnachts- oder Neujahrsgehälter während eines Dienstjahres gegeben sind, diese Gehälter auf den Lohn anrechnen, wenn der Dienstvertrag im Lauf des Dienstjahres durch Schuld des Gesindes aufgehoben wird. — W. 32. 1. Ja. 2. Nein. — P. 50. Ja. — Fr. 68. Die Vorurtheile zur Erlangung einer Altersrente nach dem neuen Gesetz sind u. a. in dem Artikel vom 16. Juni dargelegt. Ein anständiges Eingehen auf einen bestimmten Fall, wie Sie es wünschen, ist nicht angebracht, da das Gesetz erst mit dem 1. Januar 1900 in Kraft tritt und eine ausführliche Darlegung bestimmter Einzelfälle zur Zeit leblich verwirrend wirken würde. Interessiert Sie persönlich ein bestimmter Einzelfall, so besuchen Sie zur Rücksprache über denselben die juristische Sprechstunde. — A. Rowad 28. Verjährung tritt nicht ein. — P. 2. Wird Ihnen ärztliche Pflege oder Krankengeld ohne Grund verweigert, so können Sie gegen die Kasse bei der Gewerbe-Deputation klagen und sich auf Kosten der Kasse von irgend einem Arzt behandeln lassen. — C. Redd-Verlin. Der Umstand, daß in einem Berliner Mietsvertrage Prospektierte wohnen, die ihr Gewerbe in der Mietwohnung ausüben, berechtigt andere, insbesondere bezahlte Hausmischer, die ohne Kenntnis dieses Umstandes eingezogen sind, vom Wirt Entfernung der Prospektierten eventuell Aufhebung des Mietvertrages und Schadenersatz zu beschreiben. Stellen Sie also ein dahingehendes Verlangen an Ihren Wirt und klagen Sie, falls der Wirt Ihrer Aufforderung nicht nachkommt, beim Amtsgericht auf Aufhebung des Mietvertrages. — C. G. X. Voraussetzung der Erlangung der Invalidenrente ist zur Zeit: Erfüllung einer Wartzeit von 25 Wochen durch Beitringung von 25 Markemarken und dauernde Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invaliditätsgesetzes. — C. 500. Nein.

Witterungsüberblick vom 20. Juni 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C (M. = 5 F)	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C (M. = 5 F)
Spinnende	768	ORD	1	wolkig	14	Saparanda	768	S	2	wolkig	15
Darmstadt	757	DEO	2	wolkig	18	Petersburg	759	NO	1	wolkig	11
Berlin	757	DEO	3	wolkig	17	Vort	746	NO	3	Regen	11
Wiesbaden	755	D	3	wolkig	16	Aberdeen	752	O	1	wolkig	12
München	756	EO	4	wolkig	18	Paris	751	EO	2	bedeckt	17
Wien	757	ES	2	wolkig	17						

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 21. Juni 1899. Warm bei mäßigen bis frischen südlichen Winden und langsam zunehmender Bewölkung; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Karolinen-Etat.

Dem Reichstage ist soeben der zweite Nachtragsetat zugegangen. Es werden darin eingebracht 17 850 000 Mark, und zwar 17 800 000 Mark als ein Spanien zu zahlende Entschädigung für die Abtretung der Carolinen, Palau-Inseln und Marianen, sowie 500 000 Mark als Zuschuß zur Bestreitung der Ausgaben für die Verwaltung der Inselgruppen.

Unter den 550 000 M. der Verwaltungskosten sind 440 000 M. einmalige, also künftig fortfallende Ausgaben. Die fortdauernden Jahresausgaben für die nächsten Jahre sind auf 220 000 M. veranschlagt, von denen für das laufende Jahr nur die Hälfte mit 110 000 M. gefordert wird. Von der Aufstellung eines in einzelnen gegliederten Etats, zu dem vorläufig die Grundlagen noch fehlen, hat man Abstand nehmen müssen, bis die Kon.-Organisation durchgeführt ist. Inzwischen soll nach dem Vorgang in den übrigen Schutzgebieten, die Wirtschaftsführung mit einem Verkaufquantum erfolgen.

Eine beigefügte Denkschrift besagt: Die Inselgruppen sind unter spanischer Herrschaft in drei von einander unabhängige Verwaltungsbezirke eingeteilt gewesen, die dem General-Kapitanat der Philippinen in Manila unterstellt waren. Die gesamten Kosten der Verwaltung, einschließlich der Subvention für die regelmäßige spanische Postdampfer-Verbindung von und nach Manila mit zweimonatlichen Staatsfahrten durch den ganzen Archipel wurden aus den Einkünften der Philippinen bestritten. Diese drei Verwaltungsbezirke, rein militärisch organisiert und einem eigenen Gouverneur mit großem Beamtenapparat unterstellt, dem zwei eigens für diese Inseln gebaute kleine Kanonenboote zur Verfügung standen, waren 1. die östlichen Carolinen mit dem Regierungssitz in Ponapé, umfassend die hohen Basilan-Inseln, Anjau, Auf und die Korallenatolle dieses Teils der Carolinen bis zum 148. Grad östlicher Länge Greenwich, also einschließlich der Atolle Romounto, Ollap, Enderby und Sel. 2. Die westlichen Carolinen und die Palau-Inseln mit dem Regierungssitz in Yap, umfassend die Korallenatolle jenseit des 148. Grades östlicher Länge Greenwich und die übrigen Palau-Inseln der Palau-Gruppe bis zur südlichsten Karolinen-Insel Mapia (fast unter dem Äquator). 3. Die Marianen mit dem Regierungssitz in Guam (etwa 10 hohe Inseln und den Anson-Atoll umfassend).

Nach dem Uebergang der Inseln in deutschen Besitz würde es ratsam erscheinen, an dieser Einteilung in drei Verwaltungsbezirke, die eine durchaus natürliche und durch die geographische Lage gebotene ist, mit der einen Aenderung festzuhalten, daß in dem dritten Verwaltungsbezirke, der die Marianen umfaßt, an Stelle der amerikanischen Besitz übergegangenen Inseln Guam, die Insel Saipan mit dem Hafen Sanapag zum Sitz der deutschen Regierung bestimmt wird. Ferner wird es auch im Interesse der Vereinfachung des Verwaltungsapparats und zur Erparung des hohen Gehalts eines besonderen Gouverneurs sich voraussichtlich als zweckdienlich erweisen, daß diese drei Verwaltungsbezirke dem kaiserlichen Gouvernement von Neu-Guinea unterstellt werden. Der Gouverneur würde zugleich mit den Funktionen eines Oberrichters (2. Instanz) für die gesamten Inselgruppen betraut werden können. Dabei würde aber den einzelnen leitenden Beamten dieser Verwaltungsbezirke, wie es ihre Entfernung vom Sitz des kaiserlichen Gouvernements von Neu-Guinea mit sich bringt, möglichst Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit innerhalb der ihnen unterstellten Inselgebiete zuzulassen sein. Dagegen wird die deutsche Verwaltung der Inselgruppen von vornherein auf den kostspieligen militärischen Apparat der spanischen Regierung, wie er namentlich in Ponapé zur Anwendung gebracht worden ist, verzichten können. Die kaiserliche Regierung ist davon überzeugt, daß es erfahrenen Beamten mit einer Anzahl eingeborener Polizeifolksleute gelingen wird, die Eingeborenen, die in Ponapé unangesehnt mit den Spaniern in Fehde gelebt haben, bald wieder zu beruhigen.

Dem bedeutendsten Verwaltungsbezirk in Ponapé sollen außer dem leitenden Beamten ein Arzt, ein Sekretär und ein Polizeimeister, der zugleich Post- und Unterbeamter für eine Reihe anderweitiger amtlicher Funktionen sein soll, zugeteilt werden. Der leitende Beamte wird auch die richterlichen Geschäfte des Eingeborenenrichters und des Gerichts über Besitze erster Instanz, der Sekretär das Amt des Gerichtsschreibers zu übernehmen haben. Die Organisation in Yap soll ähnlich sein, nur wird dort an Stelle des Arztes ein Lazarettgehilfe genügen. Für den Bezirk Saipan, wo man bei der höheren Kulturstufe und der außerordentlich friedlichen Stimmung der Marianen-Bewohner auf irgendwelche größere Verwaltungsschwierigkeiten nicht zu rechnen haben wird, dürfte namentlich auch im Hinblick auf den verhältnismäßig geringeren Umfang ein leitender Beamter und zwei Unterbeamte (Post- und Lazarettgehilfe) genügen. Alle Beamte ohne Ausnahme sollen zunächst nur kommissarische sein. Die Auswahl der betreffenden Persönlichkeiten soll in erster Linie von dem Gesichtspunkt erfolgen, daß sie Männer praktischer, womöglich bereits in der Südsee gewonnener Erfahrung sind.

Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzes über die Handelsbeziehungen zum britischen Reich trat Dienstagvormittag zusammen. Durch die Vorlage soll bekanntlich der Bundesrat ermächtigt werden, England und den britischen Kolonien die Vorteile der Meißbegünstigung bis zum 30. Juli 1900 zu gewähren. Abg. Hehl zu Hertenheim (natl.) beantragt einen Zusatz, nach welchem die Meißbegünstigung sich nur auf diejenigen Gebiete des britischen Reichs erstrecken soll, welche aus der Meißbegünstigung gewahren. — Graf Kanitz (L.) v. Karldorf (Rp.), Dr. Lieber (C.) und Münch-Kerber (natl.) beantragen außerdem ein besonderes Gesetz, nach welchem von zollpflichtigen Waren, die aus Staaten herkommen, in welchen deutsche Waren der Verzollung nach dem Werte unterworfen sind, an Stelle der tarifmäßigen Eingangszölle Wertzölle erhoben werden können. — Nachdem die Vertreter der verbündeten Regierungen in ausführlicher, aber streng geheim zu haltender Darstellung nachgewiesen haben, daß unveränderte Annahme der Vorlage nach dem Beschluß zweiter Lesung im Interesse des deutschen Handels, unserer Seefahrt und Industrie liegt, zieht Hr. v. Hehl, da er durch die Erklärungen der Regierungsovertreter befriedigt ist, seinen Antrag zurück. — Der Antrag v. Kanitz muß erst zur ersten Beratung im Plenum kommen. — Die Kommission beschließt darauf einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzes über die Handelsbeziehungen zum britischen Reich. Der Vorsitzende Müller-Duisburg übernimmt die mündliche Berichterstattung für das Plenum.

Korrespondenzen.

Aus Elsfah-Lothringen. (Eig. Ber.) Der Landesauschuss beriet in voriger Woche den Antrag Winterer und Genossen, betreffend die Aufhebung der dem Statthalter zuzuschendenden „außerordentlichen Gewalt“ des sogenannten Diktaturparagraphe. Die Redner aus dem Hause hoben die großen Opfer hervor, die dem Lande durch den gegenwärtig noch bestehenden Ausnahmezustand auferlegt würden und betonten demgegenüber das durchaus gefeyermäßige Verhalten der großen Masse unserer Bevölkerung, das unter anderem auch in der besonders günstigen Kriminalitätsziffer Elsfah-Lothringens hinsichtlich der Vergehungen gegen Beamte zum Ausdruck

komme. Der Antragsteller Winterer kam auch auf die juristische Kontroverse über die praktische Tragweite des Diktaturparagraphe zu sprechen, die vor einigen Monaten die Rechtsgelehrten der Straßburger-Universität auf den Plan der öffentlichen Diskussion gelockt hatte, und stellte allen diesen theoretischen Einwendungen gegenüber fest, daß die außerordentlichen Gewaltbefugnisse des Statthalters immer noch gleich dem Schwerte des Damokles über den Häuptern der Elsfah-Lothringischen Bevölkerung schwebten, um im gegebenen Momente in der Form einer Zeitungsentdrückung oder sonstigen administrativen Gewaltmaßregel in Aktivität zu treten. Der Vertreter der Regierung, Staatssekretär v. Puttlamer, der eigentliche Repräsentant und Träger des reichsländischen Diktaturregimentes, billigte sich wohlweislich vor dem ausschließlichen Verstand, den unanschätzbaren Feststellungen der Redner aus dem Hause entgegenzutreten. Er zog es vielmehr vor, sich in eine Rolle formeller Kompetenzbedenkten zu hüllen, um dadurch einer bestimmten Erklärung über seine, d. h. der Regierung Stellung zu dem Antrage aus dem Wege zu gehen. Der Antrag gelangte schließlich zur einstimmigen Annahme und wird nun dem Bundesrat vorgelegt werden müssen. Für die Stellungnahme des letzteren zu dem Beschlusse des Landesauschusses ist ohne Zweifel lediglich die Erklärung des Straßburger Ministeriums darüber maßgebend, ob es die Ruhe und Ordnung im Lande ohne jene Ausnahmebefugnisse aufrecht zu erhalten in der Lage sei; und da der Reichstag bereits zu wiederholten Malen dem Antrage der reichsländischen Volksvertretung beigegeben hat, so hängt es in der That lediglich von dem guten Willen und der staatsmännlichen Einsicht des Herrn v. Puttlamer und seiner unverantwortlichen Ratgeber ab, ob die Bevölkerung unseres Landes noch länger unter der entwürdigenden Fuchtel des Diktaturregimentes gehalten oder endlich einmal als ein den übrigen ebenbürtiges Glied der deutschen Reichsgemeinschaft erklärt werden soll.

Ueber den englischen Streit mit der Südafrikanischen Republik

schreibt uns unser Londoner Korrespondent: Das vorige Woche veröffentlichte Glaubensbuch des englischen Kolonialministeriums über die Transvaal-Angelegenheiten besteht in der Hauptsache aus einer vom 4. Mai datierten Depesche Sir Alfred Milners an Minister Chamberlain und dessen sechs Tage darauf erfolgter Antwort. Die beiden Altenglische sind so ziemlich auf den gleichen Ton gestimmt. Sir Alfred Milner meldet dem Minister, daß die Petitionsbewegung der Engländer in Transvaal für die Erlangung politischer Rechte durchaus keine von Kapitalisten angezettelte und künstlich unterhaltene Agitation sei, sondern großenteils von Leuten ausgehe, die sich im Transvaal schäft gemacht hätten und unter den heute dort herrschenden politischen Verhältnissen schwer zu leiden hätten: sie würden übermäßig schwer bestraft und, obwohl der Nation zuehörig, welche die Normat in Südafrika darstelle, mit verlegender Mißachtung behandelt. England müsse durch eindringliches Auftreten zeigen, daß es sich entschlossen sei, den jetzigen Zustand nicht länger unthätig mitanzuschauen. Andernfalls würde es völlig diskreditiert dastehen und würden die eigenen Angehörigen des britischen Reichs ihm immer mehr entfremdet. Mr. Chamberlain bekräftigt in seiner Antwort diese Darlegungen, indem er genauer auf die Einzelheiten der Beschwerden gegen die Transvaalregierung eingeht. Der langen Auseinandersetzungen kurzer Sinn ist, daß es den „Ausländern“ an Rechtsgarantien fehle, daß England nichts für sich, bezw. seine Landesländer verlange, was es nicht auch allen anderen Nationalitäten zugehe, und daß die englische Regierung auch das Zustandekommen einer Abmachung mit der Transvaalregierung hoffe, die sie der Notwendigkeit entbehe, sich in die inneren Angelegenheiten der Transvaalrepublik einzumischen. Gerade weil England nicht die Absicht habe, die Autonomie der Republik anzugreifen, halte es die Abstellung der betonten Uebelstände für dringend geboten; nur so sei es möglich, zu einem friedlichen Nebeneinanderleben der verschiedenen Nationalitäten in Südafrika zu gelangen. In einem späteren Telegramm erklärte sich Chamberlain durchaus einverstanden mit folgendem Programm: Sir Alfred Milner für die — inzwischen stattgehabte — Konferenz in Bloemfontein; Stimmrechtsvergrößerung an alle seit sechs Jahren im Transvaal Niederbesessenen, die den Landesdienst leisten, und Vertretung des Manddistrikts durch sieben Abgeordnete in der gesetzgebenden Kammer (was den Vuren eine Vierfünftel-Mehrheit liehe), oder — falls Krüger darauf nicht eingehen wolle — Gewährung weitgehender kommunaler Selbstverwaltung an die Mandbevolkerung. Die Mehrheit der Presse erhofft von der Veröffentlichung des Glaubensbuchs eine gute Wirkung. Es werde den Vuren zeigen, daß es England wirklich ernst sei, und werde andererseits die verständigen Elemente in Südafrika veranlassen, auf Krüger und seine Leute im Sinne der obigen Forderungen einzuwirken. Nach heutigen Depeschen sind in der That verächtliche holländische Politiker in Südafrika dabei, Krüger zum Einlenken zu bewegen. Dessen letzte Reden hingegen dagegen wenig nachgiebig, so daß die Situation vorläufig noch als recht bedrohlich zu betrachten ist. Auf beiden Seiten werden militärische Vorkehrungen aller Art getroffen, um für die äußerste Eventualität bereit zu sein, und es ist auch nicht recht abzusehen, wie England nach dem Vorgefallenen ohne Konzeptionen Krügers sich zurecht geben soll.

Aus Pretoria wird vom Dienstag telegraphiert. Es ist falsch, daß hier seitens Deutschlands irgend eine Intervention stattgefunden habe, dahingehend, die Transvaal-Republik zu veranlassen, die verprochenen Zugeständnisse zu erweitern. Die übrigen südafrikanischen Mächte beobachten die gleiche Zurückhaltung.

New York, 2. Juni. (Eig. Ber.) Das Wort „Socialismus“, welches noch vor wenigen Jahren derart verpönt war, daß es selbst die Anhänger Bellmans in den Mund oder die Feder zu nehmen vertrieben (welche dafür das Wort „Nationalismus“ substituieren), ist in der letzten Zeit sehr zu Ehren, ja, man kann sagen: in die Mode gekommen. Da ruft jetzt in Ohio ein gewisser Jones herum, der bei den letzten Wahlen zum Bürgermeister der Stadt Toledo jenes Staates gewählt wurde und nun auf den Gouverneursposten spekuliert; derselbe tritt für die Municipalisierung der Straßenbahnen, Wasserleitungen etc. ein und bringt in seinen Vorträgen, die er über dieses Thema hält, hin und wieder vor, wie wohl so ausgezeichnete socialistische „Medewendungen“ an sich selbst einen „wissenschaftlichen Socialisten“ nennend. Das gesamte Laboratorium „Ohio“, so weit es nicht von den beiden alten Parteien mit Pöfchen bedacht ist oder sonstwie in deren Diensten steht, hat sich an Jones' Hochschöbe gebündelt (gleichwie weiland dieselbe Species „Arbeiterführer“ der Stadt New York an diejenigen Henry Georges), und diese anwändige Gesellschaft besaß sogar die Kinetik, sich an das Staatskomitee der „Socialistischen Arbeiterpartei“ mit der Aufforderung zu wenden, mit ihr gemeinsame Sache zu machen und wenigstens von der Aufstellung eines eigenen Gouverneurs-Kandidaten Abstand zu nehmen. Alle wollen sie jetzt „Socialisten“ sein, denen nur genannte Partei „zu eng“ ist. Welche Phrase sie den Deffianzen abgehört haben, natürlich ward das Ansehen rundweg abgelehnt.

Nicht befriedigend ist der Umstand, daß auch das in der Ausfinkolonie erscheinende Blatt „The Coming Nation“ (das einzige Ueberbleibsel aus der „Nationalistenzeit“) für Jones — „the Socialist“ — ein Zeug geht. Wie übrigens aus einem Briefe des Redakteurs jenes Blattes, Coffon, hervorgeht, beabsichtigt derselbe, seinen dortigen Wirkungskreis auszugeben, weil ihm derselbe „zu beschränkt“ ist, und nach England überzusiedeln. Der eigentliche Grund ist aber wohl der, weil die Kolonie „auf dem letzten Lode pfieft“. Noch vor Jahresfrist behauptete die Zeitung derselben einem im „The People“ erschienenen Artikel gegenüber, sie sei in guter Verfassung und im Besitze eines Vermögens von 92 000 Dollar jährlich oder las man in genanntem Blatte, daß eine Anleihe von

15 000 Dollar aufgenommen werden müsse, um die Kolonie über Wasser halten zu können. Da besagter Jones ein wohlhabender Mann ist und auch was „springen läßt“, so kann man sich ungefähr vorstellen, was da spielt!

Um wieder auf mein Thema zu kommen: selbst dem „Kartoffelbürgermeister“ von Detroit (Pingree, jetziger Gouverneur Michigans) wird ein Geruch von „Socialismus“ gegeben! Glücklicherweise sind aber die Zeiten gründlich vorbei, in denen die wahre socialistische Bewegung in falsche Bahnen gelenkt werden könnte. Die rapide Entwicklung der dieselbe tragenden Socialistischen Arbeiterpartei zu einer anglo-amerikanischen, mit einem desgleichen Agitatorenstab von über 120 durchgehends tüchtigen, schlagfertigen Rednern und einer gediegenden, täglich an Abonnentenzahl wachsenden Presse, läßt alle derartigen Versuche als aussichtslos erscheinen. Und wenn aus der von jenen Elementen ins Werk gesetzten „allgemeinen Arbeiterkonferenz“ auch etwas werden und die „geplante neue Partei“ entstehen sollte, so steht doch von vornherein fest, daß sie ein „todtgeborenes Kind“ sein wird. —

Lokales.

Von den Schulärzten befürchten die Lehrer vielfach eine Einmischung in den Schulbetrieb, die über die Grenzen eines bloßen ärztlichen Rates hinausgehen und auf die Thätigkeit des Lehrers hemmend einwirken würde. Auch die Berliner Lehrerschaft hat sich aus diesem Grunde gegenüber der Absicht, den Gemeindeschulen Schulärzte zu geben, lange Zeit mißtrauisch gezeigt. Nachdem inzwischen die Sache soweit gediehen ist, daß sich die Anstellung von Schulärzten nicht mehr hindern läßt, hat der Berliner Lehrerverein seine früher zu dieser Frage eingenommene Stellung geändert. Er hat jetzt in einer Resolution diejenigen Gebiete bezeichnet, wo nach seiner Ansicht der Schularzt etwas zu sagen und wo er nichts zu sagen haben soll. Als Arbeitsgebiet wird ihm darin namentlich zugewiesen die Mitwirkung bei Reuanlegung von Schulen, die Revision der Schulräume usw., die Untersuchung von neu aufzunehmenden, anscheinend noch nicht schulfähigen Kindern, sowie von solchen, die krankheitsverdächtig sind, die Pflanzung bei Unfallsfällen usw. Dabei soll er aber immer nur Berater bleiben. Keinen Einfluß soll er haben auf den inneren und äußeren Schulbetrieb, auf die Auswahl der Lehr- und Lernmittel usw. — Das Mißtrauen der Lehrer gegen die Schulärzte erklärt sich daraus, daß sie befürchten, in dem Schularzt noch einen Aufsichtsbeamten mehr zu erhalten. Dieses Mißtrauen erscheint uns unberechtigt oder mindestens stark übertrieben. Was das Interesse der Kinder, das ja schließlich auch das Interesse der Schule ist, einen Eingriff des Schulorgans erfordert, sollte ihm die Lehrerschaft möglichst wenig Schwierigkeiten bereiten, auch wenn der Arzt dabei einmal dem Pädagogen in die Quere kommt.

Ein Nachspiel zur Ausperrung im „Lokal-Anzeiger“. Die Entlassung der organisierten Buchdrucker aus der Aufsicht des „Lokal-Anzeigers“ wurde seiner Zeit von dem Vertreter des Herrn Scherl, dem Rechtsanwalt Sandstein, zum Teil damit begründet, daß die Entlassenen in einer Besprechung auf Herrn Scherl „geschimpft“ und ihn beleidigt hätten. Der Redner des betreffenden Lokals sollte angeblich die beleidigenden Äußerungen Herrn Scherl hinterbracht haben. Durch diese unwahre Behauptung fühlte sich der betreffende Redner beleidigt und er stellte Straf-antrag gegen Herrn Sandstein. Seine Gäste hatten ihm nicht nur Verweise gemacht, sondern ihm auch die Trinkgelder entzogen. Da diese, wie die Dinge im Gastwirtsgerwebe heute nun einmal noch liegen, leider den Hauptverdienst der Redner bilden, so wurde der Verweisende auch wirtschaftlich sehr geschädigt. Den Hauptwert legte der Redner, der sich mit seinen Gästen, die sich meist aus den Kreisen der Arbeiter rekrutieren, sehr gut stand, aber auf die moralische Seite; er wollte nicht als gemeiner Denunziant dastehen.

Wertwürdigerweise ist nun der Klage-Antrag des Redners, der durch Herrn Rechtsanwalt Heine vertreten war, sowohl vom Schöffengericht, als auch vom Landgericht abgelehnt worden mit der Begründung, daß es keine Beleidigung für den Redner sei, wenn von ihm gesagt werde, er habe geschotte Gespräche widerergriffen. Dieser Entschluß der Gerichte erscheint uns um so befremdlicher, als unsere Justiz es sonst mit Verleumdungen sehr genau nimmt. Haben wir es auch hier nicht mit einem Beamten zu thun, dem Verleugung des Amtsgewerbes inoffensiv vorgekommen ist, so erwartet man doch auch von einem Redner, daß er Gespräche, die nicht für ihn bestimmt sind, nicht weiter erzählt. Daß der betreffende Redner sich mit so großer Energie gegen die Behauptungen des Herrn Sandstein zu wehren suchte, beweist, wie sehr er das Unanständige der ihm mit Unrecht nachgesagten Handlungsweise empfand. — Der Urtheil der Gerichte wird von manchen Leuten geradezu als eine Prämie auf Spionage und Denunziation aufgefaßt werden.

Den Straßenhändlern passiert es bekanntlich nicht selten, daß sie sich in den Mägen der zahlreichen Polizeivordrücken verstricken und deshalb mit Strafverfügungen bedacht werden. Auch die Händlerin Frau Höpfer, Eichenstraße 68, hat schon oft wegen Uebertretung der polizeilichen Vorschriften über den Straßenhandel Geldstrafen erlegen müssen. Kürzlich wurde ihr wieder eine Strafe von 8 Mark auferlegt. Frau Höpfer hatte zwar den guten Willen zu bezahlen, sie war aber nicht im Besitze der erforderlichen Geldmittel. Da ihr bei früheren Gelegenheiten die Verzahlung der Strafe so lange gestundet worden war, bis sie von ihrem lärglichen Verdienste das Geld erübrigte hatte, so glaubte sie, man würde auch in diesem Falle die gleiche Rücksicht mit ihr üben. Darin hatte sich die Frau aber getäuscht. Der Fälligkeitstermin war überharrt. Am Freitag früh um 5 Uhr erschienen zwei Schahleute in der Wohnung der Frau Höpfer und forderten sie auf, ihnen zu folgen. Sie sollte in das Gefängnis eingeliefert werden, um statt der nicht erlegten Geldstrafe einen Tag Haft zu verbüßen. Frau Höpfer raffte ihre letzten Habebelegenheiten zusammen und bot den Beamten den Betrag der Geldstrafe in bar an. Die Schupleute erklärten aber, sich nicht darauf einlassen zu können, wenn sie nicht gutwillig mitgehe, müßten sie Gewalt anwenden. Auch der Transport im grünen Wagen wurde der Frau in Aussicht gestellt. Nachdem alles Parlamentieren mit den Beamten erfolglos verlaufen war, blieb der Frau nichts übrig, als den Schupleuten zu folgen. Da sie aber drei kleine Kinder hat, die sie nicht allein in der Wohnung zurücklassen konnte, und auch ihr Mann genötigt ist, seinem Erwerb außerhalb des Hauses nachzugehen, so ließ sich Frau Höpfer genötigt, die Kinder zur Polizeiwache mitzunehmen und den Beamten anheimzugeben, die Kleinen mit der Mutter zugleich ins Gefängnis zu schicken. So weit kam es jedoch nicht. Nachdem Frau Höpfer mit ihren drei Kindern und in Begleitung der beiden Schupleute auf der Polizeiwache angelangt war, wurde die Angelegenheit dem Revier-Beamten vorgebracht, und die Frau konnte nun, als sie die 8 M. erlegt hatte, wieder ihres Weges gehen.

Beschals war dieses Vorgehen gegen die Frau Höpfer nötig? Hätte der Kufzug nicht vermieden werden können? Die Autorität der Beamten wird durch solche Vorgänge gerade nicht befestigt.

Das Feuer des heiligen Geistes. Mit der so sehr beliebten Kirchenauflösungsfrage beschäftigte sich gestern die Berliner Stadischande. Dabei kam es zu einer recht niedlichen Auseinandersetzung. Oberlehrer Groß verkündete feierlich, daß die linke Seite der Versammlung keineswegs Gegner der dringend nötigen Kirchenbauten oder einer Steuererhöhung sei, sie meine aber, daß man sich auf das notwendige beschränken müsse. Das bloße äußere Kirchenbauen könne innere Frömmigkeit doch nicht ersetzen,

und nach dem Spruche „Unrecht Gut gedeihet nicht“ löste auf den durch die Konfiskationsordnung aus dem 16. Jahrhundert aufgezogenen Geldern in Eisen ruhen. — General-Intendant D. Haber bekämpfte heftig die Ausführungen des Vorredners. Das bloße Kirchenbau sei allerdings nicht gleichbedeutend mit innerer Frömmigkeit, doch könne er bekunden, daß schon jetzt das Feuer des heiligen Geistes in Berlin weit mehr brenne, als der Vorredner annehme. Damit dieses Feuer immer heller emporleude, müsse man Kirchen bauen, die die Herde des heiligen Geistes seien. Den Vorwurf, daß „unrechtes Gut“ verwalte werde, müsse er mit allem Nachdruck zurückweisen.

Zur Unterhaltung des Feuers vom heiligen Geiste soll der geschäftsführende Ausschuss es mit der Aufnahme einer Stadtkapitalkasse in Höhe von 8 Millionen Mark sündigen Wammons verbinden.

Geburten, Geburten und Todesfälle. In der Woche vom 28. Mai bis 3. Juni fanden in Berlin 255 Geburten statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 889 (408 männliche, 421 weibliche). Totgeborene wurden 81 Kinder (19 männliche, 12 weibliche). Unter den Lebendgeborenen befanden sich 146, unter den Totgeborenen 7 außerordentlich geborene Kinder. — Die Zahl der Sterbefälle betrug in der Berichtwoche 671 und betraf 377 männliche, 294 weibliche Personen. Unter den Verstorbenen befanden sich 217 Kinder im ersten Lebensjahre (155 ehelich und 62 außerordentlich geboren). In Krankenhäusern sind 194 Personen (115 männliche und 79 weibliche) gestorben. Auf gewaltsame Weise endeten 15 Personen, darunter 6 durch Selbstmord. — Auf die einzelnen Stadtteile verteilten sich die Sterbefälle wie folgt: Berlin-Köln-Dorotheenstadt 14; Friedrichstadt 16; Friedrich- und Schöneberger Vorstadt 28; Friedrich- und Tempelhofer Vorstadt (westl.) 17; Tempelhofer Vorstadt (östl.) 38; Luisenstadt jenseits des Kanals 68; Luisenstadt diesseits des Kanals 43; Stralauer Viertel 85; Königsviertel 62; Spandauer Viertel 30; Moienthaler Vorstadt 92; Oranienburger Vorstadt 54; Friedrich-Wilhelmsstadt und Moabit (östl.) 26; Moabit (westl.) 39; Wedding 49. — Die Geburten betragen 14,6, die Todesfälle 23,9 pro Tausend der Bevölkerung.

Zur Beachtung für Hundebesitzer. Den Bemühungen des Deutschen Tierärztereins war es gelungen, bei dem Polizei-Präsidenten eine Verfügung über mildere Handhabung des Maulkorbzwanges zu erwirken. Nach derselben war es gestattet, Hunde ohne Maulkorb an der Leine zu führen. Diese Verfügung bezieht aber nach einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts nicht zu Recht, da sie dem § 63 des Straßen-Polizei-Reglements widerspricht. Infolge dessen hat das Polizei-Präsident diese Verfügung wieder aufgehoben und verfügt, daß sämtliche Hunde, ohne jede Ausnahme, auf der Straße mit einem Maulkorb versehen sein müssen, widrigenfalls sie von den Gangbeamten aufgegriffen werden.

Zwenzüge nach dem Riesengebirge gehen am 8. und 15. Juli, und zwar 8½ Uhr vormittags, vom hiesigen Ostbahnhof ab. Die Ankunft in Greiffenberg (Anschluß nach Friedberg a. O.) erfolgt 10⁰⁰ nachts, in Hirschberg (Anschluß nach Peitzdorf und Schmaldeberg) 2⁰⁰ nachts. Zur Ausgabe gelangen 30 Tage gültige Rückfahrkarten zum Einheitspreise von 18,40 M. (2. Klasse) bzw. 12,80 M. (3. Klasse). Die Rückfahrt, welche einmal unterbrochen werden darf, ist mit allen fahrbahntauglichen Personen möglich. Der Fahrkartenerwerb findet vom dritten Tage vor Abgang ab auf dem Görlitzer Bahnhof und im Königlich-Preussischen (Potsdamer Bahnhof) statt. Fahrkarten zu erwünschten Preisen werden auch in Lübben, Cottbus, Spremberg und Görlitz abgegeben.

Der künftige Kaufmann Ernst Mend entwirft sich nach den Ergebenissen der Untersuchung immer mehr als ein gewissenloser und raffinierter Verräter, der zahlreiche Firmen mit Hilfe gefälschter Beschlüsse um größere Summen beschwindelte. Es war dies nun möglich, weil der in einem bekannten Anstaltsbüro angelegte Kumpel die über Mend erbetenen Auskünfte fälschte und sich dadurch zum Wissenden desselben machte. Nach Einleitung des Reklamationverfahrens über das Vermögen des Schwindlers hat die vorläufige Schätzung der Masse ergeben, daß für etwa 2000 M. Warenbestände vorhanden sind, während die Passiva sich auf etwa 150 000 M. belaufen. Eine genaue Uebersicht über den Vermögensstand läßt sich zur Zeit noch gar nicht geben, weil die Bücher viele falsche Eintragungen zum Nachteil der Gläubiger aufweisen. Die Polizei ist der Ueberzeugung, daß die „Brannt“ des M., die ebenfalls fälschlich gewordenen Fiktion E., an den Schwindler ihres Geldes stark beteiligt ist. Dieser hat ebendenselben mit „Tamen der Halbwelt“ große Summen vergeudet.

Gegen das Thürnenwerfen auf der Eisenbahn richtet sich die folgende Verfügung der Eisenbahnverwaltung an die sämtlichen Stationen des Direktionsbezirks: „Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fahrgäste durch das Wurfen der Wagentüren, namentlich seitens der Thürschließer, zum Teil nicht unerhebliche Fingerquetschungen erlitten haben. Unter Bezugnahme auf die Verfügungen vom 22. weise ich hierdurch die Stationsvorstände an, das gesamte Fahr- und Stationspersonal nochmals auf das Eindringlichste zu ermahnen, unter allen Umständen vorläufig beim Schließen der Wagentüren zu verfahren. Das Personal hat, wenn erforderlich, durch lauten Ausruf: „Vorwärts!“ Hinreichend langsam die Türen zu schließen. Sollte hierbei einem Bediensteten ein Verstoß nachgewiesen werden oder sollte er auch nur belästigt erscheinen, so hat der betreffende unmissverständlich eine strenge Verurteilung zu erwarten.“

Abermals werden bedeutsame Veränderungen in der deutschen Armee angekündigt. Ein Soldatblatt berichtet: „Eine neue Vorrichtung ordnet an, daß zum Dienstzuge rotbraune Gamasen gehören. Für diese aus Hundeleber angefertigten Gamasen ist die Farbe der vom Kriegsministerium anzugebenden Probe maßgebend. Zum Parade-Zug, bei Befestigungen, zur Kirche sind welche Gamasen nicht mehr zulässig, letztere dürfen nur noch zu Gesellschaften (einschließlich der Postfälle) und zum Meiten tanzen bei Paraden, im Felde und im Manöver getragen werden. Den eingeführt wird ferner der Umhang. Dieser, aus einem Stück ohne Koppel gefertigt, soll die Hüfte bedecken und mit den Fingerringen abstecken. Er wird aus wasserdichtem Lemo- oder Ledersstoff hergestellt. Er hat einen edigen Ueberfallrand von der Farbe des Mantelkragens; auf beiden Seiten sind stoffbezogene Knöpfe zur Befestigung einer Kapuze angebracht. Diese Kapuze darf bei aufgesetztem Helm nicht sichtbar sein, ihr Obertheil ist von Seide und Kattun, das Untertheil vom Stoffe des Umhangs. Umhang und Kapuze haben übrigens schon während des deutsch-französischen Krieges den bayerischen Offizieren im Loire-Feldzuge vorzügliche Dienste geleistet. Der Umhang kann allein oder zum Jackett, die Kapuze allein oder in Verbindung mit dem Umhang getragen werden.“

Auf jeden Fall werden auch diese Neuerungen auf die Schlagfertigkeit des herrlichen Kriegsheeres von bedeutendem Einfluß sein.

Militärisches. Die „Vollst.“ schreibt: „Großes Aufsehen erregte Dienstvormittag gegen 10 Uhr die Bemühung der Promenade in der Bülowsstraße durch größere Abteilungen Militär. Die Neuheit dieser Erscheinung rief die Entrüstung aller Anwohner und Passanten hervor. Dadurch, daß die Truppen die volle Breite der Promenade inmitten der beiderseitigen Rasenflächen einnahmen, waren die auf der Promenade sich ergebenden oder auf den Wäntel sitzenden Personen genötigt, zu retrahieren, wobei in der Eile mehrfach der Weg über die gutgepflegten Rasenflächen gewählt wurde. Natürlich bewirkt auch die zu Pferde sitzenden Offiziere den für Pferde sonst streng geschlossenen Promenadenweg.“ Gewiß werden strategische Gründe für diesen reizenden Morgenpaziergang maßgebend gewesen sein.

Polizeilich beschlagnahmt worden ist die Leiche der 83 Jahre alten Seife händlerin Hedwig Döring aus der Linienstraße 206, die man gestern in ihrer Wohnung tot aufgefunden hat. Ein Dienst-

mädchen der Hauswirthin sah die Döring am Donnerstag voriger Woche zum letztenmal; wahrscheinlich ist sie in der folgenden Nacht schon gestorben, man kümmerte sich jedoch nicht weiter um sie. Erst als aus der Wohnung ein starker Geruch herausdrang, ließ man sie gestern nachmittags öffnen. Die Insassen lag tot in ihrem Bette, mit dem Gesicht im Kopfkissen. Jemand etwas Auffallendes war nicht zu bemerken, die schon in Verwesung übergegangene Leiche zeigte auch keine Spuren eines gewaltsamen Todes. Die Leiche wurde beschlagnahmt, weil die Todesursache nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden konnte; wahrscheinlich ist es ein Herzschlag. Ein Liebhaber der Verstorbenen hat in der Wohnung ein Hund mit dem Zeichen G. S. zurückgelassen. Man hat ihn am Dienstag voriger Woche zuletzt gesehen. Er mag auch in den letzten Tagen wohl noch an der Wohnung gewesen, aber unmerklich wieder abgegangen sein, da er keinen Einlaß fand.

Mit Schweinsurter Grün vergiftet hat sich Montagabend die 47 Jahre alte Photographenwaise Hedwig Bielle aus der Fehrbellinerstraße 20. Die Frau ist seit drei Jahren gelähmt. Eine Aufwärterin pflegte sie den Tag über, während ihre drei erwachsenen Kinder sich im Geschoße befanden. Der Zustand der Unbeholfenheit hatte ihr wohl das Leben verleidet. Gestern nachmittags schickte sie die Aufwärterin vorzeitig weg. Als um 6¼ Uhr eine Tochter nach Hause kam, fand sie die Mutter mit allen Zeichen einer Vergiftung bewußtlos auf dem Fußboden liegen. Einem Arzte gelang es, durch Gegenmittel die Besinnungslose ins Leben zurückzurufen und er ließ sie dann mit einem kühnen Rettungswagen in das Krankenhaus am Friedrichshagen bringen. Ein Kops mit dem Gift und ein Löffel dazu wurden beschlagnahmt.

Aus den Nachbarorten.

Stralau-Rummelsburg. Der Socialdemokratische Verein hielt heute abend 8½ Uhr bei Rosa L., Neue Prinz-Albertstraße (Krieg), eine Versammlung ab, in der Genosse Dr. Freudenberg über die Bedeutung des Tuberkulose-Kongresses für die Arbeiterschaft sprach.

In Albershof fällt die Mitgliederversammlung des Arbeiter-Vereins am Sonntagabend stattfindenden Volksversammlung wegen aus.

In Friedrichsfelde wird Donnerstagabend 8½ Uhr bei Dube eine Versammlung des socialdemokratischen Vereins abgehalten, in der Th. Meyner über das Thema: „Gleiches Recht für Alle“ spricht.

Schöneberg. Den Interessenten der Genossenschaftsbewegung zur Kenntnis, daß morgen, Donnerstagabend 8 Uhr bei Obst. Gumboldtstr. 110, die Monatsversammlung des Vereins zur Genossenschafts-Gründung stattfindet. Diskussion über die Formen der Genossenschaften.

Schöneberg. In der Sitzung der Stadtverordneten am Montag beantragte Stadtv. Meyner, das Gesicht von 12 500 M. zurückzugeben, das die Berlinische Bedienungsgesellschaft der Stadt als Grundkapital zur Errichtung eines Krankenhauses übergeben hat. Bürgermeister Dr. Gerhardt wandte sich gegen diesen Antrag, wieweil die Verwaltung sich für seine Ablehnung ausbreitete. Eine ausgedehnte Generaldiskussion führte der von einem Ausschuss erstattete Bericht, betreffend die Anstellung von Schulärzten, herbei. Stadtv. Meyner erklärte, daß er ein großes Bedauern über die Wichtigkeit einer derartigen Neuerrichtung. Die Neuerrichtung habe die Entschädigung der Ärzte von 600 auf je 800 M. festgesetzt, da die Untersuchung und dauernde Ueberwachung der Schulkinder eine umfangreiche Thätigkeit erfordere. Stadtv. Prof. Meyner sieht der Vorlage sympathisch gegenüber, kann sich jedoch nicht einzelnen Positionen nicht beitreuen; seit Jahren mit der Schulkategorie beschäftigt, wisse er nur zu gut, daß sich in der Praxis manches andere ergebe, als hier festgelegt sei. So könne er z. B. der Einführung von sog. Gesundheitsbüchern seinen großen Wert beimeßen. Bürgermeister Dr. Gerhardt und Genosse Obst wenden sich gegen diese Ausführungen. Letzterer betont die Nothwendigkeit der sofortigen Einführung der Schulärzte, unbenutzt darum, ob Berlin schon ein derartiges Institut geschaffen habe. Bei dieser Gelegenheit brachte Obst eine ihm zugegangene Mitteilung zur Sprache, wonach in den Gemeindefakultäten die Kinder zum Zahnärztlichen besichtigt sind. Nachdem noch Stadtv. Meyner die Zahl der Zahnärzte bemängelt hatte, da nicht weniger als 161 Klassen zu untersuchen und überwachen seien, wurde die Spezialberatung zur nächsten Sitzung vertagt. — Nach einem mit dem Magistrat geschlossenen Vertrage ist die Berlinische Vorortbahn verpflichtet, die in der Dorfscheide liegenden Schienen zu beseitigen. Sie erhielt nun, gegen Zahlung von 8000 M. davon Abstand nehmen zu dürfen. Bei dieser Gelegenheit tadelt Stadtv. Freygebrodt die unvollständigen Zustände des Trottoirs in der Hauptstraße von der Kollnische Straße bis zu dem Hause Nr. 25, wo täglich Unfälle nicht seltenes seien. Er bittet um sofortige Herabnahme der Schienen und Voranschwellen und Regulierung des Straßenniveaus. Dementsprechend wird auch beschloffen.

Es folgt die Wahl eines Stadtverordneten in die von den drei Gemeinden Schöneberg, Wilmersdorf und Friedenau gewählte Kandidationskommission. Von allen Seiten wurde der Wunsch geäußert, der Magistrat möge bei der großen Wichtigkeit dieser Kommission seine Sorge tragen, daß der Stadtbauwerk-Vertrag in der Sache Nr. 25, wo täglich Unfälle nicht seltenes seien, Er bittet um sofortige Herabnahme der Schienen und Voranschwellen und Regulierung des Straßenniveaus. Dementsprechend wird auch beschloffen.

In einem Anfälle von Geistesföhrung hat in Schöneberg die Frau eines in der Bahnstraße wohnenden Restaurateurs ihren eigenen Sohn am Sonntagnachmittag durch drei Kammerflügel am Kopfe erheblich verletzt. Die Frau, welche schon seit längerer Zeit an einem offenen Verwundeten leidet, hat sich diese Krankheit so zu Herzen genommen, daß ihr Nervensystem stark zertrütert worden ist. Am Sonntag hatte die Frau den Verwundeten einen so hohen Grad erreicht, daß die Frau in einem Augenblick, als sie sich mit ihrem dreizehnjährigen Sohn allein in der Waschküche befand, einen Hammer ergriff und dem Anaben, an dem sie mit größter mütterlicher Pöchlichkeit hängt, dreimal auf den Kopf schlug. Der ziemlich kräftige Junge hielt seine Mutter fest und wehrte dadurch weitere Schläge von sich ab, während auf sein Geschrei Leute herbeieilten und Mutter und Sohn von einander trennten. Dieser hatte an der Kopfhaat drei heftig blutende Wunden erhalten, die von einem schlauig herbeigezogenen Arzt zugenäht werden mußten. Anschließend hat die Frau, die sich von ihrem Anfall noch und noch wieder erholte, wie aus einem bereit gelegten Strick hervorgeht, in ihrer nervösen Ueberreiztheit sich selbst entleiben und bei dem plötzlich eingetretenen Anfälle ihren Sohn mit sich nehmen wollen.

In die Affaire Gehlen, über welche die Voruntersuchungen noch lange nicht abgeschlossen sind, ist nunmehr, wie eine Korrespondenz wissen will, auch ein Rechtsanwalt H. aus Köln a. Rh. in recht unliebsamer Weise verwickelt worden. Gehlen erging sich im Sommer v. J. in aufsehenerregenden heftigen Ausfällen gegen die Leitung des Charlottenburger Creditvereins, weil dieser die Interessen der kleinen Sparer dadurch vernachlässigt haben sollte, daß das Bankinstitut mit einer auf das Grundkapital des Theaters des Westens an der Kantstraße (Gehr. Sehring) eingetragenen, zwar hypothekarisch gesicherten, sonst aber dubiosen Millionenforderung festgelegt wäre. Diese schweren Anschuldigungen hatten eine Massenflucht von Depositen bei dem Creditverein zur unmittelbaren Folge, und

es hätte wenig gefehlt, so hätte derselbe innerhalb 14 Tagen vor dem Zusammenbruch gestanden, wenn es der Zurückhaltung nicht noch gelungen wäre, ihre sämmtlichen Einlagen zurückfordernden Kunden zufrieden zu stellen und den Nachweis zu erbringen, daß Gehlen's dolosofen Angriffen jede Unterlage fehle. Wierzehen Tage lang hatten dieselben ganz Charlottenburg in atemlose Spannung gehalten. Nun war der gute Ruf der Bank wieder hergestellt und Gehlen sah sich genötigt, seine Vorwürfe zurückzunehmen. Jener Vorgang hatte aber eine Reihe von Civilprozessen zur Folge, in deren Verlauf es sich herausstellte, daß der spiritus rector der Angriffe ein Kölner Rechtsanwalt war, der an dem Streit und mehr noch an den erwarteten Wirkungen der Ausfälle als in hohem Grade interessiert erschien. Die Vermuthung, daß dieser Rechtsanwalt H. es war, welcher Gehlen das Angriffsmaterial gegen die Bank lieferte, wurde zur Gewißheit, als die bei Gehlen's Verhaftung vorgefundene Hausführung der Staatsanwaltschaft verschiedene Schriftstücke in die Hände spielte, welche jenen Anwalt zu kompromittieren geeignet sind. In einem seiner letzten Briefe äußert er Gehlen gegenüber seine höchste Unzufriedenheit darüber, daß er (Gehlen) ganz plötzlich seine Angriffe gegen den Creditverein eingestellt habe; der Rechtsanwalt spricht dann die bestimmte Erwartung aus, daß die Ausfälle aufs Neue beginnen würden. Als Dritter im Bunde erscheint hier ein in Charlottenburg viel genannter steinreicher Rentier. Ueber dessen und des Kölnischen Rechtsanwaltes Beziehungen zu Gehlen wird die Gerichtsverhandlung angeblich „hoch interessante Aufschlüsse“ geben.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Bernau erklärte sich mit dem Verkauf der 28 Hektar 28 Ar großen Viehdüsch-Parkgärten an die Stadt Berlin zu Dieselzwecken unter Festlegung eines Preises von 2120 M. pro Hektar einverstanden.

In der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik zu Marzinsfelde hat sich dieser Tage ein schwerer Unfall ereignet. Beim Abfädeln von Doppelhaken war auch der Hilfsarbeiter August Wolf beschädigt. Ein Teil des Keils, den der Haken zu halten hatte, zerbrach beim Herunterfallen des Dampfhammers und drang dem Arbeiter in den Leib. Entsetzlich verblüht wurde Wolf in ein Krankenhaus gebracht, wo er nach zwei Tagen gestorben ist. Er war der Ernährer seiner Eltern und als ordentlicher Arbeiter bekannt. Nunmehr, da bei dem Maschinenbetriebe ein Menschenleben zu Grunde gegangen ist, hat man an der gefährlichen Stelle ein Schutzdach angebracht.

Ein Auktionsbild. Das Begräbniß des Jägerhauptmanns Vursobidar, zur Petermannschen Wende gehörig, hat am Montagnachmittag unter ungeheurem Jubel von Neugierigen aus allen Gesellschaftsklassen in Neudorf bei Potsdam stattgefunden. Zu dem Zug, der nachmittags von Potsdam nach Neudorf geht, waren allein 1000 Fahrgäste verlastet worden; im ganzen schätzte man die Zahl derjenigen, die in der Großherzoglichen Auffstellung genommen hatten, auf mehrere tausend Personen. Im Garten des Kerkowischen Lokals war der 65 Jahre alt gewordene Jäger seit Freitag aufgebracht. Darin waren schon am Sonntagabend und Sonntag ungezählte Menschenmassen versammelt. Die Mitglieder der Jägerverbände mochten dabei ihr Gesicht, denn es wurde für den Zutritt zur Leiche 10 Pf. Eintrittsgeld erhoben; außerdem verdienten die Jägerweiber aber durch Wahrsagen viel Geld. Dem Verstorbenen hatte man Tinte, Feder und Papier mit in den Sarg gegeben, damit er, wenn er einmal Nachricht von sich geben wolle, alles Nöthige vorfände. Außerdem erhielt er ein Portemonnaie mit Geld, damit er nicht in Verlegenheit läme. Das Gesicht des Toten bedeckte ein gelber Schleier, seine Füße steckten in hohen gelben Stiefeln. Die Jäger hatten zum ehrenvollen Grableiten ihres Helden alles aufgebracht. Während sie selber in zerrissenen Kleidern dem Sarge folgten, wurde dieser auf einem Leichenwagen erster Klasse gefahren. Er wies keinen Kranzschmuck auf. Ein Musikkorps eröffnete den Leichenzug, dann folgten im vollstem Sinne der patriotische Pörrer Jende aus Potsdam und mit dem Anführer der Wehrer und die Chorabten. Hinter dem Leichenzug schritten heulend und schreiend die Jäger. Die Töchter des Verstorbenen hatten sich zum Zeichen ihres Leids die Gesichter blutig getraut. Auf dem Kirchhof, der durch Gendarmen abgeperrt war, hielt Pörrer Jende die Leichenrede. Die Jäger, die 2000 M. für Erhaltung des Grabes bei der Ortsbehörde hinterlegt haben sollen, mußten schon eine Stunde nach dem Begräbniß mit ihren Wagen den Ort verlassen.

Soziale Rechtspflege.

Ein Mafseierkret. Gegen eine Entschädigungsfrage des Mohrlagers R. machte der Insalatenur Peters vor dem Gewerbegericht geltend, daß R. hätte entlassen werden können, weil er am 1. Mai unbefugt von der Arbeit fortgeblieben sei. Der Kläger bestritt dies. Der Unternehmer habe ihm auf die Frage, ob am 1. Mai gearbeitet werde, geantwortet: „Allein können Sie doch nichts hier machen“. Peters habe es sogar für unnöthig erklärt, daß am kritischen Montage Kitt und dergleichen Material besorgt werde. Als er am Montag einen Lehnstuhl abgeben wollte, sei Kläger von der allein anwesenden Frau Peters entlassen worden. — Der Unternehmer führte dagegen aus, der Kläger hätte zu ihm nur gesagt, daß der ältere Geselle wohl am 1. Mai nicht arbeiten werde. Hierauf habe er erwidert: „Das geht mich nichts an, wer nicht will, der läßt es“. Als niemand zur Arbeit gekommen sei, habe er am Montagmorgen zu seiner Frau geäußert: „Kun können sie auch noch länger kummeln“. Seine Frau wolle mit Rücksicht auf diese Verheerung nachher zum Kläger gesagt haben: „Wer am 1. Mai feiert, kann auch bis zum 30. feiern“. — Die Kammer III unter dem Vorsitz des Gewerbepräsidenten Dr. Schallhorn verurteilte Peters, dem Arbeiter die Entschädigung zu zahlen. Der Vorsitzende führte begründend aus: Die Entlassung sei nicht berechtigt, denn einer der im § 123 der Gewerbe-Ordnung aufgeführten Gründe liege nicht vor. In Frage käme, ob in dem Verhalten des Klägers ein unbefugtes Verlassen der Arbeit oder eine Verweigerung seiner Pflichten zu finden wäre. Die entsprechende Bestimmung des § 123 müsse nun so ausgelegt werden, daß der Arbeiter bewußt böswillig oder wider besseres Wissen von der Arbeit wechleibe. Das sei hier nicht festzustellen gewesen. Eher sei das Gegenteil der Fall. Wenn auch vom Beklagten nichts weiter gesagt worden wäre, als: „Wer nicht will, der läßt es“, so hätte der Kläger sich das so auslegen können, daß es gestattet sei, fortzubleiben. In den Worten der Frau Peters, daß Kläger nun auch bis zum 30. Mai feiern könne, erblicke das Gericht eine Entlassung. Diese Auslegung sei übrigens noch günstiger für den Beklagten, denn er würde noch mehr zahlen müssen, wenn das Gericht angenommen hätte, daß Kläger bis zum 30. Mai aussetzen sollte. Der Beklagte hoffe für die Erklärung seiner Frau, welche diese als seine Vertreterin abgegeben habe.

Landwirtschaftlicher Betriebsunfall. Die ländliche Wirthin Frau Hoffmann hatte ihren 10jährigen Sohn bei einer Fahrt nach dem Walde begleitet, um Holz zum Kochen des Viehfutters zu holen. Auf dem Rückwege lief sie neben dem Wagen her. Unterwegs besuchte sie einen Pantoffelmacher und ließ sich von ihm ein Paar Holzpantoffeln geben. Als sie aus dem Hause heraustrat, war ihr Sohn mit dem Wagen schon ein Stück voraus gefahren. Frau Hoffmann beeilte sich, ihn einzuholen. Hierbei stolperte sie und verletzte sich derart, daß ihre Erwerbsfähigkeit darunter litt. Ihr Anspruch auf eine Unfallrente wurde von der positiven landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft als unbegründet zurückgewiesen. Das Schiedsgericht verurteilte dann jedoch die Berufsgenossenschaft zur Rentezahlung. Es führte aus, daß auch das Abholen der Holzpantoffeln dem landwirtschaftlichen Betriebe zuzurechnen sei, weil in bäuerlichen Kleinwirtschaften alle und jede Arbeit in Holzpantoffeln ausgeführt werde. Das Reichs-Versicherungsamt unter Vorsitz des Präsidenten Göbel, wies den hiergegen eingelegten Rekurs der Genossenschaft mit folgender Begründung zurück. Das Kollegium habe sich nicht ganz

der Erwägung des Schiedsgerichts anschließlichen Urtheil, daß der Verkauf von Pantoffeln oder das Abholen reparierter Pantoffeln eine landwirtschaftliche Betriebsbehandlung sei. Indessen sei nach Annahme des Senats in dem Begleiter des Wagens und in dem Nachfahren hinter dem Wagen, um die Begleitung wieder aufzunehmen, doch ein Akt des landwirtschaftlichen Betriebes zu sehen, da das gehobene Holz für landwirtschaftliche Zwecke (Viehfütterung) bestimmt gewesen sei. Auch habe Frau Hofmann wegen des jugendlichen Alters ihres Sohnes begründeten Anlaß gehabt, den Wagen zu begleiten.

Verfassungen.

Holzarbeiter-Verband. In der Brandenburger Versammlung der Stellmacher sprach am 15. Juni Dr. Wehl über den Tuberkulose-Kongress. Hieraus wurden noch einige Mißstände in der Werkstatt bei Martens, Adstr. 49, besprochen, wo der Meister sehr unregelmäßig die Arbeit ausbeutet, so daß oft lange darauf gewartet werden müsse. Von Fischer wurde noch zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgefordert.

Die Bezirksversammlung für Noabit tagte am 11. Juni Beuststr. 9. Dr. Bollheim hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Weltfortschritt und Weltschmerz. Nach dem erfolgten Wahlen; gewählt wurden als Vorsitzender: Hartner, als Schriftführer: Frede und als Beitrags-Sammler: Kahler und Preißel.

Die Lithographen (Abtheilung III) des Vereins der Lithographen, Steindruckern und Verlagsgehilfen hielten am 14. Juni ihre Monatsversammlung ab. Kollege Sillier referierte über den Frankfurter Gewerkschafts-Kongress. Mitgliederzahl der Filiale beträgt gegenwärtig 100. Mit Abtheilung I einigte man sich dahin, daß 1. die alten Mitglieder zum Uebertritt in Abtheilung III nicht gezwungen werden könnten, 2. Filiale I bezeichnet sich als die der Steindruckerei, 3. Filiale I darf keine Lithographen mehr aufnehmen. Erhöhung des Beitrags auf 45 Pf. und Beteiligung an der Organisation wurde für das erste Jahr abgelehnt, da wir in Berlin genügend zu agitieren hätten. Zur Erhaltung des Bureau wurden 10 Proz. von den für Lokalverwaltung bestimmten 30 Proz. bewilligt. Einstimmige Annahme fand der Antrag des Kollegen Dabert, eine Mustermappe anzulegen, in welcher Probeabdrücke mit Preisangaben gesammelt würden. Ein Mittel, um der Anarchie in den Preisen zu steuern. Kollege Pestner schildert die Lage der Metalllithographen als eine ziemlich traurige. Es wurde deshalb beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben und nächsten eine öffentliche Versammlung für Metalllithographen einzuberufen. Am 25. Juni findet ein Ausflug statt, bei dem nachmittags die Frauen nachkommen können. Zur Verteilung der Kosten für das internationale Sekretariat werden pro Mitglied und Vierteljahr 10 Pfennig-Marken herausgegeben. Kollegen, die ins Ausland reisen, erhalten dadurch Unterstützung in den betreffenden Ländern.

In einer öffentlichen Versammlung der Kürschner am Montag, referierte Herr Faber über das Koalitionsrecht und die Jagdhandvorteile. Eine Besprechung über den mit Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Witting besprach hierauf die Ursachen der Aussperrungen in Dänemark sowie den Zustand der Steinzeiger in Berlin. Redner beantragte am Schluß seiner Ausführungen, je 25 M. für die Aussperrten in Dänemark und für die ausständigen Steinzeiger in Berlin zu bewilligen, was von der Versammlung sofort einstimmig angenommen wurde. Ferner wurde darauf hingewiesen, mehr als es leider bisher geschehen, Sammelbros für den Streikfonds zu entnehmen, was insbesondere den Arbeitern und Vertrauensleuten der größeren Werkstätten nahe gelegt und zur Pflicht gemacht wurde. Zum Schluß wurde noch aufmerksam gemacht auf die am 16. Juli stattfindende Landpartie nach Jessenwinkel, wozu Karten in den bekannten Stellen zu entnehmen sind.

Lebendarbeiter. Am 13. Juni tagte eine Versammlung der Lebendarbeiter (Portefeuerer) mit folgender Tagesordnung: Die Notwendigkeit der Versicherungspflicht gegen Krankheit und Invalidität unserer Kollegen in der Hausindustrie. Der Referent Dr. Kärner führte aus, daß es eine dringende Notwendigkeit sei, die Versicherungspflicht gegen Krankheit und Invalidität auch auf die Hausindustrie auszuweiten, und die Unternehmer, welche nun Arbeitdräume zu sparen, die Zahl der Heimarbeiter beständig vermehren, zu der Anmeldepflicht und Beitragsleistung heranzuziehen. Nur so sei es möglich, die wenigen sozialen Wohlthaten auch denjenigen zugänglich zu machen, die durch überlange Arbeitszeit und schlechte Wohnungsverhältnisse nur allzu bald der Arbeiterkrankheit verfallen. Gerade der vor einiger Zeit tagende Tuberkulose-Kongress habe es ausgesprochen, daß die Hauptursache der Augenkrankheiten in unzureichenden Wohnungsverhältnissen und langer Arbeitszeit zu suchen sei.

Ein Bild auf die Jahresberichte der Orts-Krankenkasse für unser Gewerbe zeigt folgendes erschreckende Bild: 1894: 56 Todesfälle, davon 35 an Tuberkulose; 1895: 44 Todesfälle, davon 26 an Tuberkulose; 1896: 48 Todesfälle, davon 29 an Tuberkulose; 1897: 57 Todesfälle, davon 35 an Tuberkulose; 1898: 50 Todesfälle, davon 26 an Tuberkulose. Pflicht der Organisation müsse es sein, durch Sammlung von Material die Gewerbe-Deputation dahin zu bringen, ein Krisenstatut auszuarbeiten, nach welchem die Hausarbeiter mit den Werkstättenarbeitern in sozialer Hinsicht gleichgestellt werden. Nachdem noch Kollege Weinschild auf die überaus elenden Löhne hingewiesen, und daß es demzufolge nicht möglich wäre, von diesem Arbeitsverdienst die ganzen Beiträge für Krankenkasse und Invalidenversicherung zu zahlen, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 13. Juni bei Grammann, Raumstr. 27, tagende öffentliche Versammlung der Lebendarbeiter (Portefeuerer) spricht, falls eine diesbezügliche Zeitungsnote der Wahrheit entspricht, ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Erlaß eines Krisenstatuts für die Stadt Berlin, Versicherungspflicht der Heimarbeiter, Hausindustriellen betreffend, wiederum auf lange Zeit in Frage gestellt ist.“

Die Versammlung bedauert des ferneren, daß es einer kleinen Anzahl Großunternehmer gelungen ist, ihren Einfluß geltend zu machen, um sich der den Arbeitnehmern, welche Betriebsverhältnisse unterhalten, obliegenden Pflicht, die bei ihnen Arbeitenden bei der Masse anzumelden und ihren Teil dazu beizutragen, zu entziehen.“

Eine Kommission, bestehend aus Heintze, Peter, Wünsche, Bödenner, wird sich mit Sammlung von Material in dieser Sache beschäftigen. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Geben wir Forderungen zu erheben? wird einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung überwiesen.

Charlottenburg. Eine Versammlung sämtlicher Gewerkschaften, die am 14. d. M. in Lokal „Wilmersdorferhöhe“ stattfand, beschäftigte sich mit dem kommunalen Arbeitsnachweis. Der Referent Menge meint nachweisen zu können, daß die Unternehmer-Nachweise mehr Vermittlungen zu verzeichnen hätten, als die der Arbeiter. So sehen sich auch die Arbeitsnachweise derselben nicht in der Weise ausbauen, um die der Unternehmer zu überholen. Und weit nun die letzteren ihre Nachweise als Kampfmittel dem Arbeiter gegenüber in der verwerflichsten Weise gebrauchten, so empfiehlt Referent zur Vermittlung derselben die kommunalen Arbeitsnachweise, nämlich nur mit gleichmäßiger Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Fleming kritisiert den Anschluß eines Besondere entgegen. Er meint, daß die große Zahl der Arbeitsvermittlungen durch die Unternehmer-Nachweise daher komme, daß dieselben jede Arbeit für jeden Lohn vermitteln, und deshalb die Zahl für uns garnicht maßgebend ist. Redner empfiehlt die Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises sämtlicher Gewerkschaften Charlottenburgs, da die Mitgliederzahl derselben im letzten Jahre erheblich gestiegen wäre. Im übrigen handle es sich ja darum, ob der hiesige kommunale Arbeitsnachweis auch auf gelehrte Arbeiter ausgedehnt werden soll, was Redner nicht für gut hält. Hirsch meint, man soll den Versuch machen, mit dem kommunalen Arbeitsnachweis und zwar auf Grund der Res-

olution, welche auf dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. angenommen wurde, Gehe der Magistrat auf die Bedingungen nicht ein, so hätten wir doch zum mindesten wieder ein gutes Agitationsmittel mehr für uns. Auf eine Anfrage Silliers, ob es wahr sei, daß die Landwirtschaftskammer von Brandenburg wegen Vermittlung von Arbeitskräften mit dem hiesigen Magistrat in Verbindung getreten sei, antwortet Menge, daß seiner Zeit im „Vorwärts“ falsch berichtet sei; und zwar sei nicht die Landwirtschaftskammer an den Magistrat herantreten, sondern umgekehrt, der Magistrat habe es der ersteren angeboten mit Zustimmung des Kuratoriums. Diese Erklärung giebt Sigerist Veranlassung, das Verhalten des Magistrats sowie des Kuratoriums aufs schärfste zu verurteilen. Denn das Hinüberleiten der hiesigen Arbeiter nach Ostpreußen bedeutet für uns gewissermaßen eine Degeneration der Arbeiterschaft. Wozu das Kuratorium wenigstens seine Zustimmung hätte verweigern müssen. Nachdem der Stadtverordnete Genosse Meyer für den kommunalen Arbeitsnachweis eingetreten ist und das Verhalten des Magistrats betreffs der Wahl eines impartialen Vorsitzenden in den Nachweis kritisiert hat, wurde ein Antrag auf Vertagung der Diskussion sowie der übrigen Tagesordnung bis zu einer nächsten Versammlung angenommen.

Theater- und Vergnügungs-Verein „Helgoland“. Heute abend 9 Uhr Adstr. 144: Sitzung. Gabe willkommen.

Lehr- und Tischlerclub. Mittwoch, „Gleichheit“, abends 8 1/2 Uhr, Stramm, Hinterstr. 123. — „Heine“, Kirdorf, abends 8 1/2 Uhr, Prinz Handlerystr. 60. — „Gleichheit“, abends 8 1/2 Uhr, Zeig, Trichstr. 1. — „Kongress“, abends 8 1/2 Uhr, Diefel, Vordringstr. 67. — „Socialdemokr. Agitationsklub“, abends 8 1/2 Uhr, Neuer, Friedrichstr. 52. — „Freiheit“, Kirona, abends 8 1/2 Uhr, Belcher, Antonplatz 3. — „Friedrich Engels Norden“, 9 Uhr abends, Reichen, Holzstr. 34.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung. Vorsitzender Adolf Reumann, Brennstr. 150. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Vaußgasse 33. **Mittwoch.** Uebungslunde abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — „Vredesfest“, Reichen, Vaußgasse 108. — „Norddeutsche Schiffe“, Vaußgasse 15. — „Trevi I“ (Gemischter Chor), Schiller, Rosenkalerstr. 67. — „Vorbereitung“, Späth, Weinstr. 28. — „Ueberblick I (1896)“, Wolf, Adalbertstr. 21. — „Spandau“, in Spandau, Kaditz, Reumersdammstr. 5. — „Deutsche Gasse I“, Zimmermann, Gruner Weg 29. — „Allegro“, Engelke, Wilmersstr. 64. — „Friedr. Wagner Nord-Bez.“, Naundorf, Stephanstr. 31. — „Auferschläger“, Reichen, Weinstr. 11. — „Gleichheit“, Oswald, Vaußgasse 95. — „Sängerklub“, Kirdorf, Kdpt. Hermann u. Sandgartenstr. 62. — „Foschung I“, Brandenburg a. S., Waidmann, Weidmannstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner Weg 110. — „Vereinsklub“, Höttinger, Weidmannstr. 22. — „Oh u. Weipreusen“, Zimmermann, Alexanderstr. 30. — „Keramik“, Charlottenburg, Vaußgasse, Ebnadstr. 1. — „Jaget nicht“, Steglich, Koberstr. 17. — „Arbeiter-Gesangverein „Wry“ in Belg., Torn, Sägerstr. 4. — „Kriegsruhm“, Charlottenburg, Barisch, Sauerbrunnstr. 11. — „Heimatklänge“, Spenski, Meyer, Wilmersstr. 101. — „Wieder auf“, Dandeb, Fongierstr. 71. — „Sonnenschein“, Kauen, Gehulß, Weinstr. 16. — „Treu und Fest“, Grunow, Gruner

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 21. Juni!
Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Bergheimnacht. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Hamlet. Anfang 7 1/2 Uhr.
Messens. Der Schlafwagen. Controleur. Vorher: Zum Unsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Wahrsagerin. Vorher: Pietro Garuso. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welles. Die Hunderstöcke. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Waldmeister. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Ueberdräume. Ein Schäferstündchen. Die schnelle Verlobung. In Civil. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Durchläuchting. Hieraus: Jochen Pöfel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Der Nachtombud. Controleur. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Rana. Anfang 8 Uhr.
Cineb. Die rote Mähne. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntelephon.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Liebesträume. Komödie in 1 Akt von Max Dreyer. Ein Schäferstündchen. Spiel in 1 Akt von Georg Engel. Die schnelle Verlobung. Lustspiel in 1 Akt von Paul Ernst. In Civil. Schwanz in 1 Akt von Gustav Radelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Liebesträume.
Ein Schäferstündchen.
Die schnelle Verlobung.
In Civil.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Frau vom Meere.

Offend-Carl Weij-Theater.
Gr. Frankfurterstrasse 132.
Cyklus volkstümlicher Vorstellungen.
Kleine Preise! 1. Parterre 1,10 M.
Nur 3 Aufführungen.
Die rote Mühle.
Ausstattungsstück in 8 Bildern von G. Oskanowski u. E. Sanbermann.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Sonnabend, zum erstenmale:
Liane, die zweite Frau.
Im Garten:
1. großes Kinder-Freudenfest.
Hensel und Gretel. Märchenoper.
Kasperle-Theater. - Bonbon-Regen und Kinderiana. Specialitäten und Theater-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.
Jedes Kind erhält ein Geschenk.
- Saisonkarten haben Gültigkeit.
- Sonnabend: Extra-Vorstellung zum Behen der Krankenkasse der Tapezierer und verwandter Berufsangehörigen:
Sommerachtsfest.

Apollo-Theater.
!! Stürmischer Erfolg !!
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem Luftballett
Grigolalis.
Ferner: 12 Specialitäten.
Anfang d. Garten-Konzerts 7 Uhr.
der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unterd. Linden 69.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.
Passage-Panoptikum
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Von 6 1/2 Uhr ab: Specialitäten.
Um 8 Uhr: : Sensationell! Die Athleten im Caféhaus.
Die Kunstschützen Valmor.

CASTANS PANOPTICUM
Die sensationellen lebenden Photographien!
mit Figuren in Lebensgröße.
Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowsischen Kostümen.
„Dreifuss“ mit 3 Beinen gebor. lob. Kosakentpferd.

Metropol-Theater
Jeden Abend sensationeller Erfolg!
Berlin lacht!

Berlin lacht!
Berliner Revue in drei Abteilungen.
Hierzu:
Das Press-Ballett
und das phänomenale Specialitäten-Programm.
Miss Dejo, die 6 Bonhairs, Frid-Frid, Paul Jülich.
Reizender Sommergarten.
Naschen in allen Nummern gestattet.
Wochentags Anfang 8 Uhr, Sonn- und Feiertags 1/2 8 Uhr.

Reichshallen.
Im herrlichen Konzert-Garten resp. im großen Theater-Saal täglich:
Stettiner Sänger
(Miesel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Kirschmayer, Schneider und Schrader).
Zum Schluss:
Cavalleria schufficiana.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.

R. Ballschmieders
„Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Pradtstraße
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntags: Großer Ball im neuerbauten Saal.
Empfehle meine Sätze zu allen Festlichkeiten.
R. Ballschmieder.

Central-Theater
Direktion: Josef Perenzy.
Nur noch 8 Vorstellungen.
Schönes Werk von Johann Strauß.
Waldmeister.
Operette in drei Akten von G. Dabiz.
Musik von Johann Strauß.
Morgen und folgende Tage:
Waldmeister.

Pohlmanns Vaudeville-Theater
Inhaber F. Lehmann,
Eckh. Allee 148, Hahnen-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Riederdorfer Straße 71, am Rühriner Platz.
Täglich: **Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrtag Nachzahl. 20 Pf.
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrtag Nachzahl. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

Sommer-Theater „Alter Dessauer“
Artilleriekr. 32.
Inhaber: A. Ladewig.
Schattiger Garten Berlin.
Täglich: Theater und Specialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater,
Frummerstraße 16.
Täglich: **Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.**
Neu! Die Regimentnummer.
Pöffe mit Gesang in einem Akt von W. Reichardt.
Kostüm! Kostüm!
Der treueste Mann.
Operette in 1 Akt von Carlos Duxow.
Musik von G. Bendix.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Sommertheater Marienbad
Badstraße 35/36.
Regie: Willy Rausche, Direktion: Max Meckelburg.
Heute sowie täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Berlin wie's näht und treant.
Pöffe mit Gesang und Tanz in 2 Akten von L. Glu.
Nach der Vorstellung: **Ball.**
In Vorbereitung:
Köfen aus dem Süden.

Victoria-Brauerei
Lützowstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Führmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntag präc. 7, wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverl. 40 Pf. Familienbillets 3 = 1 M.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Prater-Theater
Kastanienallee 7/9.
Täglich: **Dorus Rest.** Volksstück mit Gesang u. Tanz von Hugo Schulz, Musik von A. Kerken. Kostüm-soubrette Hel. Vierrath. Gebr. Milano, Graf. Duert. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Aboue u. Campton, Red-turmer. Br. Picardy, Hand- und Kopf-Contreleur. Ballettgesellschaft Döring. Mr. Bartling, lebende Photographien.
Konzert und Ball.
Eintritt wochentags und Sonntags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Moabiters Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 50-51.
Täglich:
KONZERT
und
Specialitäten-Vorstellung.
Kaffeeclube geöffnet.
Entree: Sonntags 20 Pf., wochent. frei.
Die Direktion.

Schweizer-Garten
Am Königsdörf (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Volksbelustigungen aller Art. **Ball.**
Freier Damentanz und
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben.
Schnegelsbergs Festsäle
Hasenheide No. 21 - Jahnstrasse No. 8.
Inh.: Max Schindler. Telefon: Amt IV 1132.
Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. meine Säle, 300 u. 1200 Personen fassend (mit Bühne), zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. **Sonnabend, 30. September, noch frei.**
Mittwoch und Sonntag: **Grosser Ball.** 20848*
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenhalde 14-15. Kritische Leitung: Paul Wildig.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Anstreuen des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Ederländer), Karl Gursch (Tanz-Parodist), Kati Stöger (Kostüm-Soubrette), Quita Blanchetty (Parforce-Quillbrist), Pilsch Larolla Troupe (Circusartisten) usw.
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
In den Festzeiten: **Großer Ball.**
Die Kaffeeclube ist geöffnet. **Max Killem.**

Action-Brauerei Friedrichshain
früher Hippd. Am Königsdörf.
Größter Konzertgarten und größter Konzertsaal Berlin.
Heute (u. nur noch auf kurze Zeit)
Konzert
von **Eduard Strauss**
2083L*
kaiserl. und königl. österr. Hofball-Musikdirektor mit seiner geliebten Kapelle aus Wien.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. reiner Platz 1 M.
Bei unangenehmem Wetter im großen Konzertsaal.

Gesellschaftshaus
Zwinemünderstr. 42.
Täglich im Garten:
Theater-Vorstellung.
Saal für 600 Personen auch
Sonntag frei. 1827*

Rehlitz' Garten u. Saal
300-600 Personen fassend, f. Sommer-nachts-Bälle, Invalidenstr. 84. 4745
Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Specialarzt f. Haut- u. Hautleiden.
10-2, 3-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Schlackwurst u. Salami
a Pfund M. 1.10;
bei 5 Pfund a Pfund M. 1.00.
Speck, fetter, a Pf. 55 Pf.
mager, a Pf. 65 Pf.
bei 5 Pf. a Pf. 5 Pf. billiger.
Schinken, preuß. a Pf. 85 Pf.
E. Klähn, Lützenstr. 10, nahe der Markthalle. 1950*

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifkleider etc. werden unter Garantie des guten Stoffs zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Kr. Wairant u. f. Bowlenweine M. 50 Pf.
Port., Madeira, Sherryweine 2083J M. von M. 1.25 an.
Rotwein, solid. schöne Tischweine M. von 90 Pf. an.
Apfelwein 30, 35, 40 Pf. v. M.
Weinhandlung W. Bensch, Bärgwaldbühne 49. Hofparterre, auch Gräfstraße 6, im Laden.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herrngarderobe u. Maß, Tomporowski, Schneiderstr., Alexanderstr. 16, II, an der Kinnelstr. (Auch baar Gasse billigste Preise). *

Verlangen Sie gratis!
Ihnen werden gratis Katalog über **HAMMONIA-FAHRRÄDER** und Zubehör-Theile verschickt, wenn Sie den allerbilligsten Preis verlangen.
Kammonia Fahrradfabrik
A-H-UELZEN, HAMBURG

Fahrräder-Teilzahlung
direkt aus der Fabrik
wichtige Anzahlung, restl. Teilzahlung 1 Jahr schriftl. Garantie.
33. Crantenstr. 33. 1909*

Rechtsanwaltsbureau Anfer
führt alles durch. Invalidenstr. 126. 11.
Hans Kayser
Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

Dr. med. Schaper homöop. Arzt, Specialarzt für **Haut- u. Harnleiden**
Frauen-Krankheiten.
Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstraße 114, L.

Fahrräder
verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert Carl Karras, Bungestr. 17, part., kein Laden. Eigene Reparatur-Teilzahl. - Samtl. Zubehör.

Am 19. d. M. entließ nach langen schweren Leiden unser innigstgeliebter Sohn, der Eisenbahner **Max Reintal** im Alter von 24 Jahren.
Dies zeigen allen Freunden und Bekannten die schwergeprüften Eltern hiermit an.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. um 3 Uhr, vom Paul Gerhardtstr. 11, nach dem Friedhof, Röhren- und Seestraßen-Gasse, und statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Montag früh verstarb an der Schwindsucht unser Mitglied, der Schraubenmacher **Paul Scharlach** im Alter von 61 Jahren.
Seine Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. um 3 Uhr, vom Paul Gerhardtstr. 11, nach dem Friedhof, Röhren- und Seestraßen-Gasse, und statt.

Die Ortsverwaltung.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 19. Juni, starb unser Kollege und Mitglied, der Former **Franz Zaerin** an der Prostataerkrankheit.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Moabiters Krankenhauses auf dem Johannis-Friedhof in Pöhlchen statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung
des Central-Vereins der Former und Berufsgenossen.
(Schöneberg Berlin.) 61/13

Verband der Banarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin V. Gruppe
Rabitspinner und Träger.
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 23. Juni, abends 8 Uhr, bei Jabel, Lindenstr. 109.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. 7256
Erfcheinung dringend nötig.
J. K.: Der Vorstand.

Fertige Kleider
zu sehr billigen Preisen.
Waschkleider
in Blau, Weiß, Organdy
8 M. 50, 10 M.
Weisse **Jackenkleider**, bester Reutheit in engl. Stoff 15 M.
Selben-Blusen 15 M.
Jackenkleid in Boden und Cheviot 12 M. 2089*

Jackenkleid in Cheviot und Covertcoat 25 M.
Figarokleid (Mod. mit kurzen Ärmeln) 10 M.
Englische Kleider tabelloser Stg. 30 M., 36 M.
Englische Kleider tabelloser Stg., mit Handverschmürung und glatt, wasserfest belagert, in Covertcoat, Cheviot und Tuch, 35 M.
Einzeln Röcke in den neuesten Façons, schwarz und farbig, auf Futter 6 M., 7 M., 10 M., 12 M.
Alpaca-Röcke 8 M., 10 M., 12 M.
Staubmäntel 5 M., 6 M., 8 M., 9 M., 12 M. (Thyroler Boden), 12 M. (Gebirgstouren), 12 M.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Prima Schnitzel
a Pfund 1 M. 615b*
Liesan a Pfund 45 Pf.
C. Schubert, Prinzengr. 25.

Die Einzige Tuchfabrik
Lehmann & Assmy, Tuchfabrik, Spremberg, Lausitz.
Deutschlands, die ihre Fabrikate an jeden Privatmann versendet, empfiehlt hiermit ihre hocheleganten Fabrikate in **Anzug- und Paletot-Stoffen** und werden auf Wunsch Muster sofort an jedermann franco versandt.
Nur beim Bezug aus unserer Fabrik kaufen Sie direkt und entgehen dadurch dem Zwischenhandel.
Preise konkurrenzlos billig.
Auf Wunsch weisen an jedem größeren Platze Schneidermeister nach, welche auch, ohne dass der Stoff von denselben entnommen wird, elegante Anzüge zu soliden Preisen anfertigen.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 22. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, im „Alten
Schützenhause“, Linienstr. 5:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. [245/7*]
Gäste sehr erwünscht. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
in Cohns Festhale, Benth-Strasse Nr. 20/21, 1 Treppe:
Versammlung
der Vertrauensmänner sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtigen Streiks in unserem Beruf, die Aussperrungen der
dänischen Arbeiter und der Berliner Maurer. [106/16]
2. Beschäftigungs- und Differenzfragen, Befreiung der Streikverträge.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Musikinstrumenten-Arbeiter!
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentl. Versammlung
im Lokale des Herrn Rautenberg, Oranienstrasse 180.

Tages-Ordnung:
1. Der Streik der Steinseher, die Aussperrung in Dänemark und die
Aussperrung der Maurer in Berlin.
2. Die können wir dieselben am nachhaltigsten unterstützen.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen erwarten wir von allen Kollegen
pünktliches Erscheinen. [142/3]
Der Vertrauensmann: J. Arendt.

Wasser!

Die Wahl des Weibchen-Auskaufes von 4 Mitgliedern und 4 Erfah-
rungen zur Berliner Wasserleitung findet laut § 35 des Statuts am
Freitag, den 23. Juni 1899, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-
hallen“, Kommandantenstr. 20, pünktlich statt. Alles Nähere siehe Säulen-
aufschlag am Donnerstag, den 22. Juni 1899. [721/8]
Der Vorstand.

Achtung! Töpfer! Achtung!
Am Donnerstag, den 22. Juni 1899, abends 6 Uhr, in den
„Brunnenhale“, Brunnenstrasse 15:
Oeffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umg.

Tages-Ordnung:
Was haben wir zu thun, um geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse
einzuführen? [195/10]
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist Pflicht.
Der Vertrauensmann: H. David.

Große öffentliche Versammlung
sämtlicher in der Gold- u. Silberwarenbranche
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
am Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Dresdenerstr. 45.
Tages-Ordnung:
1. Die Mahregelung in der Silberwarenfabrik von G. Meyer-
heim & Sohn. 2. Bericht des Kassierers. [71/2]
Herr Meyerheim sowie der Werkmeister der Fabrik sind eingeladen.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Agitations-Kommission.

Konsum-Verein Berlin-Nikdorf.
Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im kleinen Saale des Apollo-Theaters, Hermannstr. 48-50.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Kassierers. 3. Eventuelle Beschluß-
fassung über die Eröffnung der 2. Verkaufsstelle in Berlin SO. 4. Anträge.
[267/15] Der Vorstand.

Für die Reize und Ferien:
Kinder-Kleidchen, Knaben-Waschanzüge,
Strümpfe, Hüte, Handschuhe.
Damen-Blusen, Gürtel und Schleifen.
Steppdecken, Schlafdecken.
Sommer-Knaben- u. Herren-Jackets in Zwirn- und
Lederlascchen, Picknick-Dosen, Touristentaschen.
Größte Auswahl zu billigsten Preisen. [200/20*]
F. Nahrstedt Wrangelstrasse 40/41.



Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt
ist Dr. Thompson's Seifenpulver
Achtung! Neu! Neu! Achtung!
Allen meinen Freunden und Bekannten zur gefälligen Kenntnisnahme,
daß ich jetzt
Weißbier vom Faß per Apparat
ausführe. Um freundlichen Besuch bitte!
[200/20*]
Oskar Schultze, Große Frankfurter Straße 5.

Montag, den 26. Juni, früh 8 1/2 Uhr,
Abfahrt: Stralauerbrücke 5:
Dampfer-Partie mit Musik
nach Neuer Arng-Neu-Nahnsdorf.
Preis für Hin- u. Rückfahrt (inkl. See-Rundfahrt) 1 Mark.
Schulpflichtige Kinder 50 Pf.
Der sich ergebende Ueberdruck ist zum Besten des Baufonds
der Freiwilligen Gemeinde bestimmt.
Billette sind nur noch in beschränkter Anzahl, d. h. so weit Platz,
bei den Unterzeichneten zu haben.
Schnellige Bestellung erbeten.
A. Hoffmann, Blumenstr. 14, L. W. Mohs, Bolnismärkerstr. 64, IV.
H. Pooge, Rüdigerdorferstr. 48, Quergeb. II.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, Extra-Vorstellung im
Schiller-Theater:

Biel Särm um nichts!
- Lustspiel in 5 Akten von William Shakespeare -
Karten a 75 Pf. inkl. Garderobe sind in den bekannten Zahlstellen
sowie beim Unterzeichneten bis Sonnabendabend - auch für Nichtmit-
glieder - zu haben. [150/10]
J. K.: Ad. Lühr, Kollmer, Kollmerstr. 38, II.

Hoffmanns Volksgarten
Westend, Spandauer Berg, Ecke der Kastanien-Allee
5 Minuten vom Bahnhof Westend.
Sonntag, den 25. Juni 1899:

Grosses Sommerfest
veranstaltet vom
Medizinal-Verein für Berlin und Umgegend
unter gütiger Mitwirkung der
Liedertafel des Tischler-Vereins.
In beiden Sälen: **TANZ.** Die Kaffeetische sind von 2 Uhr an zur
Verfügung. - Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags.
Programme a 20 Pf. sind bei allen Vertrauensleuten zu haben.
[724/6] Das Komitee.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich neben meiner
Restauration einen **Bierverlag**
eröffnet habe und empfehle wie folgt:
35 Fl. Schultze's Bier . . . 3,-
36 Fl. Schultze's Märzen . . . 3,-
36 Fl. Habel's Bierbier, bunt, 3,-
36 Fl. Habel's Lagerbier (hell,
nach Pilsener Art) . . . 3,-
[701/5*] Sämtliche andere Sorten Biere werden auf Bestellung geliefert.
Fernsprecher Amt IVa 6300. **Ernst Lier, Alte Jakobstraße 119.**

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Fahrräder, Teilzahlung, mäßige Anzahlung, einjährige schriftliche Garantie. Verkauf an Private direkt ab Fabrik. Dieselbachstraße 33. Imperial-Fahrradwerke. Sonntags geöffnet. [550/6*]
Möbel und Postwaren, auch ganze Einrichtungen empfiehlt Franz Tugauer, Brunnenstrasse 152. [167/90*]
Steppdecken kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Stromand, Berlin, Wallstraße 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. [193/2*]
Salontapeppide, wirklich ganz große Prachtstücke, jetzt schon 23,00. Hässliche Speisezimmer, Sammettappeppide enorm billig. Wunderschöne Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Möbel, prachtvoller Trümeau, Divandebau, große Partie Tüllgardinen, Uhren, Spachtelwerk, alles neu, nur beste Waren aus ersten Fabriken. Verkauf jetzt jedes Stück einzeln zu ganz spottbilligem Preis nur nachmittags bis 8 Uhr. Rößlerstraße 137 (Kuhballe Bahnhofs). Ubfese, Kalkulator und Warenhändler. [193/2*]
Taschenuhren billigst Goldn.-str. 32a parterre. [9*]
Nähmaschinen aus ohne Anzahlung. Reparaturen Poststr. 10. Lindner, Bernauerstraße 75. [89/4*]
Wolle und Baumwoll-Kleider jeder Art kauft Broderick, Appelerstr. 16, parterre. [147/9*]
Kinderwagen, modern, billig, verkauft Gahn, Georgenkirchstraße 10, vorn I. [717*]
Fahnenhändler, -Ausstatter ist wegen Umzug nach außerhalb billig zu verkaufen. Witwe Busse, Chausseestrasse 84.
Mahagoni - Muschel - Bettstellen, Spiegel, sehr billig, Sofa, Auswühl, Tische, Stühle, Küchensmöbel, Marxburgerstraße 8. [731/8*]
Kolonialwarengeschäft in Speise- wirtsch. sofort billig zu verkaufen. Hng. Vogel, Oberdönhofsstr. 12, wo auch die elektrischen Werken. [732/2*]
Halbrenner zu verkaufen. Kaufher- strasse 22a, Milchladen. [719/6*]
Straßenrenner, tabellos, zu ver- kaufen. Jahnstraße 8 IV. links. Abends 7-9. [723/6*]
Hörnerverkauf spottbillig, Efa- llyerstraße 126 parterre. [12*]
Trauringe nach Maß sofort Goldn.-str. 32a parterre.
Cigarren-Fabrik H. Tieg, Char- lottenburg: Kaiser Friedrichstraße 37b, Berlin: Invalidenstr. 124. Be- rühmte Nummern 21. 5 Pfenniger, 27-28. 6 Pfenniger, 22. 7 Pfenniger. [1*]
Fahrräder wegen Aufgabe des Fabrikgeschäftes außerst billig zu ver- kaufen. Händler verbeten. Möbeler, Kaufherstraße 9. [694/8*]

Berliner Elektrotechnikum, Elektra-
eröffnet Mittwoch, 21. Juni, 8 Uhr, einen neuen Abendkursus zur Aus- bildung von Elektromonteuern, In- stallateuren, Maschinisten etc. keine Vor- kenntnisse nötig. Eigene demontierbare Lehrmethode, für jeden verständlich. Honorar monatlich 6 Mark. Extra- tarife zur praktischen Ausbildung. Eigenes Laboratorium mit Kraft- anlage. Schlussprüfung. Zeugnis- stellungsanweisung. Prospekt und Lehrplan gratis. Anmeldungen per- sönlich, auch Sonntags bis Mittag. Prinzenstraße 55. Telefon IVa 6006.
Elektrotechnik. Abendkursus. Be- ginn 28. Juni. Anmeldungen um- gehend, keine Vorkenntnisse. Schul- prüfung, Abgangszugnis. Stellen- nachweis. Paradies, Alte Jakobstraße 24.
Unfallkassen, Klagen, Eingaben. Bagger, Reglerstraße 65.
Kabfahnen. Verkehrslin. 7,50, 12,00 Quadratmeter Kabfahnen. War- schauerstraße 33. [560/6*]
Leinwand-Parten und Rauschul- Stempel liefert seit 20 Jahren für tauende Rollen und Brette Jean Holz, Hamburg, Große Drehbahn 45. Illustrierte Preislisten gratis. [134/1*]
Fahrrad-Händler kaufen sämtliche Zubehör- und Mobilität, sowie Gestelle, gepannte Räder sehr vorteilhaft. Oranienstraße 47, Fahrradartikel an- gros. [89/18*]
In Sommerfesten und Bällen mein Lokal noch einige Sonnabende im August frei. Festhale und Garten. Bernau, Schwedterstraße 23. [735*]
Vereinszimmer. 30 bis 40 Mann, zu vergeben. Wälderstraße 42, Altmann.
Vereinszimmer. 20 Personen, zu vergeben. Kottbuserdamm 18/19. [6*]
Vereinszimmer. 20 und 40 Per- sonen. Ernst Pier, Alte Jakob- strasse 119. [1964/2*]
Vereinszimmer. 40 Personen fassend, frei. Gustav Bodewig, Kom- mandantenstraße 65, nahe Alte Jakob- strasse. [1962/2*]
Wahrschneiderei für Herren- und Damen in guten englischen und deutschen Stoffen. A. Lötterow, Annenstraße 26, parterre, gegenüber Thalia-Theater.
Meyer, Brehm, Brodhaus und alle anderen Bücher bezieht und kauft Antiquariat Kochstraße 58, hint IV 895.
Vermietungen.
Wohnungen.
Freundlicher Wohnen mit anschließender Wohnung, Keller, jede Branche, sofort oder später, Oranienstr. 25.
Suche zum 1. 7. bis 1. 10. kleine Wohnung. Offerten mit Preisangabe an Schulz, Viebigstraße 10, Quer- gebäude. [729*]

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Geprüfter Rohrleitungsführer, der auch mit elektrischem Licht Bescheid weiß, sucht sofort Stellung. Vamprecht, Stallweidenstraße 21. [622/6*]
Genossen! Buchführung, schrift- liche Arbeiten billig. Offerten: Kauf- mann, Postamt 28. [737/6*]
Stellungsangebote.
Feuerversicherungs-Acquisiteure, Herren und Damen, für erstklassige liberale Gesellschaft gesucht; zahle für jeden perfekt gewordenen Antrag 3,50 Mark. Sprechzeit vormittags 8 bis 10 Uhr. C. Rebs, Plantagen- strasse 40, vorn links. [122/8*]
Granit-Schreihauer verlangt Mal- witz, Nikdorf, Hermannstraße 205.
Bandagisten-Gehilfen sucht sofort H. Reiche, Bandagengeschäft, Berlin, C. Seydelstraße 15. [722/6*]
Klempnerlehrling verl. Stange, Oppelnerstraße 48. [308*]
Junger Mann übernimmt vor- mittags Botengänge. Grante, Ober- bergerstraße 55. [75*]
Hardigmacher verlangt Schulze, Oranienstraße 185. [735/6*]
Stepperei H. Federwaren, Trefford, Klappen 9. Koppensstraße 95 III links.
Lehrling zur Glasmalerei verlangt funghenverliches Atelier Schütt, Kur- fürstentrasse 142.
Mamsell auf bessere Jacketts, nur in meiner Werkstatt, Raagon 2 bis 4 Mark, verlangt Lau, Weiden- weg 29 III. [726/6*]
Frauen und Mädchen können in meiner Werkstatt das Mäntelnähen erlernen, nur acht Tage Lehrzeit. W. Lau, Weidenweg 29 III. [727/6*]
Schürzenarbeiterin auf gute Wirtsch. Schürzen sucht bei dauernder Beschäftigung Fänger, Blantfensfel- derstraße 5. [730/6*]
Mamsell, Jacketts auherm Hause, verlangt Frandse, Goldn.-str. 9.
Frau zum Bettungstragen, „Vor- wirts“ für Noabit, verlangt Weibe, Triftstraße 48 a. [729/6*]
Mäusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf bessere funktionierende wassene und sebene Mäusen, die bei sauberster Aus- führung Posten liefern können, finden dauernde und gut bezahlte Beschäftigung. Meldungen mit Vorlage von Probearbeit bei Dreyer & Hildemann, Kurstraße 47/48, III. [609/2*]
Schrdamen sofort Gehalt. Kauf- haus Weihensee. [678/6*]

Achtung, Holzarbeiter!
Bei Elsholz, Kranstr. 52, stehen die Kollegen im Streik. In der Tischfabrik von Scholz haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang fernhalten.
In der Stenfabrik von Wiesen- thal in Friedrichberg, Pfor- denstraße 15, sind Differenzen aus- gesprochen. Die Holzarbeiter werden ersucht, dieses zu beachten.
J. K.: Franz Schulz.

Achtung! Silberarbeiter.
In der Silberwarenfabrik von S. Meyerheim u. Sohn, Kahlber- gstraße 40, sind wegen Mahregelung Differenzen ausgedröcken. [71/1*]

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Robert Wengels, Fruchtstr. 30, S. L. Vogel, Wwe., Kopenstr. 83. Ehr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Reul, Barnimstr. 42.
Norden:
W. Gahmann, Grünhaldenstr. 64/65. Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14. L. Dechard, Ruderplatz 24. H. Tieg, Invalidenstr. 124. S. Vogel, Demminstr. 32.
Nordwesten:
Karl Anders, Sätigweberstr. 8.
Südwesten:
F. Chnefarge, Bergmannstr. 23, S. II. S. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
Hans Baake, Dresdenerstr. 52/53. F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
Fris Thiel, Sätigstr. 35. W. Gesche, Wrangeistr. 58. Martin Meißa, Kollbergstr. 24.
Centrum:
P. Gorch, Gipsstr. 27.
Charlottenburg:
Gust. Scharnberg, Schillerstr. 94 I. H. Tieg, Kaiser Friedrichstr. 37 b.
Friedenau:
S. Bernke, Rixstr. 15.
Friedrichsberg:
Anton Kopp, Friedrichstr. 4.
Pankow:
Kummert, Kaiser Friedrichstr. 15.
Rixdorf:
C. Cfermann, Erdstr. 6. C. Rekeran, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Willy Bäumer, Spittel-Paulusstr. 13.
Weißensee:
Erinrich Bachmann, Wehstr. 1. Julius Schiller, Ränighauser 39a. Rob. Viehschwager, Gustav-Kohl- strasse 18.

10 tüchtige Selbstschrankbauer verlangt Selbstschrankfabrik P. Fabian, C. Weinmeisterstraße 14.
Mehrere Schlosserlehrlinge verlangt Selbstschrankfabrik P. Fabian, C. Weinmeisterstraße 14.
Tüchtige Tischlergehilfen, welche wenn möglich auf Anfertigung von Uhrgehäusen eingeordnet sind, finden lohnende Beschäftigung bei Eng. Vincus, Neue Schönhauserstr. 9 I. Verl. Off. Mittwoch v. nachm. 4 Uhr an. [106/16*]

Lütker 106/16*
finden dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen. Kellereingütung.
Gebrüder Zepler, Breslau, Oblanderstraße 9.
Knabenanzüge, Hosen und Jackenarbeiterin, auch Schürzenmacherin verlangt dauernd Laaser, Brunnen- strasse 84. [734/6*]
Mittlere Werkzeugfabrik sucht einen tüchtigen Werkzeugmacher als [80/20]

Controleur.
Derselbe muß mit der Fabri- kation von Spiralschrauben, Keil- schrauben und Fräsern durchaus ver- traut sein. Erfahrene auf diesem Gebiete beliebigen Offerten unter 20 130 mit Angabe der seit- herigen Tätigkeit und Gehalts- ansprüchen an die
Annoucen - Expedition
von **G. L. Daube & Co.,**
Berlin W. S., Leipziger- strasse 26,
einzureichen.